

# Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 35 · 29. August 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



## Zehn Jahre „Wir schaffen das!“

Rückblick auf schicksalhafte Tage, in denen eine Kanzlerin über die Köpfe ihrer Landsleute hinwegentschied – und damit die Grundlage unzähliger Probleme schuf Seite 3



Ukraine Warum Frieden möglich, aber noch lange nicht sicher ist Seite 2



ARD Eine junge Journalistin streitet für mehr politische Vielfalt Seite 4

VON RENÉ NEHRING

### REGIERUNGSKRISE

## Es strebt auseinander, was nicht zusammengehört

Im schwarz-roten Haushaltsstreit spekulieren erste Stimmen über ein vorzeitiges Ende der Koalition. Fakt ist: Die Spielräume der Politik werden eng

Ist die Große Koalition ein Vierteljahr nach ihrem Start schon wieder am Ende? Zu dieser Erkenntnis kann kommen, wer sich dieser Tage die Äußerungen führender Repräsentanten von Union und SPD ansieht. Während Kanzler Friedrich Merz (CDU) verkündete, dass „der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ... mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar“ sei, lehnte sein Vize und Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) ein „Kaputtsparen“ des Sozialstaats klar ab und brachte stattdessen Steuererhöhungen für Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen ins Spiel. Auch der neue Generalsekretär der Sozialdemokraten, Tim Klüssendorf, erteilte Einschnitten bei den Sozialausgaben eine Abfuhr.

Auslöser des Streits im engeren Sinne sind dramatische Haushaltslöcher. Mitte Juli berichteten mehrere Medien über ein Klingbeil-Papier, demzufolge der Bundesregierung bis 2029 insgesamt 171 Milliarden Euro im Haushalt fehlen werden – und damit weit mehr als bislang schon angenommen. Allein für das kommende Jahr nannte der Finanzminister dieser Tage eine Haushaltslücke von über 30 Milliarden Euro und forderte deshalb die einzelnen Ressorts in einem Brandbrief zu Sparvorschlägen auf.

#### Dauerhafter Ausnahmezustand

Im weiteren Sinne wird in dem Streit einmal mehr deutlich, dass mit Schwarz und Rot zwei Partner in der Regierung sitzen, die nicht nur akute Geldsorgen haben, sondern in vielen grundsätzlichen Fragen traditionell konträre Auffassungen vertreten. Union und SPD, das sind – beziehungsweise waren jahrzehntelang – die beiden Pole der deutschen Parteienlandschaft, um die herum sich jeweils breite Anhängerschaften scharrten. Deshalb auch war eine Koalition zwischen ihnen lange Zeit die absolute Ausnahme.

Doch seit nunmehr zwanzig Jahren ist der Ausnahmefall zum (fast durchgehenden) Dauerzustand geworden – und Deutschland damit in einer Art dauerhaftem Ausnahmezustand. Grund dafür ist, dass die bisherigen Koalitionsmodelle – Union und FDP sowie SPD und Grüne – allein keine Mehrheiten mehr erreichen, zugleich jedoch die Wettbewerber an den Rändern des Parteiensystems als nicht koalitionsfähig abgelehnt werden.

Dass zwei vormalig konträre Pole eines Parteiensystems so lange gemeinsam regieren wie Schwarz-Rot ist nur auf Basis kluger Kompromisse möglich – oder um den Preis der programmatischen Selbstaufgabe einer der beiden Partner. Im vorliegenden Fall war es vor allem die Union, die unter Führung ihrer Vorsitzenden Angela Merkel nach und nach in Serie vormalige Grundsatzpositionen der Partei auf zentralen Feldern wie Wirtschaft, Soziales, Energie, Mobilität und Migration bis hin zur Familienpolitik abräumte. Auch der neue Kanzler Merz blieb bislang den Beweis schuldig, dass die CDU unter ihm wieder zu altem Kurs zurückkehrt.

Dumm für die Union ist nur, dass ihre Wähler nicht ebenso flexibel in ihren Auffassungen sind wie die Partei und deren Amtsträger. Sie wollen tatsächlich, dass nach einer Wahl auch umgesetzt wird, was zuvor versprochen worden ist. Und wenn ihnen – wie Merz – ein Kandidat im Wahlkampf johlend erklärt, dass die Zeit

der „linken Spinner“ vorbei sei, erwarten sie hinterher den versprochenen Politikwechsel und keine Fortsetzung des Kurses der Vorgängerregierung.

Doch auch die Wähler der Sozialdemokratie sind alles andere als zufrieden. Sie stören sich – anders als es die Funktionärsschicht wahrhaben will – weniger daran, wenn die SPD der Streichung von Leistungen des Sozialstaats zustimmt, als vielmehr daran, dass ihre Partei kaum noch als Vertreterin der Gering- und Normalverdiener in Erscheinung tritt, sondern vor allem als Lobbyistin gesellschaftlicher Gruppen, die sehr wahrscheinlich niemals einen Beitrag zu den sozialen Sicherungssystemen leisten werden.

#### Ist Schwarz-Rot schon am Ende?

Und so hat der fortgesetzte Ausnahmezustand der Großen Koalition auch für die beteiligten Parteien seinen Preis. Fuhren Union und SPD bei der Bundestagswahl 2005 noch 35,2 und 34,2 Prozent der Wählerstimmen ein, so waren es im Februar 2025 nur noch 28,5 und 16,4 Prozent. Und in den wöchentlichen Umfragen werden selbst diese Werte nicht mehr erreicht.

Dass Union und SPD trotz der historischen Neuverschuldung, die sie beim Start ihrer abermaligen Koalition beschlossen und mit der sie offenkundig zahlreiche Probleme mit Geld zudecken wollten, nun schon nach einem Vierteljahr in gigantische Haushaltslöcher bli-

cken, offenbart, dass nicht nur die Geduld der Wähler am Ende ist, sondern auch die Spielräume deutscher Politik. Da auch Finanzminister Klingbeil (wie seine Vorgänger) Rekorderinnahmen an Steuern und Abgaben verzeichnet, sollte klar sein, dass die Lösung nicht in weiteren Belastungen der Bürger liegen kann, sondern darin, dass der Staat endlich mit den ihm zur Verfügung stehenden Geldmengen auskommt (wie es der Herausforderer Merz im Wahlkampf auch verkündete).

Doch wie weiter? Angesichts der eingangs genannten Äußerungen wachsen die Zweifel, ob die Koalitionspartner zu einer ähnlichen Sozialstaatsreform bereit sind, wie es die einst von Rot-Grün auf den Weg gebrachte Agenda 2010 gewesen ist. Bei den Sozialdemokraten stellt sich zudem die Frage, ob sie überhaupt noch die Kraft dazu haben, notwendige Reformen einzuleiten – und damit riskieren wollen, auch noch die Reste ihrer stark geschrumpften Wählerschaft zu vergraulen.

Schon sprechen stets gut vernetzte Kommentatoren wie der „Pioneer“-Gründer Gabor Steingart laut von einem möglichen Platzen der Koalition und einer anschließenden Minderheitsregierung der Union mit wechselnden Mehrheiten. Ob es dazu kommt, wird sich zeigen. Dafür, dass Union und SPD einfach dreieinhalb Jahre weitermachen, fehlt jedenfalls nicht nur die Phantasie – sondern auch (siehe oben) die materielle Grundlage.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Immer mehr Lehrstellen bleiben in deutschen Unternehmen unbesetzt Seite 7

#### Kultur

Eine Ausstellung zum 100. Todestag des Malers Lovis Corinth Seite 9

#### Das Ostpreußenblatt

Heilsbergs Heilzentrum erwies sich bisher als Fehlinvestition Seite 13

#### Reise

Kunst des Staunens. In Gmünd verknüpft sich Kultur mit Technik Seite 21



#### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

IM GESPRÄCH MIT  
HARALD KUJAT

**R**und dreieinhalb Jahre nach seinem Ausbruch steht der Ukrainekrieg möglicherweise vor dem Ende. Zumindest stimmen jüngste diplomatische Initiativen des US-Präsidenten hoffnungsfroh. Anlass für eine grundlegende Einordnung des Geschehens.

**Herr Kujat, in Bezug auf den Ukraine-Krieg gab es zuletzt gleich zwei bedeutende Treffen: zuerst zwischen US-Präsident Trump und dem russischen Präsidenten Putin in Alaska sowie Tage später zwischen Trump und diversen europäischen Regierungschefs, darunter der ukrainische Präsident Selenskyj und Kanzler Merz, in Washington. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?**

Das Treffen in Alaska war bei zahlreichen westlichen Kommentatoren sehr umstritten. So hieß es, es dürfe zu keinem „Deal“ kommen, ohne dass die Ukraine dabei ist. Dabei hatte Trump klar gesagt, dass sein Treffen mit Putin allein der Erörterung diene, es anschließend ein weiteres Gespräch mit Selenskyj geben solle und auf keinen Fall über die Köpfe der Ukraine hinweg entschieden werde. Nach dem Treffen drehte sich die Kritik dann darum, dass angeblich nichts erreicht worden sei. In Wahrheit ist einiges abgeklärt worden. Doch war es eben ein exploratorisches Gespräch, bei dem die Beteiligten ausloten, wo sie jeweils stehen.

Trump informierte anschließend die europäischen NATO-Verbündeten und den ukrainischen Präsidenten und lud diese zur gemeinsamen Beratung nach Washington. Das Treffen hat jedoch nicht das gebracht, was Trump erwartet hatte, größere Übereinstimmung und Geschlossenheit auf seinem Weg zu einer Friedensvereinbarung, insbesondere im Hinblick auf Sicherheitsgarantien für die Ukraine, den Austausch von Territorien sowie der Frage, ob ein Waffenstillstand Voraussetzung für Friedensverhandlungen ist.

**Als größte Knackpunkte auf dem Weg zu einem Frieden erscheinen die Anerkennung der russischen Geländegewinne und die Aufstellung internationaler Friedenstruppen.**

Richtig. Die Frage von Friedenstruppen ist Teil des Komplexes von Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Dabei wird auch diskutiert, der Ukraine ein Beistandsversprechen zu geben, dass dem Artikel 5 des NATO-Vertrags vergleichbar ist. Danach wird ein Angriff gegen einen Mitgliedsstaat als Angriff gegen alle betrachtet, aber es wird nicht festgelegt, wie darauf zu reagieren ist. Die Konkretisierung erfolgt in der Verteidigungsplanung der NATO. Da die Ukraine jedoch kein Mitglied des Bündnisses ist und auch nicht sein wird, wären Sicherheitsgarantien analog zu Artikel 5 NATO-Vertrag sehr vage – und nicht das, was die Ukraine wünschen kann.

Dagegen war der Vertragsentwurf vom 15. April 2022, auf den sich die Ukraine und Russland damals in Istanbul weitgehend verständigt hatten, viel präziser. Da wurde klar gesagt, dass im Falle eines Angriffs auf die Ukraine die Garantestaaten Hilfe leisten, und zwar durch ein sofortiges Ergreifen aller notwendigen Maßnahmen, um die Sicherheit der Ukraine als neutraler Staat wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Zwar waren dazu von Russland und der Ukraine vorgeschlagene Ergänzungen noch strittig, aber durchaus lösbar. Im Grundsatz wäre es für die Ukraine vorteilhafter, bei allen Überlegungen bezüglich ihrer Sicherheit wieder zu diesem Ausgangspunkt zurückzukehren.

**Wie steht es um das Thema Friedenstruppen?**

Eine Option wäre, die anfangs von Trump favorisiert wurde, ein robustes (europäisches) Kontingent in einer demilitarisierten Zone zur Stabilisierung einzusetzen.



Wendepunkt im Ukrainekrieg oder folgenlose Inszenierung? Treffen zwischen den Präsidenten Russlands und der USA, Wladimir Putin (l.) und Donald Trump, am 15. August 2025 in Anchorage

Foto: picture alliance/REUTERS/Kevin Lamarque

## INTERVIEW

# „Nur baldige Verhandlungen können einen Zusammenbruch der Ukraine verhindern“

Über die jüngsten diplomatischen Bemühungen zur Lösung des Ukrainekriegs, die Folgen für die europäischen Staaten – und die Frage, was insbesondere der Ukraine droht, falls es doch nicht zu einem Frieden kommen sollte

Der Bedarf an Streitkräften dafür wäre jedoch sehr groß, vermutlich zwischen 120.000 und 140.000 Soldaten, den die Europäer nicht leisten könnten.

Die zweite Variante, von Frankreich und Großbritannien favorisiert, ist, im Westen der Ukraine eine Art Rückversicherungstreitmacht von etwa 30.000 Soldaten zu stationieren, die im Fall eines russischen Angriffs zu Hilfe kommen soll. Die Zahl der Soldaten, die beide Staaten aufbringen könnten, ist aber so gering, dass dies praktisch keine Abschreckungswirkung hätte.

In Deutschland wird vor allem diskutiert, ob die Bundeswehr überhaupt in der Lage wäre, sich an einem wie auch immer geplanten Einsatz zu beteiligen. Angeblich könnte die Bundeswehr einen Beitrag von der Stärke einer Brigade, etwa 5000 Soldaten, bereitstellen. Zu bedenken ist jedoch, dass sich immer ein Kontingent im Einsatz befindet, ein weiteres darauf vorbereitet wird und ein drittes gerade seinen Einsatz abgeschlossen hat. Aber die entscheidende Frage ist nicht, ob wir uns an einem derartigen Einsatz beteiligen könnten, sondern ob es in deutschem Interesse ist, das Risiko einzugehen, dass deutsche Soldaten in Kampfhandlungen mit russischen Streitkräften verwickelt werden.

Zudem müsste mit dem zu findenden Modell nicht nur die Ukraine einverstanden sein, sondern auch Russland. Sonst wird es keinen Friedensvertrag geben. Und Russland hat klar gesagt, dass es keine Truppen von NATO-Staaten in der Ukraine akzeptieren werde.

**Was wäre denn eine Alternative?**

Zum einen, wie nach den Übereinkünften von Minsk, dass die OSZE den Friedensprozess überwacht. Bei diesem Modell bin ich jedoch skeptisch, weil die OSZE als zivile Organisation nicht in der Lage wäre, bei Vertragsverstößen einzugreifen. Sie könnte diese nur zur Kenntnis nehmen und berichten.

Ein anderes Modell ist eine Blauhelm-Mission nach Artikel 7 der UN-Charta. Daran könnten allerdings keine Truppen aus NATO-Staaten teilnehmen, da Russland – siehe oben – ansonsten keinem Friedensvertrag zustimmen würde. Ich habe, auch in Ihrer Zeitung, vor zwei Jahren selbst für eine solche Truppe plädiert, allerdings innerhalb einer demilitarisierten Zone. Es gibt Staaten, die so etwas leisten können, etwa Indien, Brasilien oder Ägypten. Auch China wurde ins Gespräch gebracht. Die Teilnahme der Chinesen hätte, wenn sie bereit wären, einen außerordentlich hohen Stabilisierungseffekt.

**Damit wären die Europäer bei dem seit Jahrzehnten schwersten Konflikt auf ihrem Kontinent einmal mehr nur Beobachter. Auch beim Washingtoner Gipfel und erst recht in den dreieinhalb Jahren Krieg hat niemand gefragt, was die europäischen Staaten wollen.**

Das kann ich nur unterstreichen. Zu Washington muss man noch einschränken, das dort nicht „die Europäer“ anwesend waren, sondern einzelne europäische Staaten. Die Aspekte rund um den Ukraine-Krieg werden ja in den einzelnen Hauptstädten durchaus unterschiedlich gesehen.

Tatsächlich ist es aber so, dass die Europäer im Verlauf des Krieges kaum eine Rolle gespielt haben. Sie haben zwar versucht, Russland mit Sanktionen zu beeindrucken, jedoch keinerlei Vorstoß unternommen, den Krieg diplomatisch zu beenden. Als der ungarische Ministerpräsident Orbán die Europäer aus ihrer Sackgasse herausholen wollte, ist er heftig dafür kritisiert worden. Im Ergebnis dessen hat Europa auf der geopolitischen Bühne keinen Einfluss mehr.

**Eine Rolle dürften die europäischen Staaten allenfalls als Zahlmeister spielen. US-Vizepräsident Vance hat erklärt, dass sein Land mit der Finanzierung des Ukrainekriegs „durch“ sei.**

So ist es. Auf eine Sache muss man in diesem Kontext jedoch hinweisen: Trump hat immer gesagt, dass der Ukrainekrieg nicht sein Krieg sei. Das stimmt nun nicht mehr. Durch seine zuletzt aktive Rolle ist es jetzt auch sein Krieg geworden. Deshalb muss er auch schnell eine Lösung finden. Aber er hat sich und sein Land auf eine Vermittlerrolle zurückgezogen. Alles, was fortan an Ausstattung und Finanzen zu leisten ist, sollen die Europäer schultern.

**Was folgt aus den jüngsten Ereignissen für die Zukunft der NATO?**

Für die NATO ändert sich durch diese Entwicklung zunächst nichts. Schon unter Biden gab es aufseiten der Vereinigten Staaten die Tendenz, sich aus dem Ukrainekrieg zurückzuziehen, um sich stärker anderen Konflikten widmen zu können.

Ich glaube, viele Kommentatoren lassen sich in ihrer Analyse der US-Politik von ihrer persönlichen Abneigung gegenüber Trump leiten. So hieß es im Februar nach dem Zerwürfnis von Trump und Selenskyj im Weißen Haus, dass sich die USA aus der NATO zurückziehen wollten. Solche Äußerungen blenden jedoch aus, dass die Amerikaner nicht in Europa und in der NATO sind, weil sie uns einen Gefallen tun wollen, sondern weil sie mit ihrer Präsenz Interessen verfolgen. So befinden sich in Deutschland unter anderem das nationale US-Hauptquartier für Afrika und für den Nahen Osten sowie das größte US-Militärhospital außerhalb der Vereinigten Staaten. Deutschland und Europa sind eine unverzichtbare Drehscheibe für globale amerikanische Einsätze.

Richtig ist jedoch, dass sich die Spannungen innerhalb des Bündnisses durch den Ukrainekrieg verschärft haben. Das hängt wesentlich auch mit dem Engagement der letzten drei Generalsekretäre zusammen, die sich beispielsweise ohne Rücksichtnahme auf die Interessen einzelner Mitgliedsländer für die militärische Unterstützung der Ukraine oder gar deren Beitritt eingesetzt haben. Das ist für die NATO ein viel größeres Problem als die mitunter sprunghaften Aussagen des US-Präsidenten.

Allerdings hat das Bündnis auch in der Vergangenheit schwierige Perioden durchmachen müssen und hat sie überstanden. Insofern bin ich optimistisch für die NATO.

**Es sieht so aus, als ob nach dreieinhalb Jahren Krieg ein Frieden in der Ukraine in Sichtweite ist. Lässt sich schon sagen, wer den Konflikt gewonnen hat?**

Zunächst ist es richtig, dass wir auf dem Weg zu einem Frieden sind, dieser jedoch noch keineswegs sicher ist. Bis dahin müssen noch viele Hindernisse überwunden werden.

Was die Frage des Siegers angeht, habe ich stets gesagt, dass diesen Krieg niemand gewinnen kann, zumindest politisch. Russland wird die eroberten ukrainischen Territorien behalten, aber dass Finnland und Schweden nun NATO-Mitglieder sind, ist für Moskau ein großer sicherheitspolitischer Rückschlag. Dass die Ukraine den Krieg nicht gewonnen hat, liegt auf der Hand. Sie hat neben den Gebietsverlusten den Tod von hunderten Soldaten und Zivilisten zu beklagen und steht vor der Aufgabe eines gigantischen Wiederaufbaus. Der Westen wiederum ist mit seinem Ziel, Russland politisch, wirtschaftlich und militärisch zu schwächen, ebenfalls nicht erfolgreich gewesen.

Militärisch hat Russland den Krieg gewonnen. Zwar konnten die ukrainischen Streitkräfte anfangs respektable Erfolge erzielen. Die Russen haben sich jedoch im Laufe der Zeit immer besser darauf eingestellt und die Ukrainer nach und nach aufgegeben, sodass es nur noch eine Frage der Zeit zu sein scheint, bis die ukrainische Verteidigungsfront zusammenbricht.

Tragisch für die Ukraine ist, dass es für sie mehrfach Chancen gab, zu deutlich günstigeren Bedingungen aus dem Krieg herauszukommen. Diese wurden jedoch im Irrglauben, Russland besiegen zu können, nicht genutzt, worauf sich die Bedingungen für die Ukraine mit der Dauer des Krieges stetig verschlechtert haben. Sollte es in den nächsten Wochen nicht zu einem Verhandlungsergebnis kommen, dann droht der Ukraine ein Zusammenbruch – militärisch und wahrscheinlich auch politisch. Das will natürlich niemand, das muss auch verhindert werden. Auch deshalb versucht Trump, so schnell wie möglich voranzukommen.

Das Gespräch führte René Nehrung.

● **General a. D. Harald Kujat** war unter anderem von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

# Das Volk fragte sie nicht

Vor zehn Jahren sagte Angela Merkel auf einer Pressekonferenz angesichts einer bedrohlichen Zunahme der Zuwanderung den Satz „Wir schaffen das!“. Rückblick auf einen historischen Augenblick, der unser Land nachhaltig verändert hat

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

**D**as Jahr 2015 stand lange ganz im Bann der Diskussion um neue Hilfen für Griechenland. Auch über einen möglichen „Grexit“ wurde spekuliert. In dieser Situation orakelte Bundeskanzlerin Angela Merkel im Sommerinterview plötzlich über den Migrantenansturm, der sich bereits abzeichnete: „Diese Fragen werden uns sehr viel mehr noch beschäftigen als die Frage Griechenlands und die Stabilität des Euros.“ Kaum jemand verstand die Brisanz dieser Sätze, denn niemand kannte die Berichte der Geheimdienste und die DVD des Chefs der Bundespolizei, Dieter Romann, die ebenjene Migrantentrupps zeigten, die nach Europa aufgebrochen waren.

Lange war Merkel bemüht, das Problem zu verdrängen, indem sie sich mit dem Versuch ablenkte, die Migranten auf Europa zu verteilen, was niemand wollte, anstatt Maßnahmen zu entwickeln, den Ansturm wirkungsvoll abzuweisen und etwa die europäische Grenz- und Küstenwache „Frontex“ konsequent zu stärken. Merkel interessierte sich auch nicht für den Druck, dessen sich die Randstaaten des Schengen-Raumes wie Italien, Griechenland und Ungarn zu erwehren hatten. Kalt wurden diese Länder mit dem Schutz der EU-Außengrenzen allein gelassen. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán sprach das Problem an, wurde aber nicht gehört. Schließlich bauten die Ungarn einen Grenzzaun, um sich selbst zu schützen und um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, das Abkommen von Schengen nicht einzuhalten.

## Schludrig in die Krise

Die Migranten, die in Ungarn eintrafen und in den von der ungarischen Regierung errichteten Aufnahmelagern registriert werden sollten, wollten nach Deutschland weiter. Deshalb weigerten sich viele von ihnen, sich überhaupt registrieren zu lassen, verließen Ende August die Aufnahmelager und strandeten vorerst am Bahnhof Keleti in Budapest. Am 31. August und am 1. September ließ Orbán noch Sonderzüge mit Migranten nach Wien und München fahren. In München trafen am 31. August 900 „Flüchtlinge“ ein, am 1. September kamen schon mehr als 2400 Migranten an. Sie hielten Schilder mit „Germany“ und Bilder von Merkel hoch.

Merkels Versagen in jenen Tagen erklärte sich mit Merkels Kompass, der auf Merkel geicht war. Keine Fehler zu machen, immer die Beste zu sein, das trieb sie an. Sie war fest davon überzeugt, nicht gegen den Zeitgeist regieren zu können – nur verstand sie unter Zeitgeist vor allem die Schlagzeilen und Kommentare in Zeitungen, Radio, Fernsehen und Webseiten. Vom Beginn ihrer Amtszeit an hatte die Kanzlerin ein Bündnis mit den Medien geschmiedet und wurde so gleichermaßen zur Treiberin und zur Getriebenen der veröffentlichten Meinung.

Ihre Entscheidungen wurden vor allem von der Frage bestimmt, ob diese ihnen nützten oder schaden. Das erklärt auch die vielen überraschenden Wendungen in ihrer Politik. Wenn sie dafür gerühmt wurde, dass sie „die Dinge vom Ende her“ bedenkt, dann ist damit nicht Metaphysik gemeint, sondern simpel der Moment, an dem die Richtung und die Wirkung einer Entwicklung deutlich wurde.

## Orientierungslos in die Krise

Und so war der später als „Flüchtlingskanzlerin“ gerühmten Regierungschefin das Thema Migration und Asyl lange fremd. Während Merkel noch nicht wusste, wie sie sich in der Frage der Massenmigration verhalten sollte, allerdings die Signale der für sie wichtigen Grünen keine Fehlinterpretationen zuließen, stürmten derweil auf den Keleti-



Schicksalhafte Aussagen: Angela Merkel während ihrer Pressekonferenz vom 31. August 2015

Bild: pa/Photoshot

Bahnhof in Budapest „Flüchtlinge“ Züge, die nach Deutschland führen. Für Ungarn entstand eine ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Sicherheit.

In dieser Situation bat Ungarn Deutschland um Hilfe. Doch die von dort gesendeten Signale sorgten für Verwirrung. Auf der einen Seite wurde jeder ankommende Migrant in München bejubelt wie ein Wunder Gottes. Auf der anderen Seite protestierte die deutsche und die österreichische Regierung in Budapest dagegen, dass Orbán Sonderzüge mit „Flüchtlingen“ schickte. Auf der einen Seite galt noch das Dublin-Abkommen, auf der anderen nicht mehr so recht. Was Merkel wollte oder nicht, wusste sie selbst nicht und stolperte dadurch in eine Krise, die sich seitdem kontinuierlich vergrößerte und noch immer Opfer fordert.

Am 28. August 2015 fand die österreichische Polizei 70 tote Migranten in einem Lastwagen auf der A 4 im Burgenland. Zwar waren an der konkreten Tat die Schlepper schuld, doch erkannten die deutschen Medien, in ihrer Mehrheit politisch grün und rot ausgerichtet, zudem migrantische Lobby-Organisationen sowie die Grünen und die SPD ihre Chance, die Diskussion zu emotionalisieren und vom Faktischen auf das Gebiet der Moral und der Gesinnung zu verlagern, sowie durch Migration ihr Ziel, Deutschland grundlegend zu verändern, forcieren zu können.

## Eine schicksalhafte Stunde

Am 31. August 2015 lud Merkel, die schon 2013 gern eine Koalition mit den Grünen eingegangen wäre, zur Sommerpressekonferenz. Zunächst sprach sie über Griechenland, dann leitete sie zum Thema Migration über. Von Anfang an vermengten Merkel und die ihr gewogenen Medien bewusst zwei Rechtsinstitute, nämlich das Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention. So war es korrekt, wenn Merkel gegen die bald schon geforderte „Obergrenze“ für Flüchtlinge argumentierte, dass das Asylrecht keine Obergrenzen kenne. Doch unterschlug sie, dass das Asylrecht nur für politisch Verfolgte gilt, nicht aber für Kriegsflüchtlinge. Für den Umgang mit letzteren gilt die Genfer Flüchtlingskonvention, die durchaus eine Kontingentierung kennt.

Doch statt sachlicher Analyse emotionalisierte Merkel auf jener Pressekonferenz das Migrationsthema: „Es spielen sich unendlich viele Tragödien ab und es gibt auch unfassbares Gräuelt, wie vor einigen Tagen in Öster-

reich, als in einem Lkw über 70 Menschen tot gefunden wurden ... Das sind Bilder, die unsere Vorstellungskraft übersteigen. Das geschieht alles, während wir hier in sehr geordneten Verhältnissen leben.“ Damit wurde all jenen, die in „geordneten Verhältnissen“ lebten, ein schlechtes Gewissen eingeredet und eine indirekte Mitschuld gegeben.

Durch die Emotionalisierung und die Unterstellung einer imaginären Schuld verhinderte Merkel die eigentliche Diskussion um das, was sie vorhatte: „Wir werden gleich auch über Erstaufnahmeeinrichtungen, Bearbeitungsdauer, Rückführungen, faire Verteilung in Europa, sichere Herkunftsländer, Bekämpfung von Fluchtursachen sprechen ... Aber wir werden vorher darüber sprechen müssen, was uns eigentlich leiten sollte und was auch mich bewegt, wenn wir darüber sprechen, dass in diesem Jahr bis zu 800.000 Menschen zu uns kommen werden.“ Damit unterschlug Merkel dreist, dass Deutschland überhaupt nicht verpflichtet war, 100.000 oder 800.000 Menschen aufzunehmen, denn es gehört zu den Hoheitsrechten eines jeden Staates, darüber zu entscheiden, wer die Grenzen überschreiten darf.

Nicht zuletzt bildeten die Emotionalisierung sowie die bewusste Fehlinterpretation des Asyl-Artikels und des Artikels zur Menschenwürde des Grundgesetzes die Grundlage, um all diejenigen zu delegitimieren und menschlich und moralisch herabzusetzen, die ihre Vorstellung nicht teilten: „Es gibt keine Toleranz gegenüber denen, die die Würde anderer Menschen infrage stellen. Wie ich es schon zu Beginn dieses Jahres in meiner Neujahrsansprache gesagt habe, sage ich auch heute denen, die ... bei solchen Demonstrationen mitlaufen: Folgen Sie denen nicht, die zu solchen Demonstrationen aufrufen! Zu oft sind Vorurteile, zu oft ist Kälte, ja sogar Hass in deren Herzen. Halten Sie Abstand!“

Schließlich setzte sie kalt und demagogisch das bewährte Prinzip des *divide et impera* ein: „Die Zahl derjenigen, die heute für Flüchtlinge da sind, die Zahl der Helfenden ... überragt die Zahl der Hetzer und Fremdenfeinde um ein Vielfaches, und sie wächst noch“, um schließlich wie weiland die Genossen Ulbricht und Honecker den Journalisten einen Kampfauftrag zu erteilen, „auch ... dank vieler wunderbarer Berichte darüber von Ihnen, den Medien, gerade in den letzten Tagen. Ich erlaube mir ausnahmsweise einmal, Sie auch zu ermutigen, genau das fortzuset-

zen; denn damit geben Sie den vielen guten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihresgleichen in der Berichterstattung zu sehen, damit zeigen Sie Vorbilder und Beispiele, und Sie machen wieder anderen Mut.“ Diesen Kampfauftrag erfüllten viele Journalisten unter Aufgabe ihres Ethos und der Funktion ihres Berufes geradezu über.

Schließlich, nachdem Merkel all das aufgezählt, die Guten von den Bösen getrennt hatte, behauptete sie: „Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das! Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden.“ Man könnte auch sagen: und wer im Wege steht, muss beiseite geräumt werden – und so geschah es dann ja auch.

## Kein Gefühl für Land und Bürger

Dass Merkel bis heute keinen Blick für die vielen Opfer ihrer Migrationspolitik hat, liegt auch daran, dass sie mit Deutschland und mit den Deutschen wenig bis nichts verbindet. So vermied sie in den Jahren 2016 und 2017 möglichst das Wort „Deutsche“ und sprach stattdessen lieber von „den Menschen, die hier schon etwas länger leben, und von denen, die kürzlich dazugekommen sind“. Bereits im Jahr 2007 hatte Merkel auf der 34. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in München gesagt: „Als diejenigen, die schon länger hier leben, wissen wir aber auch, dass wir ein Stück Offenheit zeigen und uns verändern müssen und die, als neue Zuwanderer zu uns kommen, als Bereicherung unserer eigenen Gesellschaft begreifen müssen.“ Wohlgermerkt „müssen“ – womit alles gesagt ist.

Legendär auch, wie Merkel nach dem faktischen Öffnen der Grenzen, als selbst ihr Innenminister Thomas de Maizière konstataren musste, dass „die Sache ... aus dem Ruder geraten“ sei, die Kritiker ihrer Turbomigrationspolitik mit der flapsigen Erwiderung abkanzelte: „Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen, dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mehr mein Land.“ Vielleicht war es auch nie „ihr Land“.

Merkels Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz wurde am 21. September 2015 sogar noch deutlicher als ihre Chefin: „Auch mit Blick auf die hohen Flüchtlingszahlen ist klar: Wir stehen vor einem fundamentalen Wandel. ... Unser Zusammenleben muss täglich neu ausgehandelt werden.“ Dass dort, wo das Zusammenleben „ständig neu ausgehandelt werden muss“, oft das Recht des Stärkeren regiert, unterschlug Özoğuz. Auch die Integrations- und Migrationsforscherin Naika Foroutan machte den deutschen Steuerzahlern klar: „Viele Menschen haben das Gefühl, ihr ‚eigenes‘ Land nicht mehr wiederzuerkennen. Zu Recht, möchte man sagen – denn es sieht anders aus, es ist jünger geworden, es spricht anders, es isst anders, es betet anders als früher. Doch sie vergessen: Dieses Land gehört per se niemandem.“ Und: „Deutschland ist das Land seiner Einwohner und Einwohnerinnen. Es gehört niemandem per se, weil er oder sie Urahnen hatten, die schon immer hier gelebt haben.“

Als Merkel ihren schon heute historischen Satz „Wir schaffen das“ formulierte, ging es nur noch darum, ob wir das schaffen oder ob wir das nicht schaffen, wiewohl nicht einmal geklärt war, was eigentlich „das“ meinte und wer in diesem Zusammenhang „wir“ war. Doch die Frage, die eine Demokratin dem Volk eigentlich hätte stellen müssen, hätte ganz anders lauten müssen, nämlich: Wollen wir das?

● Dr. Klaus-Rüdiger Mai ist freier Publizist. Zuletzt erschien seine Biographie „Angela Merkel. Zwischen Legende und Wirklichkeit“ (Europa Verlag 2024).

[www.europa-verlag.com](http://www.europa-verlag.com)

Die Frage, die eine Demokratin dem Volk eigentlich hätte stellen müssen, hätte ganz anders lauten müssen, nämlich: Wollen wir das?

## ● MELDUNGEN

## Geburtenrate ist auf Tiefpunkt

**Wiesbaden** – Die aktuelle Geburtenrate in Deutschland ist 2024 auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren gesunken. Im vergangenen Jahr kamen in der Bundesrepublik 677.117 Kinder zu Welt, womit nun die Fruchtbarkeitsrate bei 1,35 Kindern pro Frau lag. Für den Erhalt der Bevölkerung wäre eine Reproduktionsrate von 2,1 Kindern pro Frau nötig, welche mittlerweile aber nicht einmal mehr von den im Land lebenden Ausländerinnen erreicht wird. Deren Geburtenziffer betrug 1,88 Kinder, während die deutschen Frauen lediglich noch auf 1,26 Kinder kamen. Besonders deutlich fiel der Rückgang in den Großstädten aus, wobei Berlin mit 1,21 einen absoluten Negativrekord aufstellt. Dagegen meldet Niedersachsen den Bestwert von 1,42 Kindern pro Frau. Als Hauptursachen für das Geburtenminus gelten wirtschaftliche Unsicherheit, steigenden Lebenshaltungskosten sowie zunehmender Wohnraummangel. W.K.

## Carolabrücke: Aufbau bis 2031

**Dresden** – Der vierspurige Ersatzneubau für die am 11. September 2024 teilweise eingestürzte und nun wegen Baufälligkeit ganz abgerissene Carolabrücke in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden soll erst 2031 für den Verkehr freigegeben werden. Die Vorstellung der Entwürfe der vier beauftragten Planungsbüros für die Elbquerung ist für Mai 2026 vorgesehen. Danach wird die Stunde eines „Begleitgremiums“ der Stadtverwaltung schlagen, dem unter anderem mehrere Lokalpolitiker sowie Vertreter der sächsischen Handwerks- und Ingenieurkammer, des Automobilverbandes ADAC, der Gesellschaft Historischer Neumarkt und der Umweltschutzorganisationen BUND und NABU angehören. Die Absicht dahinter ist, eine möglichst breite Akzeptanz für den finalen Entwurf zu schaffen. Kenner der Dresdner Verhältnisse befürchten aber, dass die vielen Akteure den Bau noch weiter verzögern werden. W.K.

## Polen reißt Denkmal ab

**Stettin** – In der Stadt Plathe [Ploty] in Hinterpommern ist am 18. August ein Denkmal der „Polnisch-Sowjetischen Waffenbruderschaft“ abgerissen worden. Die Entfernung des Denkmals war von den Stadtbehörden genehmigt und vom Institut für Nationales Gedenken überwacht worden. Szymon Klimko, parteiloser Bürgermeister der Kleinstadt Plathe, sagte anlässlich der Abrissaktion, das Denkmal repräsentiere „die schlimmste Zeit des Nachkriegspolens“, der Abriss sei ein klarer Schnitt mit dem kommunistischen Erbe. Polnisches Recht verbietet Denkmäler oder Symbole, die als Förderung des Kommunismus im öffentlichen Raum angesehen werden können. Ein entsprechendes Gesetz war im April 2016, noch während der Regierungszeit der damaligen Regierungschefin Beata Szydło (PiS), vom polnischen Parlament beschlossen worden. Die polnische Regierung hatte seinerzeit die Entfernung von landesweit 200 Sowjet-Ehrenmalen angekündigt. H.M.



BILD: JANN WILKEN

Mit dem ersten Buch gleich in die Bestsellerlisten geschossen: Julia Ruhs

## IM PAZ-GESPRÄCH

## „Links ist gut, rechts ist böse!“

... sagt ARD-Moderatorin Julia Ruhs, die diesen einseitigen Zeitgeist ablehnt und daher ein Buch über die links-grüne Meinungsmacht schrieb

INTERVIEW VON JENS EICHLER

Die These der Headline ist keine bloße Schwarz-weiß-Malerei und erst recht keine Plattitüde, sondern ebenso banale wie erschreckende Realität. Eine, die Erfolgsautorin Julia Ruhs alltäglich erfährt. Diese Frau traut sich was, und sagt deshalb was – weil sie etwas zu sagen hat. Über diese junge Frau wird gerade viel geschrieben, weil es viel zu schreiben gibt. Genau deswegen hat sich die PAZ mit ihr zum Interview verabredet.

Julia Ruhs ist erfrischend anders. Eine Frau mit Meinung, mit Fundament und Begründung durch gelebte Erfahrung. Kein weiblich-konservativer Gegenentwurf zum linksextremen Testosteron-Poltergeist Böhmermann, keine grün-woke Ideologie-gesteuerte Sprechpuppe à la Luisa Neubauer oder verwöhnte Hobby-Revolutzerin à la Carla Reemtsma. Nein, sie hat eine Meinung, weil sie überlegt und zu gereiften Entschlüssen kommt. Sie hat Ansichten, weil sie Erfahrungen gesammelt hat, und sie hat Einsichten, weil sie nachdenkt und daraus Schlüsse folgert, die deutlich machen: Ruhs liegen Freiheit, freiheitliches Denken, Liberalität und Gerechtigkeit ebenso am Herzen wie Wertschätzung von dem, was sie hat. Was gerade für andere leider nur noch selbstverständlich zu sein scheint. Daher spielen diejenigen auch an den politischen Rändern mit dem Feuer.

„Ein offener Diskurs ist heutzutage kaum noch möglich. Weil die andere Seite darauf pocht, einfach Recht zu haben und sich moralisch sowie geistig über alle anderen erhebt. Wenn der Austausch von Meinungen darin besteht, andere Meinungen zu verteufeln, andere zu stigmatisieren, ist der Diskurs gestorben. Aber genau das macht Demokratie und Freiheit

doch aus. Nämlich andere Meinungen aushalten zu können, selbst wenn sie mir widerstreben, mich aufregen und ich sie ablehne. Aber ich muss die Toleranz aufbringen, anderen eine andere Meinung zuzugestehen!“, fordert die TV-Moderatorin, die mit ihrem Format „KLAR“ für viel Aufsehen gesorgt hat. Und das nur, weil darin Themen wie Corona oder Migration angesprochen wurden, ohne diese im gängig linken Zeitgeist abzuarbeiten. Nein, es kamen endlich auch andere Stimmen zu Wort, „weil wir etwas ausgewogener berichten wollten!“, sagt Ruhs. Kritische Stimmen, die bisher verschwiegen, ausgeblendet oder gleich ganz aus Beiträgen herausgehalten wurden. Und obwohl Ruhs selbst gar nicht Stellung bezieht, nicht kommentiert, sondern nur moderiert – denn „KLAR“ ist ein Reportage- und kein Meinungsformat – wurde sie gleich von linker Kollegenseite mit Bösartigkeiten überschüttet.

## Angst um die eigene Freiheit

Der unwitzige Blödelschreihals Böhmermann war wieder der Erste, der alles als „rechtspopulistischen Quatsch“ abtat. Auch die für ihre linke Geisteshaltung bekannte NDR-Frontfrau Anja Reschke spottete in ihrer eigenen Sendung im Gespräch mit einer Handpuppe (ja, so ein doofer Firlanz ist Politikformat für Erwachsene im ÖRR): „Aber ihr sollt doch jetzt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk alle Meinungen zu Wort kommen lassen, auch wenn sie ein bisschen rechtsextrem sind.“ Und was antwortet die Puppe? „Klar!“ Autsch, was für eine niveaulose Entgleisung. Ganz dreist trieb es ZDF-Journalistin Nicole Diekmann, die Ruhs auf ihrem X-Account kindliches Selbstmarketing vorwarf. Respekt? Diskurs? Diskussionsbereitschaft? Toleranz? Nicht von links, wo die Intoleranz leider zuneh-

mend zuhause zu sein scheint. Schade, denn auch das war einmal anders. Damals, als Links noch zuhören konnte, andere Meinungen gelten ließ und aus linker Sicht dagegen argumentierte. Man könnte auch sagen: Damals, als Links noch zivilisierter war als heute.

Da kommt ein Buch, das vor knapp zwei Jahren seitens des Verlages angefragt wurde, mit dem Titel „Links-grüne Meinungsmacht: Die Spaltung unseres Landes“ scheinbar gerade recht. Und auch hier wieder: eine selbst gemachte Feststellung, keine antrainierte Ideologie, keine Demagogie, sondern beinahe eine Schlussfolgerung aus Angst, das zu verlieren, was noch da ist, aber extrem bedroht zu sein scheint: die Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland.

„Wenn Menschen mit linker Einstellung schon Angst vor mir haben, nur weil ich beispielsweise gegen das Gendern bin, weil ich zwar für Migration, aber gegen illegale Einwanderung bin, wenn sie das bereits für rechtspopulistisch halten, dann spürt man doch, das sich in unserem Land der Meinungshorizont verschoben hat. Die Normalität ist in Schieflage geraten. Ich distanzieren mich sehr deutlich von den politischen Rändern, weil ich mit denen nicht übereinstimme. Und dennoch wollen mich Links-Grüne in diese Ecke drängen, nur weil ich nicht ihre Ansichten teile!“, betont Ruhs, die als feste freie Mitarbeiterin beim Bayerischen Rundfunk ihre journalistischen Brötchen verdient und dort auch ihre Volontärsausbildung nach dem Studium absolviert hat.

## Nicht als Nestbeschmutzer gelten

„Man spürt eine links-grüne Dominanz in der Öffentlichkeit, und dass es konservativ-bürgerliche Ansichten hingegen schwerer haben, durchzudringen. Das sorgt wiederum für einen gewissen Frust, weil man sich mit seinen Themen und Meinungen übergangen fühlt. Das leider beste Beispiel ist hierbei die Berichterstattung im Themenfeld der Migration. Dort haben etliche Medien ab 2015 darauf geachtet, dass die Bevölkerung eine möglichst große Toleranz gegenüber den Ankommenden entwickelt, was ich auch bis zu einem gewissen Grad verstehen kann. Doch die Menschen haben diese mediale Verzerrung bemerkt, was wiederum dazu führte, dass viele den Medien weniger oder gar nicht mehr vertrauen!“, macht Ruhs deutlich. „Für diese Leute fühlt sich Berichterstattung nun an, als ob ihnen eine Einstellung vorgegeben werden würde und man über ihre eigene Meinung hinweggeht!“ Dieser Effekt ziehe einen Automatismus hinter sich her, der einerseits gerade – insbesondere junge – Journalisten dazu veranlasse, die linke Seite wieder weiter zu stärken, um gegen „rechts“ zu kämpfen. Und das führe dann wieder dazu, dass ein großer Teil der Medienkonsumenten sich nicht wiederfinde und die Berichterstattung als immer einseitiger, unausgewogener und damit als linker empfände, was sie dann unter dem Strich auch werde.

Diese Umstände kritisieren zu dürfen, mahnend den Finger zu heben, ohne als Nestbeschmutzer zu gelten, das liegt der jungen Journalistin am Herzen, die keinen Hehl daraus macht, den öffentlich rechtlichen Rundfunk (ÖRR) und die Idee des Systems dahinter gut zu finden. „Ich halte die Institution in heutigen Zeiten sogar für wichtig, da wir doch sehen, wie zersplittert das Medienumfeld ist. Jeder hat Zugang zur Öffentlichkeit, was per se erst einmal gut ist, aber die Qualität und die Seriosität, gerade in Hinsicht auf Recherche, bleibt mehr und mehr auf der Strecke. Eine einheitliche Plattform wie der Rundfunk ist daher wichtig. Aber die damit einhergehende Verantwortung für die Qualität und Ausgewogenheit ist zugleich umso größer!“

Gute Recherche untermauert Tatsachen, die wiederum Meinungen bilden. Wer aber nicht standhaft genug ist, und schon bei geringstem Gegenwind umfällt und damit auch der eigenen Ansicht quasi

in den Rücken fällt, gibt der Gegenseite gleichsam wieder recht. Die Quintessenz: Der Meinungsvielfalt wird geschadet, womit der Raum des vermeintlich Sagbaren immer kleiner wird. „Versucht man diesen wieder auszuweiten, indem man zu seiner Nicht-Mainstream-Meinung steht, ist der Aufschrei entsprechend laut. Schon heißt es von links: ‚Achtung, da will jemand den Raum des Sagbaren ausweiten!‘ Ja, dann kann ich nur lachend darauf antworten: ‚Aber natürlich, denn ihr habt ihn ja von links die letzten Jahre dermaßen eingengt, das keine anderen Meinungen als eure mehr hineinpassen. Genau das ist die Strategie der links-grünen Meinungsmacht!“, erklärt Ruhs gegenüber der PAZ.

„Ich komme immer öfter zu dem Schluss, dass die konservative Seite einfach nicht die linke Denke versteht, nicht begreift, wie von den Linken das Spiel gespielt wird und mit welcher Selbstherrlichkeit die kulturelle und damit auch die moralische Hoheit beansprucht und ausgespielt wird. Will man Diskurse beeinflussen, muss man wissen wie. Egal, wie abstrakt es ist, denn darin liegt Macht!“, erklärt sie und sieht erste Anzeichen, dass insbesondere seitens der Union und der Liberalen diese Lektion gelernt wurde und man nun versucht aufzuholen, um diesen Diskursraum adäquat und kompetent zu besetzen, um der linken Meinungsmacht endlich etwas entgegenzusetzen zu können. „Ich sehe da Leute wie Kristina Schröder, Martin Hagen, Andreas Rödter, aber auch den Aufschrei gegen die Richterwahl mit Brosius-Gersdorf. Da hat die Union schon kapiert, wie durch die Hintertür linke Politik gemacht werden soll, durch Medien, NGOs und die Justiz!“

Dass die Ränder immer stärker werden, begründet die Journalistin mit einem weiteren Aspekt: Social Media. „Auf Kanälen wie TikTok kann man am besten polarisieren, Stimmung machen und ungehemmt draufhauen. Egal, ob links oder rechts. Und wer in der Mitte steht, hat das Nachsehen, weil sich mit diesen Ansichten eben nicht wirksam Publikum gewinnen lässt. Man ist in der Mitte zum Bravsein regelrecht verdammt. Natürlich tut das einer Gesellschaft nicht gut, aber die Dynamik in der Entwicklung der politischen Ränder lässt sich ohne Social Media gar nicht mehr erklären!“, betont die Bestsellerautorin, die mit ihrem ersten Buch sehr schnell in den Bestsellerlisten landete.

## Links und weniger links ohne Mitte

Und das bei einem Buch mit vermutlich tendenziell etwas „rechteren“ Inhalten, wie insbesondere Linke wohl spekulieren. Umso verwunderlicher, das das Wort „rechts“ auffallend vermieden oder elegant umschifft wird. Bürgerlich-konservativ heißt es stattdessen. Da wartet man ja beinahe darauf, dass auch diese Begrifflichkeiten demnächst in der Anwendung als verbrannt gelten. Nur ein trügerisches Gefühl? „Links ist gut, rechts ist böse. So sieht die Einteilung bei vielen nun einmal aus. Und deswegen mogelt man um den Begriff herum – ich auch. Am liebsten bezeichne ich mich als konservativ-liberal. Das trifft es, da ich in vielerlei Hinsicht liberal eingestellt bin. So wird man nicht gleich abgestempelt und in eine gewisse Ecke gestellt, aus der man nur schwer bis gar nicht wieder herauskommt. Wenn gleich konservativ für nicht unerheblich viele bedeutet, dass ich als Frau dann das Mutterchen hinterm Herd spiele. Wie wenig informiert muss man sein, um so zu denken? Ganz ehrlich? Sie haben völlig recht, dass Wort ‚rechts‘ sollte überhaupt nicht so belastet sein, wie man denkt!“, gesteht sie im Gespräch mit der PAZ. „Vor allem nicht, wenn man links mit einer Selbstverständlichkeit nutzt und das Wort zudem positiv besetzt ist. Diesen Leuten geht es darum, den politischen Gegner auf der anderen Seite ab- und auszuschalten. Für die soll es ‚rechts der Mitte‘ nichts mehr geben. Die Mitte wird dann so stark entkernt, dass es nur noch links und weniger links gibt. Das ist deren Ziel!“

## VERKEHR I

## „Das kann so nicht weitergehen“

Politik greift bei der Berliner S-Bahn-Krise durch und droht der Bahn sogar mit Mittelentzug

VON HERMANN MÜLLER

Schon 2009 hatten Einsparungen bei der Wartung von Zügen zu einem ausgewachsenen Desaster bei der Berliner S-Bahn geführt. Nun steckt die Bahn-Tochter erneut in der Krise. Defekte Stellwerke und Signalstörungen brachten in Berlin immer wieder den Betrieb der S-Bahn zum stehen. Vor allem auf der wichtigen Innenstadtstrecke der sogenannten Stadtbahn, die das Zentrum Berlins von Ost nach West durchquert, ist es in den vergangenen Wochen immer wieder zu Störungen gekommen.

Den vorläufigen Tiefpunkt mussten Berliner und Hauptstadtbesucher am 18. August, einem Montag, verkraften. Ein defektes Stellwerk in Bellevue und defekte Signale legten im morgendlichen Berufsverkehr einen großen Teil des S-Bahnnetzes komplett lahm. Betroffen waren zwölf der insgesamt 16 Linien. Am darauffolgenden Dienstag kam es erneut zu Verzögerungen und Ausfällen – betroffen waren diesmal vor allem die Linien S1, S5, S7 und S8 sowie mehrere Verbindungen der Ringbahn.

**Appell zum Krisengespräch**

Zusammen mit den fast täglichen Störungen in Stellwerken und Signalausfällen der vergangenen Wochen war dies für Berlins Verkehrsministerin Ute Bonde (CDU) Anlass, Vertreter der Bahn zu einem Krisengespräch zu bitten. Verbunden war dies mit einer klaren Ankündigung der Senatorin: „Das kann so nicht weitergehen.“ Vonseiten des Bahn-Konzerns waren zum Krisengespräch am 20. August der DB-Bevollmächtigte in der Region, Alexander Kaczmarek, S-Bahn-Chef Peter Buchner sowie zwei Vertreter von DB InfraGo erschienen.

Die Bahnmanager machten deutlich, dass sie inzwischen einen konkreten Verdacht hätten, wie es immer wieder zu den Signalstörungen komme. Laut Bahnrecherchen ist es Staub, aber auch Abfall auf den Gleisen, die den Sensoren zur Gleisfreimeldung zu schaffen machen. Die gestörte Technik lasse die Signale aus Sicherheitsgründen dann auf Rot springen.

Auf den betroffenen Streckenabschnitten müsse jede einzelne Zugfahrt von Bahnmitarbeitern freigegeben werden. Probeweise hat die Bahn einen Ab-



Kunden genervt: Sperrung des gesamten Berliner S-Bahn-Netzes im vergangenen Juni

Bild: picture alliance/dpa/Michael Brandt

schnitt am Hackeschen Markt öfter als sonst üblich reinigen lassen – mit Erfolg: „Seit Juni gibt es auf diesem Abschnitt keinen Ärger mehr.“ Zur Stabilisierung des S-Bahn-Verkehrs will die Bahn nun offenbar auch andere Gleisabschnitte öfter säubern lassen.

Auf eine grundlegende Erneuerung der Technik werden die Berliner S-Bahn-Nutzer möglicherweise noch zehn Jahre warten müssen. Die in den 1990er Jahren verbaute Technik soll nach den bisherigen Bahnplänen erst Mitte der 2030er Jahre ersetzt werden. Wie im Zusammenhang mit dem Krisengipfel gemeldet wurde, prüft die Bahn inzwischen, zumindest die Grunderneuerung der rund drei Jahrzehnte alten Technik im Bereich der extrem wichtigen Stadtbahn vorzuziehen.

Wartet die Bahn allerdings zu lange, bekommt sie das auch finanziell zu spüren. Wie Bonde betont hat, werde der Senat dem Betreiber die Gelder kürzen, wenn Leistungen nicht erbracht würden. Nach Senatsangaben hat das Land Berlin

im ersten Halbjahr bereits Zahlungen über 12,8 Millionen Euro an die S-Bahn Berlin GmbH einbehalten.

**Weiter mit veralteter Technik**

Im Zusammenhang mit den Problemen bei der Berliner S-Bahn kritisierte Martin Pogatzki, Vorstand des Fahrgastverbandes Pro Bahn vom Landesverband Berlin-Brandenburg, das Kernproblem der Bahn sei, dass in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig in die Infrastruktur investiert worden sei. Der Bund habe stattdessen nur auf den Gewinn geachtet: „Von daher wurde gespart, wo es irgendwo ging, sowohl am Personal wie auch an der Technik.“ Die Folge ist laut Pro Bahn nun ein Netz, das auf Verschleiß gefahren wird.

Bereits Anfang August hat die Bahn mit der Sanierung der 280 Kilometer langen Strecke zwischen Hamburg und Berlin begonnen. Zu dem Zweck haben die Verantwortlichen die Strecke für neun Monate komplett gesperrt. Für täglich

zehntausende Fahrgäste bedeutet dies massive Umwege oder längere Fahrtzeiten mit Ersatzbussen. Im Gegenzug zu diesen Belastungen der Reisenden haben die bisherige Bahnführung und auch die vorige Bundesregierung eine rundum erneuerte Hochleistungsstrecke in Aussicht gestellt, auf der nach Fertigstellung jahrelang keine Bauarbeiten mehr nötig seien.

Allerdings hat ein Bauleiter eines involvierten Bahnbauunternehmens inzwischen aufgedeckt, dass die angekündigte Generalsanierung in Wirklichkeit zu einer erweiterten Instandhaltung zusammengeschrumpft sei. Bereits im Mai war bekannt geworden, dass die Bahntochter DB InfraGo während der Generalsanierung doch noch kein digitales Zugsicherungssystem verbauen wird. Auf das moderne und leistungsfähigere System umrüsten will die Bahn erst in den frühen 2030er Jahren. Bis dahin will DB InfraGo auf der Strecke weiterhin die bisherigen Zugsicherungssysteme nutzen.

## VERKEHR II

## Senatorin will Magnetbahn vom ICC zum BER

Ute Bonde (CDU): „Müssen offen für neue Technologie sein“ – NGOs sind dagegen

Die Berliner Verkehrsministerin Ute Bonde will einen neuen Anlauf zum Bau einer Magnetschwebbahn in Berlin unternehmen: „Im jetzigen Koalitionsvertrag von Union und SPD im Bund ist die Magnetschwebbahn vorgesehen für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ... Das heißt, sie wird dann endlich gleichbehandelt wie Straßenbahn und U-Bahn hinsichtlich der Finanzierung ... Ich finde, dass wir offen für jede Technologie sein müssen. Das gilt auch für die Magnetschwebbahn.“

Sie denkt an eine Strecke vom Internationalen Kongresszentrum (ICC) zum Flughafen BER, auf der Trasse der Autobahn. Bonde: „Da habe ich die Trasse mit der Autobahn und setze da die Träger drauf ... Dann kann ich in der Innenstadt gegebenenfalls schon einchecken oder die

Koffer aufgeben.“ Eine ähnliche Idee hatte der damalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) schon 2002: „Wenn Sie vom Hauptbahnhof in München (starten), ohne dass Sie am Flughafen noch einchecken müssen, dann starten Sie im Grunde genommen am Hauptbahnhof in München Ihren Flug.“

Im November 2023 war der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Dirk Stettner, bereits mit dem Vorschlag einer mehrere Kilometer langen Pilotstrecke in der Berliner Innenstadt vorgeprescht. Damals gab es von grünen NGOs Kritik. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) etwa schimpfte, das sei ein „absurdes Projekt“ und eine „Verhöhnung aller Menschen, die ernsthaft den Klimaschutz schnell voranbringen wollen“.

Dabei gab es schon einmal in Berlin eine M-Bahn. Sie wurde ab 1984 vom Gleisdreieck über die Bernburger Straße zum Kemper Platz geführt und erlebte einen Fahrgastbetrieb von 1989 bis 1991. Danach musste die M-Bahn-Strecke abgerissen werden, weil sie auf der Trasse der dann wiederhergestellten U-Bahn-Linie 2 lag, die durch die Teilung Berlins und den Mauerbau unterbrochen worden war.

**Alternative zur Straßenbahn**

In China werden vier M-Bahn-Strecken betrieben, in Südkorea zwei und in den USA eine. 2022 wurde in Polen in der Woiwodschaft Karpatenvorland eine 700 Meter lange Teststrecke für Magnetschwebbahnen fertiggestellt. Auch in der Schweiz gibt es weit vorgeschrittene Planungen für eine Magnetschwebbahn. Die inter-

nationale Entwicklung zeigt, dass die Überlegungen der Berliner Verkehrsministerin keine Spinnereien sind.

Bonde argumentiert für die M-Bahn: „Sie ist leise, sie ist kostengünstiger als die U-Bahn. Und im Bau und im Betrieb ist sie auch kostengünstiger als die Straßenbahn.“ Die Verkehrsministerin sieht die M-Bahn auch als Alternative zur Straßenbahn. Während West-Berlin die Tram einst ganz abgeschafft hatte, blieb sie im Osten der Stadt erhalten und wurde nach der Wiedervereinigung der Stadt nur teilweise in den Westen hinein verlängert. Neben dem Personenverkehr sieht die Senatorin auch Möglichkeiten im Gütertransport. Um die Straßen zu entlasten, könnten Verteilzentren rund um Berlin an die M-Bahn angebunden werden.

Frank Bücker

## KOLUMNE

## Lichtblicke?

VON VERA LENGSFELD

Nachdem die Hauptstadt seit Jahren immer mehr vermüllt ist, hat der Senat zum ganz großen Schlag gegen die Müllsünder ausgeholt. Die Bußgelder sind stark erhöht worden. Für die illegale Entsorgung von Sperrmüll können nun Strafen bis zu 8000 Euro anfallen, für Bauschutt sogar bis zu 25.000 Euro. Wenn man eine Zigarette oder einen Einwegbecher wegwirft, soll das künftig 250 Euro kosten. Hundehalter müssen mit 80 Euro rechnen, wenn sie Kot nicht entfernen.

Mit diesen Maßnahmen soll das Stadtbild verbessert und Kosten für die Beseitigung gesenkt werden. Berlin musste 2024 mehr als zehn Millionen Euro für die Reinigung ausgeben. Die unbeantwortete Frage lautet, wie die Stadt den Müllsündern, besonders jenen, die ihre Zigarettenkippen im öffentlichen Raum entsorgen oder die Exkremente von Struppi im Park liegenlassen, auf die Spur kommen will. Ob der neue Bußgeldkatalog die erwünschte abschreckende Wirkung erzeugen wird, darf bezweifelt werden, aber Symbolpolitik ist beinahe alles. Berlin strahlt das Brandenburger Tor mit der Israelflagge an und überlässt dem palästinensischen Antisemitismus die Straßen.

Der zweite Lichtblick ist, dass nach zwölf Jahren Bauzeit am 27. August der neue Abschnitt der A100 zwischen Dreieck Neukölln und Treptower Park eröffnet wird. Die 3,2 Kilometer haben 720 Millionen Euro gekostet. Es hat endlose Debatten und Proteste gegeben. Letztere sollen am Tag der Eröffnung während des Festaktes fortgeführt werden.

Das Teilstück verläuft auf 386 Metern im Tunnel und auf etwa 2,3 Kilometern in einem bis zu sieben Meter tiefen Trog. Damit sind die östlichen Bezirke Berlins besser an die A113 angebunden. Außerdem wird die Erreichbarkeit des Flughafens Berlin Brandenburg und des Wissenschaftsstandorts Adlershof wesentlich verbessert. Welch ein Erfolg nach nur zwölf Jahren!

## MELDUNG

## Hacker stehlen sensible Daten

Berlin – Bislang unbekannte Täter haben den Rechner eines engen Mitarbeiters von Berlins Justizsenatorin Felor Badenberg mit einer Spähsoftware infiziert. Die Angreifer sollen bei dem gezielten Angriff persönliche Daten der CDU-Politikerin erbeutet haben – darunter ihre Wohnanschriften in Berlin und Köln sowie Termininformationen. Laut einer Sprecherin von Badenberg seien „auch personenbezogene Daten“ betroffen, etwa E-Mails von und an Personen, die seit Februar 2023 mit dem Leitungsstab der Senatsverwaltung für Justiz in Kontakt standen. Badenberg selbst bezeichnete den Hackerangriff als „problematisch“, da die Täter durch den Zugang zu ihrem digitalen Kalender ein Bewegungsprofil erstellen könnten. Die im Iran geborene Senatorin erklärte, sie könne sich „gut vorstellen“, dass hinter dem Angriff „möglicherweise eine iranische Cyber-Gruppierung namens Charming Kitten“ steht. H.M.

## ● MELDUNGEN

## Polen erzeugt mehr Munition

**Warschau** – Polen will die Produktion von großkalibriger Munition verfünffachen. Das teilte Premierminister Donald Tusk bei einem Besuch der Munitionsfabrik Nitro-Chem in Bromberg mit. Wie Polens Minister für Staatsvermögen, Jakub Jaworowski, der „Financial Times“ erklärte, wird der staatliche Rüstungskonzern Polska Grupa Zbrojeniowa (PGZ) rund 565 Millionen Euro an Regierungsmitteln zum Bau von drei neuen Munitionsfabriken erhalten. PGZ produziert bislang jährlich etwa 30.000 Geschosse verschiedener Kaliber. Mit der angekündigten staatlichen Finanzierung soll die Produktion innerhalb von drei Jahren auf 150.000 bis 180.000 Geschosse pro Jahr steigen. Wie die „Financial Times“ berichtet, kämpft Polen mit ernststen Engpässen in der Munitionsproduktion. Verzögerungen in der Industrie, die Produktion hochzufahren, sollen die Aufmerksamkeit der Politik auf sich gezogen haben. *H.M.*

## EU fördert Koran-Projekt

**Brüssel** – Die EU-Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen (CDU) hat beschlossen, das Forschungsprojekt „Der Europäische Koran“ mit fast zehn Millionen Euro zu finanzieren, weil sie zu der Überzeugung gelangt sei, „dass der Koran eine wichtige Rolle bei der Bildung der religiösen Vielfalt und Identität des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Europas gespielt hat – und dies auch heute noch tut“. Das Geld stammt aus dem Fonds für das EU-Programm Scientific Excellence, das eigentlich den technologischen Rückstand Europas gegenüber den USA wettmachen soll. Mehrere EU-Abgeordnete bezeichneten das Koran-Projekt als „Geschichtsfälschung“ und „politischen Wahnsinn“. Außerdem sagte EU-Parlamentarierin Petra Steger von der FPÖ: „Die EU-Kommission verhöhnt die Werte Europas.“ Kritisiert wird zudem die Nähe vieler beteiligter Wissenschaftler zur extremistischen Muslimbruderschaft. *W.K.*

## In Syrien fließt Investorengeld

**Damaskus** – Syrien entwickelt sich unter der Herrschaft der islamischen Terrormiliz Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) zu einem Mekka für ausländische Investoren. Zuletzt wurden Abkommen für zwölf große Projekte in den Bereichen Infrastruktur, Transport und Bauwesen im Gesamtumfang von 14 Milliarden US-Dollar ratifiziert. Danach gratulierte der US-Sondergesandte für Syrien, Thomas Barrack, den neuen Machthabern in Damaskus zu ihrem „großen Erfolg“ und sagte Syrien eine Zukunft voller Wohlstand vorher. Zu den Investoren gehört das katarische Unternehmen UCC Holding, das vier Milliarden US-Dollar in die Modernisierung des Flughafens von Damaskus stecken will. Parallel dazu plant die Investment Authority der Vereinigten Arabischen Emirate den Bau einer U-Bahn in der syrischen Hauptstadt für zwei Milliarden. Die gleiche Summe soll für die Damaskus Towers des italienischen Unternehmens UBAGO fließen. *W.K.*



Ein Feuerwehrmann kämpft im griechischen Komotini verzweifelt gegen die Flammen und den beißenden Rauch an

### UMWELTPOLITIK

# Ursache für Waldbrände ist der Mensch, nicht das Klima

Aktuelle Untersuchungen beweisen: Die verheerenden Feuer sind in den meisten Fällen vorsätzlich gelegt worden

VON WOLFGANG KAUFMANN

**W**ie fast jedes Jahr im Sommer wüten derzeit etliche schwere Waldbrände auf der Nordhalbkugel der Erde. Besonders betroffen ist diesmal Spanien, wo die Feuer bislang eine Fläche von der ungefähren Größe Mallorcas verwüsteten. Aber auch im benachbarten Portugal loderten die Flammen schon auf 235.000 Hektar Land.

Viele Medien schreiben diese Katastrophe wie üblich dem „vom Menschen verursachten Klimawandel“ zu. Dabei scheuen sie nicht vor dreisten Manipulationen zurück. So kursiert derzeit ein Foto, das angeblich von der kanadischen Pilotin Trisha Virdee aufgenommen wurde und Flammen zeigen soll, die mehrere hundert Meter in den Himmel schiefen.

Allerdings sind die Feuerwände bei Waldbränden normalerweise weniger hoch – und die Angaben zur Person von Virdee wirken ebenfalls arg konstruiert.

#### CO<sub>2</sub>-Abnahme statt Zunahme

Doch damit nicht genug. Aus den Daten des Global Wildfire Information System des Gemeinsamen Forschungszentrums der Europäischen Kommission geht unmissverständlich hervor, dass weltweite CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Waldbrände seit 2003 von sechs auf vier Millionen Tonnen gesunken sind. Darüber hinaus wird auch die These von der Zunahme der Waldbrände aufgrund des Klimawandels in Frage gestellt – und zwar selbst durch Organisationen, die ganz sicher nicht vor „Klimaleugnern“ wimmeln.

So fand der Weltklimarat IPCC, dessen Sachstandsberichte als „Goldstan-

dard der Klimaforschung“ gelten, keine belastbaren Belege für das Auftreten häufigerer oder größerer Waldbrände. Andere Fachleute wie der Greenpeace-Experte für Wald, Holz, Klima, Biodiversität und Landnutzung, Christoph Thies, sind der Ansicht, inzwischen könne man guten Gewissens sagen, dass neun von zehn Waldbränden rund um die Welt vom Menschen statt vom Klima verursacht werden. Und das gilt zweifellos auch für die gegenwärtigen Feuersbrünste in Spanien.

#### Häufigste Ursache: Brandstiftung statt Klima

Die dortige Polizei hat bislang schon 23 Brandstifter festgenommen und in weiteren 89 Fällen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Vorsätzlich gelegte Brände dienen unter anderem dem Zweck, neues Bauland zu gewinnen, wo der Schutz der

bestehenden Wälder die angestrebte kommerzielle Nutzung verhindert. Eine weitere typische Brandursache ist die illegale Ablagerung von Müll, der sich entzünden kann. Dazu kommt die dramatische Vermehrung von brennbarem Material in den Wäldern, weil kein kontrollierter Holzeinschlag und keine systematische Entfernung des Unterholzes mehr erfolgt. Das hat nicht selten ideologische Gründe: Die Natur solle sich wieder „selbst helfen“, heißt es immer öfter. Darüber hinaus sorgt auf der Iberischen Halbinsel auch die Landflucht für eine Verwahrlosung der Wälder.

In Spanien kommt dann noch hinzu, dass die Mittel für die Waldbrandprävention drastisch gekürzt wurden – in manchen Regionen um 90 Prozent – und die Feuerwehr unter Material- und Personalmangel leidet, während für Lieblingsprojekte der rot-rot-roten Regierung in Madrid wie die „Energiewende“ ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen.

#### Einschränkung verfassungsmäßiger Grundrechte

Gleichzeitig versuchen unfähige Politiker und Beamte, welche die Misere zu verantworten haben, sich in übergriffiger Weise als Katastrophenmanager zu profilieren. Während die Vorsorge gegen Waldbrände jahrelang auf der Strecke blieb, gelten jetzt plötzlich Ausgangssperren für die Bewohner einiger gefährdeter Regionen Spaniens.

Noch bedenklicher ist die Entwicklung allerdings in Kanada, wo es dieses Jahr bereits 3000 Waldbrände auf 5,5 Millionen Hektar gab, die indes aber nur ein Drittel der Brandfläche von 2023 ausmachten. Hier verhängten die Provinzregierungen von New Brunswick und Nova Scotia ein bislang einmaliges Waldbetretungsverbot – mit Bußgeldern von 25.000 kanadischen Dollar pro Zuwiderhandlung. Anfangs hieß es dabei noch zur Begründung, dies diene der Verhinderung der Entstehung neuer Waldbrände. Dann aber gestand die Premierministerin von New Brunswick, Susan Holt: „Ich kann verstehen, dass die Leute die Vorstellung, man könne durch einen Waldspaziergang einen Brand auslösen, für lächerlich halten. In Wirklichkeit geht es ja auch nicht darum, dass man einen Brand auslösen könnte, sondern darum, dass wir nicht in der Lage sind, jemandem zu helfen, der draußen im Wald spazieren geht und sich das Bein bricht, wenn unsere Rettungskräfte gerade einen Brand löschen.“ Angesichts dessen sprachen Bürgerrechtsorganisationen wie das Justice Centre for Constitutional Freedoms von einer Einschränkung verfassungsmäßiger Freiheiten unter dem fadenscheinigen Vorwand der Bekämpfung von Naturkatastrophen.

### RUSSLAND

# Propaganda-Mythos „Barbarossa 2“

Planspiele von US-General Chris Donahue über eine Blitz-Einnahme Königsbergs sorgen für Aufregung

In der russischen Öffentlichkeit wird der Krieg gegen die Ukraine zunehmend als Teil eines globalen Abwehrkampfes gegen den Westen interpretiert. Dabei rücken Deutschland und Großbritannien mehr denn je in den Fokus der russischen Propaganda – sie gelten laut dem russischen Online-Portal „Dzen“ als die Drahtzieher hinter einer umfassenden Verschwörung gegen Russland. Die Ukraine selbst spielt dabei nur noch eine untergeordnete Rolle.

Zentraler Bestandteil dieses Narrativs ist der Mythos einer westlichen Strategie mit dem Titel „Barbarossa 2“. In Anlehnung an den deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 – als „Unternehmen Barbarossa“ bekannt – wird nun eine neue Verschwörung beschrieben, die Russland an gleich vier Fronten zermürben soll. Die erste sei die militärische Konfrontation in

der Ukraine, die durch westliche Waffenlieferungen und politische Unterstützung endlos verlängert werde. Die zweite Front identifiziert man im Südkaukasus: Hier würden Aserbaidschans Präsident Ilham Alijew und Armeniens Premier Nikol Patschinyan – mit türkischer Unterstützung – an einer geopolitischen Neuordnung arbeiten. Besonders perfide erscheint aus russischer Sicht die dritte Front: der sogenannte „innere Separatismus“. Gemeint ist damit ein angeblich wachsender islamischer Widerstand in mehrheitlich muslimischen Republiken wie Dagestan und Tatarstan, in denen laut Propaganda gezielt Unruhen geschürt würden. Und schließlich wird mit Blick auf den Westen die vierte Front eröffnet: Königsberg.

Mit dem Auftritt des US-Generals Chris Donahue in einem NATO-Kontext

in Litauen verknüpft „Dzen“ zugleich die These, dass der Westen plane, in Königsberg einen „Maidan“ – also eine prowestliche Protestbewegung – zu initiieren. Ziel sei es, die Region als Hebel zur Destabilisierung des russischen Staates zu nutzen. Dabei gehe man in Washington, London und Berlin davon aus, dass Russland militärisch und gesellschaftlich nicht in der Lage sei, an allen vier Fronten gleichzeitig standzuhalten – das Land solle aufgerieben und letztlich zerschlagen werden.

Zur Untermauerung seiner Ansprüche auf Königsberg bemüht der russische Diskurs historische Konstruktionen. So sei die Stadt bereits 1758 im Zuge des Siebenjährigen Krieges Teil des Russischen Reiches geworden. Und auch der Philosoph Immanuel Kant wird vereinnahmt: Er habe, so die Erzählung, der russischen Zarin

Elisabeth Petrowna die Treue geschworen und bis zu seinem Tod seine russische Staatsbürgerschaft behalten – mit dem angeblichen Bekenntnis: „Ich bin kein Deutscher, ich bin Preuße.“

Zudem kursiert in russischen Medien das Märchen über ein Denkmal des Großen Kurfürsten, das beim deutschen Rückzug aus dem ostpreußischen Pillau nach Hamburg gebracht worden sei – mit einer Inschrift: „In Erwartung der Rückkehr“. Ein Beleg für deutschen Revanchismus, so die Darstellung. Historiker weisen jedoch darauf hin, dass es sich hierbei um eine frei erfundene Inschrift handelt.

Zuletzt kam aus Moskau noch eine Mahnung an Litauen: Es solle sich erinnern, wer dem baltischen Staat nach dem Zweiten Weltkrieg große Teile Ostpreußens „geschenkt“ habe. *Bodo Bost*

VON HAGEN RITTER

Deutschlands duales Ausbildungsmodell – die Kombination von Berufsschule mit praktischer Erfahrung im Betrieb – war lange Zeit ein Erfolgsmodell, das weltweit gelobt und ebenso kopiert wurde. Über Jahrzehnte hat eine zumeist dreijährige Lehre die hiesige Wirtschaft mit gut ausgebildeten Fachkräften versorgt. Für Azubis bedeutete ein erfolgreicher Abschluss der Lehre meist eine Vollzeitstelle in ihrem Ausbildungsbetrieb.

Seit einigen Jahren funktioniert dieses Ausbildungssystem „Made in Germany“ allerdings nicht mehr richtig. Laut einer aktuellen Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) konnten 48 Prozent aller Unternehmen, die 2024 Ausbildungsplätze angeboten haben, nicht alle ihre Stellen besetzen. Mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen hatte überhaupt keine Bewerbung erhalten. Bei den Jugendlichen, die eine duale Ausbildung antreten, bricht mittlerweile jeder Dritte die Lehre ab. Parallel dazu wächst in der Wirtschaft der Mangel an Facharbeitern.

Laut Daten des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist die Zahl junger Menschen, die ohne Berufsabschluss sind, von 460.000 im Jahr 2013 auf 1,6 Millionen im Jahr 2024 gestiegen. Bei diesem Anstieg spielt jedoch die Massenzuwanderung nach Deutschland eine große Rolle. Fast die Hälfte (45 Prozent) der jugendlichen Migranten aus Afghanistan, Eritrea, dem Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia oder Syrien ist ohne Berufsabschluss nach Deutschland gekommen. Die oft mangelhaften Deutschkenntnisse erschweren das Nachholen einer Berufsausbildung. Schon seit Jahrzehnten klagen Unternehmen generell über eine schlechte Ausbildungsreife vieler Jugendlicher: Schulabgänger mit zu geringer Lesekompetenz und nur noch rudimentären mathematischen Fähigkeiten sind mittlerweile keine Seltenheit mehr.

**Plötzlich sind die Bewerber weg**

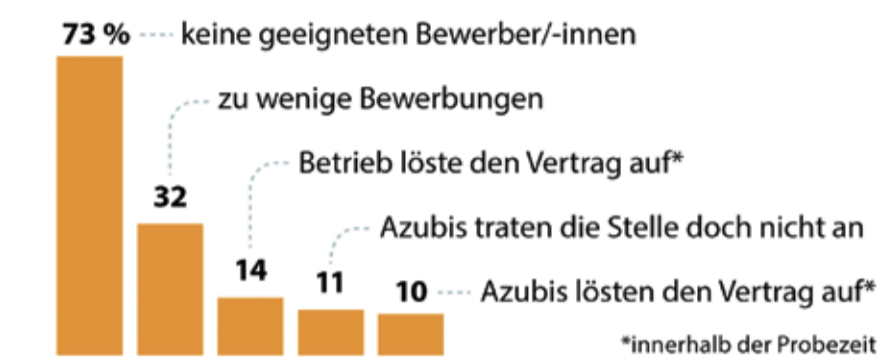
Obendrein ist die duale Ausbildung für viele Jugendliche nicht mehr sehr attraktiv. Immer mehr Schulabgänger zieht es direkt an Hochschulen. Auch der gesetzliche Mindestlohn für ungelernete Helferjobs hat sich als Fehlanreiz für Jugendliche entwickelt. Finanziell ist ein Hilfsjob oft attraktiver als Lehrgeld. Verschärft wird das durch den demographischen Wandel: „Du kannst Stellen ausschreiben und machen, was du willst, du findest niemanden mehr“, so ein Tischlermeister aus dem ländlichen Raum Brandenburgs gegenüber der „Wirtschaftswoche“.

**Ausbildungsstelle nicht besetzt**

So hoch war der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen in Deutschland im Jahr 2024  
Branchen mit den höchsten Anteilen, Angaben in Prozent

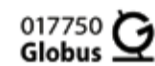


Hauptgründe, warum Unternehmen Ausbildungsstellen nicht besetzten  
Angaben in Prozent (Mehrfachnennungen)



Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer

Online-Befragung von 14 994 Unternehmen vom 12.–30.5.2025



**AUSBILDUNG**

„Du kannst machen, was du willst, du findest niemanden!“

In Deutschlands Unternehmen bleiben immer mehr Lehrstellen unbesetzt. Die Chefetagen verzweifeln langsam am Unvermögen der Bewerber

Bei Ausbildungsbetrieben, die glauben, nun doch endlich einen geeigneten Bewerber gefunden zu haben, sorgt das sogenannte „Ghosting“ („Ghost“ zu Deutsch „Geist“) für zunehmendes Kopfzerbrechen. Dabei unterschreiben Bewerber zwar einen Vertrag oder melden sich zu Vorstellungsgesprächen an, treten aber plötzlich ohne Ankündigung die Ausbildung nicht an oder verschwinden nach wenigen Tagen wortlos. Oftmals reagieren die jungen Leute auch gar nicht mehr auf Kontaktversuche der Ausbildungsbetriebe. Das Azubi-Ghosting hat laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in den letzten Jahren noch einmal deutlich zugenommen: 2023 gaben etwa 27 Prozent der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsstellen an, dass sich Bewerber plötzlich und unerwartet zurückgezogen hätten.

Für die Unternehmen kann das plötzliche Abspringen von Azubis hohe Kosten verursachen, wenn in den Bewerbungsprozess bereits Ressourcen investiert wurden. Zudem müssen die betroffenen Firmen auch damit rechnen, dass sie die Lehrstelle kurzfristig gar nicht mehr mit einem anderen Bewerber besetzt bekommen. Kleinstbetriebe, die ausbilden, haben dabei die größten Probleme.

**Schlechte Erfahrungen**

„Rechtlich haben Betriebe wenig Handhabe, wenn ein Auszubildender seine Ausbildung nicht antritt“, so die Einschätzung von Marcus Halder, Sachgebietsleiter Ausbildungsberatung bei der Handwerkskammer für München und Oberbayern. Einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2020 zu-

folge bildet jeder fünfte Betrieb weniger aus, nachdem er solche Erfahrungen mit dem Azubi-Ghosting machen musste.

**Enormer bürokratischer Aufwand**

Oft ziehen sich kleine Unternehmen auch ganz von der Ausbildung von Berufsnachwuchs zurück. Ein Fliesenlegermeister aus dem Elbe-Elster-Kreis im Süden Brandenburgs teilte beispielsweise bereits 2022 der IHK Cottbus mit, dass er nach über 30 Jahren nicht mehr als Ausbildungsbetrieb zur Verfügung steht. Dabei verwies er auf den über Jahre gewachsenen bürokratischen Aufwand, aber auch auf die immer strengeren organisatorischen Auflagen, die erfüllt werden müssen: „Ich hab’ jahrzehntelang Lehrlinge ausgebildet, aber der Aufwand ist so groß geworden, dass ich das mit meiner Kleinfirma nicht mehr stemmen kann!“

**ROTES MEER**

Massiver Einfluss auf den Welthandel

Mit Erpressung und Terror: So perfide attackieren Huthi-Rebellen die internationale Seefahrt

Die Huthi-Rebellen im Jemen beeinträchtigen den Welthandel wie kaum ein anderes Ereignis seit Covid-19 oder eine Terrorgruppe jemals: versenkte Schiffe, getötete Besatzungsmitglieder, eine gesperrte Welthandelsroute, drohende Öko-Katastrophen, woraus wiederum spürbar höhere Verbraucherpreise auf der ganzen Welt resultieren.

Jetzt haben die vom Iran unterstützten Rebellen eine neue Strategie: Mit Hinweisen im Internet für freie Durchfahrten durch das Rote Meer erteilen sie bei Zahlung entsprechender Geldsummen Ratschläge, wie man ihre Terrorattacken umschiffet. Erpressung pur! Während der Welthandel die Route weiter meidet, fahren sie ein in vielerlei Hinsicht kostspieliges Manöver. Als sogenanntes „Koordinierungszentrum Humanitäre Operatio-

nen“ (Humanitarian Operations Coordination Center) lassen sich die Rebellen dabei direkt auf sichere Passagen ansprechen, bis zu 24 Stunden Bedenkzeit für eine Antwort inklusive.

Mit Schüssen und anschließenden Raketenangriffen auf den Tanker „Sounion“ lösten die Huthis vor exakt einem Jahr beinahe eine Umweltkatastrophe aus, die alle bisherigen weltweiten Ölaustritte aus Schiffen harmlos erscheinen lässt. Mit 163.800 Tonnen Tragfähigkeit zählt das Schiff zu den ganz Großen seiner Art. Der Einsatz von Mannschaft und Bergungsfirmen verhinderte in letzter Sekunde gerade noch das Allerschlimmste. Dennoch wagen bis heute vor allem Öltanker die Route zum Suezkanal und kommen so in Reichweite der Rebellen. Die Containerschiffahrt hingegen macht mehrheitlich

lieber einen Bogen um Afrika – den Reedern ist der dadurch entstehende Mehrbedarf an Schiffen ganz Recht.

Weil die neben dem US-Pazifikverkehr als Haupttroute des Welthandels geltende Strecke seit dem Start der Huthi-Attacken tausende Kilometer länger um Afrika führt, fällt die Umweltbilanz der globalen Handelsschiffahrt – trotz vieler Bemühungen um saubere Antriebe – wieder schlechter aus. Rund zwölf Prozent des Welthandels und 30 Prozent des globalen Containerschiffsverkehrs sind direkt betroffen. Die Folgen für die Lieferketten sind dabei noch nicht einberechnet.

Für ein Gros der Containerschiffe ist inzwischen die Route um Afrika eine Dauerlösung, auch wenn sie rund 25 Prozent länger dauert als der Weg durchs Rote Meer. Eine Waffenruhe ist zudem nicht in

Sicht. Erst Anfang August drohten die Rebellen 64 Schiffseignern, sie hätten mit „Konsequenzen“ zu rechnen, weil sie Häfen in Israel anliefen. Ihre „Bestrafungswarnungen“ sind eine Androhung über die Zerstörung der Schiffe, sobald diese den Wirkungskreis der Rebellen erreichen. Mit dieser Taktik haben die Huthis längst dem Welthandel ihre Weltanschauung aufgezwungen. Seit diesem Sommer ist Näheres über die Routen, auf denen der Iran als Hauptunterstützer die Huthis mit Waffen beliefert, bekannt: Mit traditionellen Booten, den Daus, kommen die modernen Waffensysteme in die Hände der Huthis. Hoch- und Niedrigtechnologie stehen beide im Einsatz gegen den globalisierten Handel. Seit Juni überwachen die Rebellen nach eigenen Angaben den Verkehr einzelner Schiffe gezielt. SV

**MELDUNGEN**

Trump ist ein Top-Vertriebler

Berlin – Aus Sicht deutscher Software-Hersteller hat sich die „America First“-Politik von US-Präsident Donald Trump als Glücksfall erwiesen. Bereits seit der Verschärfung der Datenschutzregeln durch die EU hat ein Trend bei hiesigen Firmenkunden eingesetzt, nämlich IT-Produkte „made in Europe“ zu bevorzugen. Wie das „Handelsblatt“ nun berichtet, hat die Nachfrage nach europäischer Software seit dem Amtsantritt von Trump sogar dramatisch zugenommen. Profiteure der Entwicklung sind deutsche IT-Dienstleister und Softwarehersteller für Geschäftsanwendungen wie der Münchner Datenanalyst Celonis, die Düsseldorfer KI-Firma Cognigy oder das Software-Unternehmen Staffbase aus Chemnitz. Bereits während Trumps erster Amtszeit hatte Achim Berg, der damalige Präsident des Digitalverbandes Bitkom, erklärt: „Donald Trump ist für deutsche IT-Firmen der beste Vertriebler.“ H.M.

Hybrid: China übertölpelt EU

Brüssel – Chinesische Autobauer haben in den Zollregelungen der EU ein Schlupfloch gefunden, um die Strafzölle auf Elektroautos zu umgehen. Weil sie Peking unfairen Wettbewerb vorwirft, hatte die EU 2024 hohe Zölle auf chinesische E-Autos eingeführt. Nun haben chinesische Hersteller allerdings ihre Verkäufe von Hybridfahrzeugen deutlich erhöht. Der Autobauer BYD setzte im ersten Halbjahr 2025 in Europa rund 20.000 Hybridfahrzeuge ab. Dies waren mehr Fahrzeuge als im gesamten Vorjahr. Auch der staatliche chinesische Autokonzern SAIC setzte über seine Marke MG deutlich mehr Autos ab, die sowohl einen Verbrennungsmotor als auch einen Elektroantrieb haben. Auf die Einfuhr solcher Autos hatte die EU-Kommission keine Strafzölle verhängt. Aus Sicht von Frank Schwoppe, Lehrbeauftragter für Automotive Management an der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) Berlin, sichern sich chinesische Hersteller mit dem Verkauf von Hybridautos weitere Marktanteile in Europa. H.M.

Jobs nach Polen verlagert

Amsterdam – Der Essenslieferdienst Lieferando will bis Ende 2025 bundesweit rund 2000 Kurierfahrer entlassen. Bei der Auslieferung auf der sogenannten letzten Meile will die Plattform künftig stärker mit Subunternehmen kooperieren. Insbesondere in kleineren Märkten, etwa Wiesbaden, Lübeck oder Bochum, setzt Lieferando auf eine Kooperation mit Logistikunternehmen, die die Essensauslieferung mit eigenen Fahrern übernehmen sollen. Nach Angaben des Lieferando-Deutschlandchefs Lennard Neubauer wird der Stellenabbau auch die Hansestadt Hamburg stark betreffen. In Berlin testet Lieferando bereits die Auslieferung von Essen über einen Subunternehmer. Wie die „Berliner Morgenpost“ berichtet, streicht Lieferando nicht nur Kurierjobs in größerer Zahl, sondern will zusätzlich auch Verwaltungsjobs in den höheren Gehaltsklassen nach Polen verlagern. H.M.

## KOMMENTARE

## Beschädigte Institution

RENÉ NEHRING

Sie also auch nicht. Nachdem in der vergangenen Woche der Name der früheren Ministerin Katarina Barley für die Neubesetzung offener Richterposten am Bundesverfassungsgericht anstelle der zuvor durchgefallenen Frauke Brosius-Gersdorf in den Medien die Runde machte, gab die ins Spiel gebrachte Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments am Wochenende bekannt, dafür nicht zur Verfügung zu stehen, da sie „noch viel in Europa vorhabe“.

Kritische Kommentatoren munkelten daraufhin, dass Barley möglicherweise bewusst war, dass ihr angesichts ihres überwiegend politischen und sehr spärlichen juristischen Lebenslaufs eine ähnliche Debatte gedroht hätte wie Brosius-Gersdorf. Ob diese Vermutung stimmt, kann nur spekuliert werden.

In jedem Fall hat Barley mit ihrer Absage der Institution Bundesverfassungsgericht einen enormen Gefallen getan. Denn unabhängig davon, ob ihre fachliche Qualifikation für einen Sitz im

höchsten deutschen Gericht ausgereicht hätte oder nicht, wäre mit ihr die parteipolitische Prägung – und drohende Instrumentalisierung – dieser einst hoch angesehenen Institution weiter vorangeschritten. Schon die Wahl des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Harbarth zum Mitglied und Präsidenten des Verfassungsgerichts hat den Glauben an die Überparteilichkeit des Gerichts schwer erschüttert.

Die Sozialdemokraten könnten nun sowohl sich selbst als vor allem auch unserem Land einen historischen Dienst erweisen, wenn sie ihr Vorschlagsrecht dahingehend nutzen würden, eine Persönlichkeit zu nominieren, die bislang vor allem als Jurist von sich reden machte und nicht als Parteipolitiker. Orientieren können sie sich dabei an prägenden Figuren des Bundesverfassungsgerichts wie Ernst-Wolfgang Böckenförde und Dieter Grimm oder zuletzt Andreas Voßkuhle und Doris König, die allesamt von der SPD vorgeschlagen worden und dennoch über jeden Zweifel erhaben waren.

## Chaos-Bahn sucht Chef

HERMANN MÜLLER

„Pünktlich wie die Bahn“ – diese Redewendung gilt hierzulande schon lange nicht mehr. Deutschlands Bahnsystem, einst Symbol für Zuverlässigkeit und Präzision, ist zum Inbegriff notorischer Unpünktlichkeit geworden und sorgt sogar im Ausland für Spott. Obendrein hat die Deutsche Bahn AG (DB) einen horrenden Zuschussbedarf durch einen lang aufgebauten massiven Sanierungsstau: „Die Bahn ist ein kranker Patient, der geheilt werden muss“, so die Diagnose des Verkehrsexperten Markus Hecht von der TU Berlin.

Geht es um die Ursache der Probleme der Bahn, wird oft der Name Hartmut Mehndorn genannt. Dieser war von 1999 bis 2009 Chef des Unternehmens. Sein Vorhaben, den Staatskonzern mit samt Schienennetz an die Börse zu bringen, scheiterte ebenso wie der Versuch, die DB als Weltmacht der Logistik zu etablieren. Zwar gelang es Mehndorn zeitweise, die Bahn auf Gewinnkurs zu

bringen, doch wurde dies mit einer verheerenden Rotstift-Politik bei Personal und Infrastruktur erkaufte. Verspätungen und Zugausfälle sind seitdem typische Begleiterscheinungen einer Bahnreise in Deutschland.

Auch Mehndorns glücklosen Nachfolgern Rüdiger Grube und Richard Lutz, ist es nicht gelungen, die Probleme der Bahn zu lösen. Inzwischen sucht die Politik nach einem neuen Konzernchef. Angesichts der über Jahrzehnte gewachsenen Probleme der maroden Bahn gilt der Posten unter Top-Führungskräften als nicht sonderlich begehrt. Zu Recht hat Verkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) inzwischen auch deutlich gemacht, dass es mit dem Austausch an der Spitze des Konzerns nicht getan ist.

Die Deutsche Bahn braucht eine komplette Neuausrichtung: Sie muss endlich eine am Wohl der Kunden ausgerichtete Unternehmenskultur entwickeln. Dazu gehören Pünktlichkeit und Sauberkeit an erster Stelle. Und dies zu möglichst erschwinglichen Fahrpreisen.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 4,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konto:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Von konkurrierenden Parteien aus dem Wettbewerb genommen: Der AfD-Kandidat Joachim Paul

## ZWISCHENRUF

## Gefährlicher Präzedenzfall

WERNER J. PATZELT

Es mag unfair sein, dass sich gar nicht wenige Ostdeutsche vom derzeitigen innenpolitischen Klima an die DDR erinnert fühlen. Doch immer wieder gibt es Vorgänge, die man noch vor zwanzig Jahren für undenkbar gehalten hätte, die nun aber wie staatspolitische Notwendigkeiten hingestellt werden. Wie unter einer Lupe zeigte sich derlei unlängst in Ludwigshafen.

In dieser Großstadt beherrschten Sozialdemokraten jahrzehntlang die Kommunalpolitik. Erst in den letzten Jahren wurde die SPD von der CDU und – bei der jüngsten Bundestagswahl – auch von der AfD überholt. Diese gewann damals nicht weniger als 24 Prozent und wurde, knapp vor der CDU und klar vor der SPD, zur stärksten Partei, während sie noch im Vorjahr bei den Stadtratswahlen bloß an dritter Stelle gelegen hatte. Dank solchen Aufwinds seiner Partei hatte der AfD-Kandidat für die im September anstehende Oberbürgermeisterwahl, der Gymnasiallehrer und langjährige Landtagsabgeordnete Joachim Paul, durchaus Chancen auf den Wahlsieg. Doch seine politischen Gegner konkurrierten nicht mit ihm, sondern verhinderten einfach seine Kandidatur. Obendrein geschah das auf so skandalöse Art, dass die Ludwigshafener Vorgänge ein Alarmsignal für ganz Deutschland sein sollten.

## Regeln des passiven Wahlrechts

Die ordnungsgemäße Durchführung von Wahlen wird in Deutschland von lokalen oder regionalen Wahlausschüssen sichergestellt. Diese prüfen auf der Grundlage fristgerecht eingereicherter Wahlvorschläge vorab, ob eine Partei, eine Wählergruppe oder ein Einzelbewerber überhaupt zur Wahl zugelassen werden kann. Festzustellen ist dabei, ob die Kandidaten das gesetzlich vorgeschriebene Mindestalter erreicht haben, ob sie – wie meist gesetzlich verlangt – im Wahlkreis oder Ort ihrer Kandidatur ihren Wohnsitz haben, und ob ihnen womöglich, etwa aufgrund einer mehrjährigen Freiheitsstrafe, das passive Wahlrecht entzogen wurde. Das alles sind objektive Kriterien, die sich ganz unparteiisch feststellen lassen.

Eben darauf beschränkte sich bislang jede Prüfung der „Wählbarkeit“ eines Kandidaten. Nicht dessen *persönliche* Verfassungstreue wurde je überprüft, sondern allein jene seiner Partei – und auch das nur, wenn vor dem Bundesverfas-

sungsgericht gegen diese ein Verbotsverfahren angestrengt wurde.

Im siebenköpfigen Ludwigshafener Wahlausschuss, der aufgrund einer Fristverfehlung der AfD nur aus deren Konkurrenten zusammengesetzt ist, verfiel man nun auf die Idee, man selbst habe hinsichtlich der „Wählbarkeit“ des AfD-Kan-

Immer wieder gibt es Vorgänge, die man noch vor zwanzig Jahren für undenkbar gehalten hätte

didaten zu überprüfen, ob dieser die Gewähr dafür biete, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Landes einzutreten.

Zu deren – vom Bundesverfassungsgericht 1952 definierten – acht Prinzipien, ihrerseits Konkretisierungen von Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und pluralistischer Demokratie, gehören übrigens die Chancengleichheit konkurrierender Parteien und das Recht auf Ausübung von Opposition. Das Grundgesetz legt fest, dass Parteien und Verbände dann verboten werden können, wenn sie aktiv auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ausgehen, also extremistisch sind. Sogar Einzelne können wichtige Grundrechte dann verwirken, wenn sie sich extremistisch betätigen. Doch darüber entscheidet allein das Bundesverfassungsgericht.

## Ausschluss auf Zuruf einer NGO

In Ludwigshafen hat nun aber ein aus Vertretern konkurrierender Parteien bestehender Wahlausschuss einem Staatsbürger sein passives Wahlrecht für eine anstehende Wahl entzogen. Besonders erhellend ist, wie sich dies vollzog. Ein Netzwerk von NGO-Aktivisten hatte sich an die Vorsitzende des Wahlausschusses mit dem Wunsch gewandt, dass die Wahl des AfD-Kandidaten verhindert werde. Beigefügt war ein entsprechendes „Dossier“ über diesen. Die Vorsitzende – ihrerseits die amtierende, doch nicht mehr kandidierende Oberbürgermeisterin, bis 2023 übrigens Mitglied der SPD – forderte eini-

ge Zeit später von der Verfassungsschutzabteilung des Innenministeriums eine amtliche Stellungnahme zum AfD-Kandidaten an. Die ging ihr kurze Zeit später als elfseitiger Text zu. Der stellte, im Wesentlichen, passend gedeutete Zitate des AfD-Kandidaten zusammen. Dieses Dokument sandte die Vorsitzende mit Dank für das vorangegangene Engagement an die Initiatoren jenes NGO-Netzwerks sowie an alle im Wahlausschuss vertretenen Parteien. Dort wurde dann, gegen die Stimme des FDP-Vertreters, der AfD-Kandidat abgelehnt. Die NGO-Aktivisten und ein Landtagsabgeordneter der Grünen freuten sich darüber ausdrücklich.

Der ausgeschlossene AfD-Kandidat erbat sich sofort Rechtsschutz vom zuständigen Verwaltungsgericht und dann vom Oberverwaltungsgericht. Beide Gerichte betrieben, was man als „Arbeitsverweigerung“ empfinden kann: Man sei zeitlich nicht in der Lage, sich ein belastbares Urteil über die Verfassungstreue des Klägers zu erarbeiten; und ohnehin sei dessen Eilantrag unzulässig, weil ein Wahlprüfungsverfahren nur nachträglich möglich sei, falls es nicht um offensichtliche Willkür ginge. Solche erkannten beide Gerichte nicht. Sie hielten auch anscheinend jenen Schaden für geringer, den eine mögliche Wahlwiederholung mit sich bringt, als jenen, den ein „Parteiverbot durch die Hintertür“ grundsätzlich für Deutschlands Demokratie anrichtet.

## Vom Präzedenzfall zur Regel?

Denn wenn Wahlausschüsse Kandidaten als deshalb „unwählbar“ streichen können, weil diese von den – allenthalben AfD-gegenerischen Innenministern unterstellten – Verfassungsschutzämtern als rechtsextrem hingestellt werden: Was mag dann dagegen schützen, dass künftig sehr viele AfD-Kandidaten dank geeigneter NGO-Initiativen einer „Regelanfrage“ beim Verfassungsschutz unterzogen werden? Und dass man unliebsame Kandidaten dann einfach streicht? Auf diese Weise wäre die AfD wirkungsvoll von Wahlämtern ausgeschlossen – und sogar ohne jedes Risiko, dass ein Parteiverbotsverfahren zugunsten der AfD ausginge.

Freilich bleibt dann immer noch die Frage, was eigentlich AfDler daran hindert, solche Aussagen und Handlungen einfach zu unterlassen, die man mit plausiblen Gründen auch als gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet auslegen kann ...

## Rausgeworfen und wiedererworben

Ausstellung zum 100. Todestag des ostpreußischen Künstlers Lovis Corinth in Berlin – Im Fokus stehen früher beschlagnahmte Werke

VON SILVIA FRIEDRICH

Die Alte Nationalgalerie in Berlin erinnert mit einer Jubiläumsausstellung an den ostpreußischen Maler Lovis Corinth. Er starb vor 100 Jahren im niederländischen Zandvoort (die PAZ berichtete). Die Ausstellung „Im Visier!“ erzählt zugleich die verhängnisvolle Geschichte seiner und der Werke seiner Ehefrau Charlotte Berend-Corinth, die der Maler nach seiner Übersiedlung 1901 nach Berlin in der von ihm dort gegründeten Malkschule als eine seiner ersten Schülerinnen kennenlernte.

Die Bilder stammen aus allen Schaffensperioden des Künstlerpaars. Besonders ins „Visier“ werden die unterschiedlichen Provenienzen der Bilder genommen. Dieses geschieht in Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus, und hier wiederum auf das Jahr 1937, als NS-Propagandaminister Joseph Goebbels die Säuberungsaktion zur Entfernung sogenannter „Entarteter Kunst“ für die gleichnamige Münchener Ausstellung angeordnet hatte.

Wer in die Alte Nationalgalerie kommt, muss viel lesen, denn das wirklich Beeindruckende und Mitreißende, neben der ästhetischen Kraft der dargestellten Bilder, ist, dass bei jedem Ausstellungsobjekt mittels ausführlicher Bildbeschriftung das jeweilige Schicksal des Werkes zu erfahren ist. Jedes Exponat lädt zum längeren Verweilen, da die Besucher in Kenntnis gesetzt werden, wann es entstand, wem es gehörte, ob es beschlagnahmt, verkauft, zurückerworben wurde und welchen Verbleib es bis heute nahm.

Die Ausstellung ist in fünf Räume unterteilt, die jeweils einer bestimmten Thematik unterliegen. Im ersten mit dem Titel „Beschlagnahmt – Zurückgegeben – Überwiesen – Angekauft“ gibt es Einblicke in die Bestände der Nationalgalerie bis 1945. Hier hängt das im Arbeiter- und Bauernstaat durfte nichts die deutsch-sowjetische „Freundschaft“ trüben.

Bei Johannes Bobrowski drückten die Zensoren jedoch ein Auge zu. Der aus Tilsit stammende Dichter, der vor 60 Jahren in Ost-Berlin gestorben ist, war in der DDR eine ähnlich gewichtige Stimme des deutschen Ostens wie es Günter Grass und Siegfried Lenz im Westen waren und Arno Surminski heute noch ist. Dieses Kunststück gelang ihm, obgleich er nie die Nähe zu den Machthabern suchte, um sich opportunistisch unter den Schutzschirm der SED-Elite zu stellen.

Bobrowski war als Verlagslektor unter anderem für den von der damaligen Ost-CDU geführten Berliner Union Verlag gewieft genug, um selber später als Autor die Fallstricke der Zensur zu umlaufen. In



Hat die Säuberung „überlebt“: Lovis Corinths „Selbstbildnis vor der Staffelei“ von 1919 in der Berliner Ausstellung Bild: Friedrich

„Verfalls- und Judenkunst“ diffamiert und verwahrt wurde, aber auch Corinths „Inntal-Landschaft“, das man beschlagnahmte und – warum auch immer – 1939 wieder an die Nationalgalerie zurückholte.

### Verschollenes in Schwarz-Weiß

Der Begriff „entartet“ wurde von den Machthabern niemals genau definiert, daher unterlag die Aktion reiner Willkür, was auch an Corinths Werken abzulesen ist. Der Erlass des Ministers forderte, sich der „Verfallskunst“ seit 1910 anzunehmen. Dennoch fielen Werke Corinths vor diesem magischen Datum zum Opfer, wie das Gemälde „Familie Rumpf“ von 1901. Von den insgesamt 17, darunter Zeichnungen, als „entartet“ beschlagnahmten Wer-

ken kamen 1939 drei Gemälde zurück, auch das 1924 entstandene „Trojanische Pferd“, das im Original zu bewundern ist. Auch hier tut sich wieder die Frage nach dem Warum auf.

Raum 2 wartet mit dauerhaften Verlusten der Nationalgalerie nach 1945 als Faksimiles auf. Schwarz-weiße Reproduktionen zeigen die im Krieg verschollenen Objekte: Corinths „Bauernreigen“ von 1895 und sein „Bildnis C. Becker“ von 1889. Farbige sind die Kopien, wenn die Bilder noch existieren und heute in Galerien im Ausland hängen wie zum Beispiel Corinths „Selbstbildnis mit Strohhut“ im Kunstmuseum Bern oder sein „Ecce Homo“ von 1925, das heute vom Kunstmuseum Basel beherbergt wird.

Die Nationalsozialisten verwerteten die beschlagnahmten Werke entweder durch Verkauf an andere Galerien im Ausland zur Devisenbeschaffung, letztlich für den Krieg, oder vernichteten „Unverwertbares“. In der Berliner Schau hat man die Gelegenheit, diese Meisterwerke als Kopien noch einmal zu betrachten und ihrer Geschichte nachzugehen. 1939 wurden insgesamt 5000 Werke verschiedener Künstler in der Berliner Hauptfeuerwache verbrannt und 125 Gemälde in Luzern zur Versteigerung angeboten. Von Corinth waren 15 Bilder darunter.

### Ein Held auch in Mitteldeutschland

Raum 3 ist mit „Angekauft – Überwiesen – Geschenk“ betitelt und behandelt die

Zeit nach 1945 sowie die Neuzugänge der nun zwei Nationalgalerien in Ost und West. In Ost-Berlin gab es keine Werke des Künstlers mehr, dafür konnte sich West-Berlin über viele Gemälde Corinths freuen, was an der Auslagerung auf Westgebiet zu Kriegzeiten lag. Die DDR tat einiges, um ihren Corinth-Bestand durch Neuankäufe wieder aufzufüllen und veräußerte dafür andere Gemälde. Auch hier bleibt rätselhaft, warum der bekennende Monarchist Corinth im real existierenden Sozialismus solch hohes Ansehen genoss.

Raum 4 thematisiert die 1992 nach der deutschen Vereinigung zusammengeführten Nationalgalerien. Corinths Werke sind in beiden Galerien zu finden. Unter dem Titel „Zurückgekauft – Geschenk – Verwahrt“ sind hier Bilder zu sehen, die 1937 zwar beschlagnahmt wurden, wie „Rosa Rosen“ von 1924 und „Walchensee Mit Lärche“ von 1921, aber von West-Berlin 1983 und 1960 zurückgekauft wurden.

Den Weg zum fünften Raum begleiten vier Büsten, die den Maler darstellen und in eine Ausstellung etlicher Zeichnungen, Aquarelle und Druckgraphiken aus dem Kupferstichkabinett führen. 28 Werke aus der Sammlung fielen der „Säuberung“ 1937 zum Opfer, wovon 16 nach dem Krieg wieder zurückkamen. Abgerundet wird die Schau durch Objekte wie Journale, Fotos und Dokumente in Vitrinen.

Man sollte für die Hommage an Corinth viel Zeit mitbringen, denn es ist großartig, welche Ergebnisse die Mitarbeiter des Zentralarchivs zur Provenienzforschung erarbeitet haben. Das Archiv sieht sich auch als „historisches Gedächtnis“ und lässt die Besucher ausführlich an ihrer Forschung teilhaben. Mit Sicherheit schaut man die Bilder nach der Lektüre der Schrifttafeln mit anderen Augen an.

● „Im Visier! Lovis Corinth, die Nationalgalerie und die Aktion „Entartete Kunst“, Alte Nationalgalerie, 10178 Berlin, geöffnet täglich außer montags bis 2. November von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 14 Euro, Karten im Internet: [shop.smb.museum](http://shop.smb.museum)

### JAHRESTAG

## Grenzgänger zwischen Ost und West

Eine der seltenen Stimmen der Ostpreußen in der DDR – Vor 60 Jahren starb in Ost-Berlin der Dichter Johannes Bobrowski

Die deutschen Ostgebiete waren in der DDR ein Tabuthema: Wer es wagte, an die ostpreußische, pommersche oder schlesische Heimat zu erinnern oder gar Fluchtgeschichten zu erzählen, bekam die Stasi auf den Hals gehetzt. Im Arbeiter- und Bauernstaat durfte nichts die deutsch-sowjetische „Freundschaft“ trüben.

Bei Johannes Bobrowski drückten die Zensoren jedoch ein Auge zu. Der aus Tilsit stammende Dichter, der vor 60 Jahren in Ost-Berlin gestorben ist, war in der DDR eine ähnlich gewichtige Stimme des deutschen Ostens wie es Günter Grass und Siegfried Lenz im Westen waren und Arno Surminski heute noch ist. Dieses Kunststück gelang ihm, obgleich er nie die Nähe zu den Machthabern suchte, um sich opportunistisch unter den Schutzschirm der SED-Elite zu stellen.

Bobrowski war als Verlagslektor unter anderem für den von der damaligen Ost-CDU geführten Berliner Union Verlag gewieft genug, um selber später als Autor die Fallstricke der Zensur zu umlaufen. In

seinen Anfängen als Dichter war er, dessen erste Gedichte in den 1950er Jahren vereinzelt unter anderem in der DDR-Zeitschrift „Sinn und Form“ erschienen waren, ein geschickter Grenzgänger zwischen Ost und West. Ab 1960 nahm er in

der Bundesrepublik an den Treffen der Gruppe 47 teil. Seine ersten beiden Gedichtbände „Sarmatische Zeit“ und „Schattenland Ströme“ erschienen Anfang der 60er Jahre zuerst im Westen, ehe sie jeweils ein Jahr später auch in der DDR

publiziert wurden. Und immer wieder fand er für seine reimlose Lyrik Motive in der ostpreußischen Heimat, so im Gedicht „Die Memel“, dessen Anfangsstrophe lautet: „Hinter den Feldern, weit, / hinter den Wiesen / der Strom. / Von seinem Atem / aufweht die Nacht. / Über den Berg / fährt der Vogel und schreit.“

Seinen größten und bis heute andauernden Ruhm erlangte Bobrowski mit seinem lyrisch angehauchten Roman „Levins Mühle“. 34 Sätze über meinen Großvater“ von 1964. Auch dieses Werk spielt in den Ostgebieten, dieses Mal in Westpreußen. Dort ficht der nationalgesinnte Großvater des Erzählers einen Kleinkrieg mit einem jüdischen Mühlenbesitzer aus. Erst zerstört er die Mühle durch heimtückisches Öffnen einer Schleuse, und später setzt er das Haus in Brand, in dem sich Levin versteckt hält. Am Ende ist es nicht Levin, sondern der antisemitische Großvater, der resigniert seine Heimat verlässt. Die große Katastrophe, die Ost- und Westpreußen heimgesucht hat, spielt Bobrow-

ski hier an den Einzelschicksalen zweier Kontrahenten durch.

Bobrowski mag sich selbstkritisch als ein in sowjetischer Kriegsgefangenschaft gealterter „Großvater“ gesehen haben, der sich nach vierjährigem Sklavendienst im Kohlebergbau am Asowschen Meer und durch den Zwangsbesuch zweier Antifa-Schulen geläutert 1949 in der neu gegründeten DDR wiederfand. Trotzdem konnte er sich der ideologischen Indoktrination entziehen. Dass er auch kein Freund des sozialistischen Realismus war, beweist sein 1966 posthum veröffentlichter Roman „Litauische Claviere“, in dem er nicht Arbeiter und Bauern, sondern den preußisch-litauischen Dichter Christian Donalitus auf den Sockel erhebt.

Am 2. September 1965 starb Bobrowski an einer Blinddarmentzündung. An seiner Beerdigung nahmen auch viele Autoren aus dem Westen teil, darunter Ingeborg Bachmann oder der DDR-Flüchtling Uwe Johnson, der eigens dafür eine Einreiseerlaubnis erhielt. Harald Tews



Zwei ostdeutsche Koryphäen: Günter Grass und Johannes Bobrowski (r.)

## „MISSOURI“

## Wo der Zweite Weltkrieg endete

Für die Unterzeichnung der japanischen Kapitulationsurkunde vor 80 Jahren wählten die siegreichen US-amerikanischen Gastgeber nicht irgendein Kriegsschiff, sondern ihr neuestes Schlachtschiff. Die „Wisconsin“ wurde zwar noch später auf Kiel gelegt, aber die „Missouri“ wurde mit dem 11. Juni 1944 später in Dienst gestellt, und die Taufe erfolgte auch später. Am 29. Januar 1944 zerschlug Margaret Truman, die Tochter des damaligen US-Senators für den Bundesstaat Missouri und späteren Präsidenten Harry S. Truman, die Flasche am Schiffsbug.

Die „Missouri“ und die „Wisconsin“ sowie deren Schwesterschiffe, die „New Jersey“ und das Typschiff „Iowa“, waren die letzten Schlachtschiffe der US Navy. Sie waren so groß, dass sie gerade noch durch den Panamakanal passten. Durch den Kanal fuhr die „Missouri“ denn auch nach dem Stapellauf auf der Brooklyn Navy Yard, um im Pazifik am Kampf gegen Japan teilzunehmen.

Ihren nächsten Kriegseinsatz hatte die „Missouri“ im Koreakrieg. Abgesehen vom Eskortieren von Flugzeugträgern wurde das Schlachtschiff für die Beschießung von Landzielen eingesetzt. Die neun schweren 40,6-Zentimeter Geschütze in den drei Drillingstürmen verschossen dabei über 7000 Geschosse. Rund eineinhalb Jahre nach dem Ende des Koreakrieges, am 26. Februar 1955, wurde der Weltkriegsveteran in der Puget Sound Naval Shipyard nahe Seattle im Bundesstaat Washington außer Dienst gestellt. Das Schlachtschiff als Schiffstyp schien überholt.

Doch dann kam US-Präsident Ronald Reagan mit seiner Aufrüstungspolitik. In deren Rahmen wurden alle vier Schlachtschiffe der „Iowa“-Klasse reaktiviert. 1985 wurde die „Missouri“ zur Long Beach Naval Shipyard südlich



US-Schlachtschiff „Missouri“

von Los Angeles geschleppt und dort nicht nur von Grund auf überholt, sondern auch modernisiert. Zu Letzterem gehörte vor allem die Nachrüstung mit Lenkwaffen. Am 10. Mai 1986 erfolgte die offizielle Wiederindienststellung. Die genau vier Monate später beginnende Jungfernfahrt nach der Frischzellenkur war gleich eine Weltumrundung, um aller Welt die neue Größe der USA vor Augen zu führen.

Beim Angriff der von den USA geführten Koalition auf den Irak war die „Missouri“ vom ersten Tag, dem 17. Januar 1990, mit dabei. Wieder bekämpfte das Schiff Landziele. Diesmal verschossen seine 40,6-Zentimeter-Geschütze 750 Geschosse und bereits in den ersten Tagen, als die Frontlinie der Küste noch recht nahe war, 28 Marschflugkörper vom Typ „Tomahawk“.

Im darauffolgenden Jahr wurde das Schiff erneut außer Dienst gestellt und 1995 aus dem Schiffsregister der US Navy gestrichen. Mittlerweile ein Museumsschiff liegt es heute unweit des USS Arizona Memorial in Pearl Harbor.

Manuel Ruoff



Am 2. September 1945 auf der „Missouri“: Japans Außenminister Shigemitsu Mamoru unterschreibt die Kapitulationsurkunde

Bild: US-Bundesregierung/Wikimedia

## ZWEITER WELTKRIEG

## Das Völkerringen endete auf einem Schlachtschiff

Vor 80 Jahren kapitulierte Japan auf der „Missouri“. Nippons Ausschaltung als Machtfaktor hatte erhebliche Auswirkungen auf das politische Antlitz Asiens

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Zweite Weltkrieg endete nicht am 8. Mai, sondern am 2. September 1945. An diesem Tage kapitulierte das Kaiserreich Großjapan. Die Unterzeichnung der entsprechenden Urkunde erfolgte auf dem Vordeck des US-amerikanischen Schlachtschiffs „Missouri“ in der Sagami-Bucht bei Tokio. Für Japan unterschrieben Außenminister Shigemitsu Mamoru und der Armee-Oberbefehlshaber Umezu Yoshijiro, während die Gegenseite durch neun hochrangige Militärs aus den USA, China, Großbritannien, der Sowjetunion, Frankreich, Australien, Kanada, den Niederlanden und Neuseeland sowie dem Oberkommandierenden der Alliierten Mächte (SCAP), General of the Army Douglas MacArthur, vertreten war.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wollte Japan zunächst bis zum letzten Mann weiterkämpfen. Doch der weitgehende Verlust der kaiserlichen Marine, die beiden Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, die Zerstörung fast aller anderen japanischen Großstädte mit konventionellen Mitteln und der Einmarsch der Sowjetunion in der Mandschurei unter Verletzung des bilateralen Neutralitätsabkommens ließen der Führung in Tokio schließlich keine andere Wahl mehr als aufzugeben. Also verließ Kaiser Hirohito am 14. August 1945 einen „Erlass zur Beendigung des Großostasiatischen Krieges“, weil die „Fortsetzung des Kampfes ... zum endgültigen Zusammenbruch und der Ver-

nichtung der japanischen Nation führen“ würde.

## „Unsinkbarer Flugzeugträger“

Analog dazu, dass der Zweite Weltkrieg nicht am 8. Mai, sondern am 2. September 1945 endete, lassen einige Historiker diesen Krieg auch nicht mit dem Angriff Deutschlands auf Polen am 1. September 1939, sondern mit dem Beginn der japanischen Besetzung der Mandschurei am 18. September 1931 beginnen. Dem japanischen Angriff auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor und dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 folgte eine Ausweitung der Kampfhandlungen auf große Teile des Pazifiks und Südasiens. Dabei besetzte Japan auch mehrere europäische Kolonien und die unter der Kontrolle Washingtons stehenden Philippinen, um an die dortigen Rohstoffe zu gelangen. Nach ihrem anfänglichen Siegeslauf gerieten die Streitkräfte des Kaiserreiches ab Mitte 1942 Stück für Stück in die Defensive. Das lag zum einen an der materiellen Überlegenheit der Alliierten und zum anderen an der Überdehnung des japanischen Machtbereiches.

Die Kämpfe im Pazifikraum fanden meist zur See und in der Luft statt. Das zeigen auch die entsprechenden Verluste. So wurden insgesamt 16 Schlachtschiffe, 37 Flugzeugträger, 53 Kreuzer, 219 Zerstörer und 194 U-Boote der kriegführenden Mächte versenkt. Dazu kam der Abschuss von rund 70.000 Flugzeugen. Außerdem forderte der äußerst brutal geführte Krieg, in dem die Japaner auch chemische und biologische Waffen einsetzten, während die USA ihrerseits zwei Atombomben ab-

warfen und Flächenbombardements durchführten, um die 36 Millionen Menschenleben. Die genaue Zahl der getöteten Zivilisten innerhalb des japanischen Machtbereiches wird sich aber nie feststellen lassen.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Fernost hatte erhebliche Auswirkungen auf das politische Antlitz Asiens. So büßte Japan alle seine Besitzungen auf dem asiatischen Festland ein und wurde damit wieder zu einem reinen Inselstaat. Dieser geriet darüber hinaus unter die Kontrolle der USA, die damit einen „unsinkbaren Flugzeugträger“, wie der 45. Premierminister Japans von 1982 bis 1987, Nakasone Yasuhiro, es nannte, vor der Küste des kommunistischen Machtbereiches in Ostasien gewannen. An der US-amerikanischen Präsenz änderte auch der am 28. April 1952 in Kraft getretene Friedensvertrag von San Francisco zwischen Japan und 48 Staaten auf alliierter Seite nichts. Ebenso verlor Japan seine militärische Schlagkraft, weil es nur noch über Selbstverteidigungsstreitkräfte verfügen durfte, die allerdings während des Kalten Krieges aufgrund des Drucks aus Washington kontinuierlich verstärkt wurden.

## Dekolonisation in Asien

Massive Veränderungen fanden gleichermaßen in den von Japan annektierten Kolonien der Briten, Franzosen und Niederländer sowie auf den von den USA dominierten Philippinen statt. Nach dem Rückzug der japanischen Besatzer wehrten sich die Einheimischen flächendeckend gegen die Wiedereinführung des Status quo ante.

In Französisch-Indochina rief der Führer der Viet-Minh-Rebellen, Ho Chi Minh, noch am Tage der Unterzeichnung der japanischen Kapitulation die Demokratische Republik Vietnam aus, die das ganze Land umfassen sollte. Mit ihrem Widerstand hiergegen scheiterten erst die Franzosen im Indochinakrieg und dann die US-Amerikaner im Vietnamkrieg.

Bereits vor der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde am 2. September durch Japan, nämlich am 17. August des Jahres, begann der indonesische Unabhängigkeitskampf mit der Unabhängigkeitserklärung von Niederländisch-Indien. Auch hier leistete die plötzlich wieder präsente Kolonialmacht Widerstand, musste jedoch im Dezember 1949 das Feld räumen.

Etwas weniger gewaltsam verlief die Entwicklung auf den Philippinen, wo die letzten im Dschungel untergetauchten kaiserlich-japanischen Soldaten erst 1974 kapitulierten. Die USA entließen die Inselgruppe am 4. Juli 1946 in eine Unabhängigkeit, die nachfolgend durch zahlreiche innere Konflikte geprägt war.

Ansonsten hatte das Ende des Zweiten Weltkrieges auch gravierende Auswirkungen auf Britisch-Indien. Das „Kronjuwel des Empire“, dessen Ureinwohner seit 1857 in immer stärkerem Maße gegen die Kolonialherrschaft opponierten, erlangte 1947 seine Unabhängigkeit von London, wobei die Aufspaltung der Kolonie in Indien und Pakistan insgesamt vier Kriege auf dem Subkontinent nach sich zog.

Eine weitere Konsequenz der Niederlage Tokios war die Teilung der ehemaligen japanischen Kolonie Korea entlang des 38. Breitengrades, an welcher der Koreakrieg von 1950 bis 1953 nichts Wesentliches änderte.

Schließlich konnten die chinesischen Kommunisten unter Mao Zedong infolge des sowjetischen Einmarsches in der Mandschurei über ihre bürgerlich-nationalistischen Gegenspieler triumphieren. Das führte 1949 zur Gründung der Volksrepublik China, die sich anschickte, sich zum Hauptkonkurrenten der einzigen verbliebenen Supermacht zu mausern.

## KÖNIGREICH PREUSSEN

## Wie Gelsenkirchen masurisch wurde

Ostpreußische Zuwanderer: Erwartungen, Erfahrungen, Integration und warum sie „richtig Deutsch“ lernen sollten – 1. Teil

VON DIETER CHILLA

Das Wort „Masuren“ ist zu einem mythischen Begriff geworden. Allein die Abfolge der Selbstlaute „a“ und „u“ schmeichelt dem menschlichen Ohr. Die Landschaft Masuren liegt weit im Osten, mehr als tausend Kilometer von Gelsenkirchen entfernt. Doch gerade diese Bevölkerungsgruppe aus dem entlegenen südlichen Ostpreußen stellte einen prägenden Anteil an der Gelsenkirchener Bevölkerung. Sie kamen aus einer der entlegensten Waldregionen des damaligen Deutschen Reichs.

Als Gelsenkirchen nach den napoleonischen Kriegen zusammen mit dem Rheinland und Westfalen im Zuge der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress Preußen zugeschlagen wurde, war es noch ein Dorf. Um 1819 hatte es nicht mehr als 505 Einwohner. Im Zuge der Industrialisierung stieg dann die Einwohnerzahl durch Zuzug und kommunale Neugliederungen derart stark an, dass die Stadt 1903 zur Großstadt ernannt wurde. Nach den Eingemeindungen von Buer und Horst sowie dem Zustrom von Flüchtlingen – zu einem großen Teil auch aus Ostpreußen – erreichte Gelsenkirchen 1959 die historisch höchste Einwohnerzahl von fast 400.000 Personen. 1949 stellte der spätere Gelsenkirchener Verwaltungsdirektor Bernhard Kolkenbrock in einer Untersuchung fest, dass ungefähr zwei Drittel der damaligen Einwohner aus dem Kreis Ortelsburg und den masurischen Nachbarkreisen stammten. Zeitweise trug die Ruhrgebietsstadt sogar den Beinamen „Klein Ortelsburg“. Welche Erfahrungen brachten diese Menschen mit, die in Ostpreußen überwiegend in der Landwirtschaft, in den Forsten gearbeitet hatten? Vor allem: Wie ist ihre vorbildliche Integration innerhalb weniger Jahrzehnte gelungen?

## „Klein Ortelsburg“

Mehrere historische Quellen von evangelischen Geistlichen, in der Zeit ab 1890 erstellt, geben uns reichhaltige Informationen zur Identität der Masuren, die ins Ruhrgebiet zogen: Bald nach der Reichsgründung 1871 zogen Werber im Auftrag der Kohlen- und Stahlbarone an der Ruhr in die Dörfer des südlichen Ostpreußens. Ihre Aufgabe war es, junge Menschen für



Gelsenkirchen vor den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges: Gut zu erkennen sind die im Stadtzentrum sich gegenüberstehenden großen Gotteshäuser beider Konfessionen, die katholische Propsteikirche St. Augustinus (r.) und die evangelische Altstadtkirche (l.)

den Umzug ins westfälische Industriegebiet zu gewinnen. Der Bedarf an Arbeitskräften in den Gruben und an den Hochöfen konnte nicht mehr aus Westfalen und den umliegenden Regionen gedeckt werden. Ein erhaltener Werbetext ist in adressatengerechter Weise geschickt konzipiert. Aus ihm lässt sich ablesen, worauf die jungen Menschen um 1900 in Masuren ansprachen. Guter Lohn wurde in Aussicht gestellt: Ein Hauer vor Kohle konnte über fünf Mark verdienen, ein damals deutlich über dem Durchschnitt liegender Arbeiterlohn. Ein eigener Garten zum Gemüseanbau wurde in Aussicht gestellt, ein Konsumladen in der Nähe bot „billige Lebensmittel“. Das Einkommen konnte noch durch die Versorgung von Kostgängern, Neulingen im Bergbau ohne Familie, im eigenen Haushalt erhöht werden. Die Frauen mussten nicht mehr Schwerstarbeit auf dem Feld leisten, sondern durften sich der Familie widmen.

Für junge Leute waren diese Angebote außerordentlich verlockend, zumal von den Weggezogenen aus Westfalen weitge-

hend bestätigt wurde, dass die Arbeits- und Lebenssituation zwischen Ruhr und Emscher bedeutend besser war als am ostpreußischen Grenzflüßchen Omulef. Dort waren die Grundstücke vielfach durch Realernte parzelliert, sodass zahlreiche Nachgeborene von dem ererbten Besitz kaum leben konnten, sich als Waldarbeiter oder Knechte verdingen mussten. Die Werbeanbote waren so verlockend, dass sich Hunderttausende junger Menschen in den Westen begaben. Nicht bekannt war den angehenden Bergleuten die Gefahr der Erkrankung an einer Quarzstaublunge, die zu langem Siechtum und frühem Tod führen konnte. Die Behörden hatten davon offensichtlich Kenntnis, der kirchliche Aufsichtsbeamte Hermann Pelka erwähnt diese Krankheit in seinem Visitationsbericht von 1898.

Der nunmehr ab den 1870er Jahren einsetzende Zuzug von Masuren ins rheinisch-westfälische Industriegebiet stellte die evangelische Kirche vor bisher unbekanntem, nur schwer zu lösendem Herausforderungen. Die Neuankömmlinge aus

dem Osten des Königreichs Preußen kamen in den Westen Preußens zwischen Ruhr und Lippe und damit in eine Region, die traditionell katholisch geprägt war. Die ostpreußischen Zuwanderer waren in Bräuchen und Kleidung durch ihre noch vorindustrielle ländliche Heimat beeinflusst, trugen in der Mehrheit als zutiefst überzeugte Protestanten und Pietisten schmucklose, dunkle Kleidung und kommunizierten, wenn sie unter sich waren, in Masurisch, einer heutzutage untergegangenen Mischung aus Altpolnisch und deutschen Elementen. Offensichtlich gab es zahlreiche Mitglieder in den Presbyterien, welche die sprachlichen und kulturellen Eigenheiten der Masuren nicht akzeptierten und schlichtweg forderten, dass die Masuren endlich richtiges Deutsch lernen müssten.

Eine Hinwendung der Masuren zu den überwiegend aus Russisch-Polen oder Oberschlesien zugewanderten Katholiken war undenkbar. Während die Ostpreußen bekennende Anhänger des Königs von Preußen waren und den ausschließlich in

deutscher Sprache erteilten Schulunterricht begrüßten, lehnten die Polen Preußen rundweg ab und forderten über viele Jahre hinweg massiv und kontinuierlich, durch zahlreiche Dienstaufsichtsbeschwerden unterstützt, rein polnischen Unterricht in den Schulen des Kohlereviere. Die Masuren selbst bezeichneten sich als „echte Söhne Preußens“. Selbst die Wohnsiedlungen der Masuren und Polen waren voneinander getrennt.

## „Echte Söhne Preußens“

Obwohl vor dem Ersten Weltkrieg die Anzahl der Ostpreußen in den Kirchengemeinden Gelsenkirchens die Anzahl der „Hiesigen“ um ein Vielfaches überstieg, versuchte man, sie bei den Wahlen in die Presbyterien mit zahlreichen Manipulationen von Ämtern fernzuhalten. Die Einrichtung neuer Pfarrstellen konnte mit dem Zustrom der Masuren ins Ruhrgebiet kaum Schritt halten. So war die Gelsenkirchener Altstadtkirche um die Jahrhundertwende an Sonntagen mit durchschnittlich 1200 Besuchern regelmäßig überfüllt. Viele Ostpreußen konnten zu diesen riesigen Gemeinden mit häufig wechselnden Pastoren nur schwer eine Beziehung aufbauen und orientierten sich an den extrem pietistisch ausgerichteten Gebetsvereinen (genannt Gromadki, das bedeutet „Häuflein“), die seit Generationen hohe Bindungskraft und Autorität in ihrer Heimat und dann auch im Industriegebiet ausübten. Die Prediger der Gebetsvereine waren gleichzeitig Ansprechpartner in vielen Alltagsfragen. Die Kirchenleitung erkannte diese komplexe Konkurrenzsituation und stationierte ab 1887 Synodalvikare im Ruhrgebiet, die ein theologisches Vollstudium absolviert hatten und als zusätzliche Betreuer ohne Pfarramt in den Gemeinden tätig wurden. Sie wurden vorab im Sammelvikariat Karlsruh fortgebildet und hielten sich ein halbes Jahr im südlichen Ostpreußen zum Erlernen der Sprache der Masuren und zum ersten Vertrautwerden mit deren Lebensweise auf. Unterstützt wurden die Synodalvikare in jeder Kirchengemeinde durch zwei bis drei „Koscielniks“ (Kirchenmänner), die aus der Mitte der Gemeinde per Akklamation gewählt waren.

Den 2. Teil lesen Sie in der nächsten Nummer der PAZ.

## AUGUSTE GRÄFIN VON HARRACH

## Ehefrau eines Königs durfte sie sein, aber keine Königin

Vor 225 Jahren kam die Fürstin von Liegnitz in Dresden zur Welt: Luises Nachfolgerin an der Seite Friedrich Wilhelms III.

Als Preußens fünfter König starb, folgte seinem Sarg keine seiner beiden Ehefrauen. Die erste konnte nicht. Und die zweite durfte nicht. Die erste war Königin Luise. Die viel zu früh verstorbene, sicherlich beliebteste preußische Herrschergemahlin war zum Zeitpunkt der Beerdigung Friedrich Wilhelms III. 1840 bereits 30 Jahre tot. Diverse Bilder zeigen die trauernde Familie mit dem König an der Spitze an ihrem Sterbebett. Unvergesslich die sterbende Luise und ihr aufgelöster Ehemann am Ende des Films „Königin Luise“ aus dem Jahre 1957 mit Ruth Leuwerik und Dieter Borsche als Königspaar.

Wenn man nun allerdings annehmen sollte, dass dies das Ende des Liebeslebens des Witwers gewesen wäre, liegt man falsch. Ihm war zum Glück eine weitere Liebe vergönnt. 1824 heiratete er die Gräfin Auguste von Harrach. Der Preuße

und die gebürtige Dresdnerin aus einem österreichischem Adelsgeschlecht hatten sich zwei Jahre zuvor auf einer Kur des Königs im böhmischen Teplitz kennen- und liebgelernt.

Ähnlich Luise wird auch Auguste als eine sympathische, gewinnende Frau sowie eine liebe- und hingebungsvolle Ehegattin beschrieben. Sie hatte gegenüber ihrer Vorgängerin allerdings ein paar Nachteile beziehungsweise Eigenschaften, welche die Eheschließung erschwerten. Das fängt damit an, dass sie katholisch war. Erst zwei Jahre nach der Eheschließung trat sie zum Protestantismus über. Nicht ändern konnte sie dagegen den Altersunterschied von immerhin drei Jahrzehnten. Mit ihrem Geburtsdatum 30. August 1800 hätte sie problemlos Friedrich Wilhelms Tochter sein können. Am schlimmsten beziehungsweise

schwerwiegendsten war indes, dass die Gräfin nicht einem regierenden Hause entstammte und damit einem preußischen König als nicht ebenbürtig galt. Da half es auch nichts, dass ihr Mann sie zur Fürstin von Liegnitz und Gräfin von Ho-



BILD: WIKIMEDIASTIFTUNG PREUSSISCHE SCHLÖSSER UND GÄRTEN BERLIN-BRANDENBURG

henzollern kürte. Die Heirat in der Kapelle von Schloss Charlottenburg wurde deshalb auch zunächst geheim gehalten. Und es kam nur zu einer Trauung zur linken Hand. Die Ehe war alsomorganatisch. Der Ehemann wird mit den Worten zitiert: „Meine zweite Gemahlin soll keine Königin, aber vor Gott und den Menschen meine rechtmäßige Ehefrau sein.“

Entsprechend schwach war ihre Stellung bei Hofe. Im Hofprotokoll rangierte sie noch hinter den jüngsten Prinzen und Prinzessinnen des Hauses. Auch politisch trat sie nicht weiter in Erscheinung – und damit niemandem auf die Füße. Vielmehr erwarb sie sich gerade in den letzten Monaten ihrer Ehe einen gewissen Respekt in der Familie, die anerkannte, wie sie ihren Ehemann in dessen Endphase liebevoll pflegte. An der Trauerfeier für ihren Mann im Berliner Dom durfte sie ob

der fehlenden Ebenbürtigkeit trotzdem nicht teilnehmen.

Wenn die Witwe auch durch das Protokoll gedemütigt wurde, so hatte sie doch materiell nichts auszustehen. Die Apanage war ausreichend. Das Prinzessinnenpalais, das sie seit 1824 bewohnte, blieb ihr als Wohnquartier erhalten. Außerdem bewohnte die Witwe die Villa Liegnitz am Eingang des Parks von Sanssouci und die Villa Auguste in La Tour-de-Peilz am Genfersee. Nennenswerte familiäre Verpflichtungen hatte sie keine, denn ihre einzige Ehe war kinderlos geblieben. Sie nutzte diese Freiheit für Reisen in die Schweiz sowie nach Florenz, Rom und England.

Während eines Kuraufenthalts in Bad Homburg verstarb die Fürstin und Gräfin am 5. Juni 1873. Ihre letzte Ruhestätte fand sie im Mausoleum Charlottenburg.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

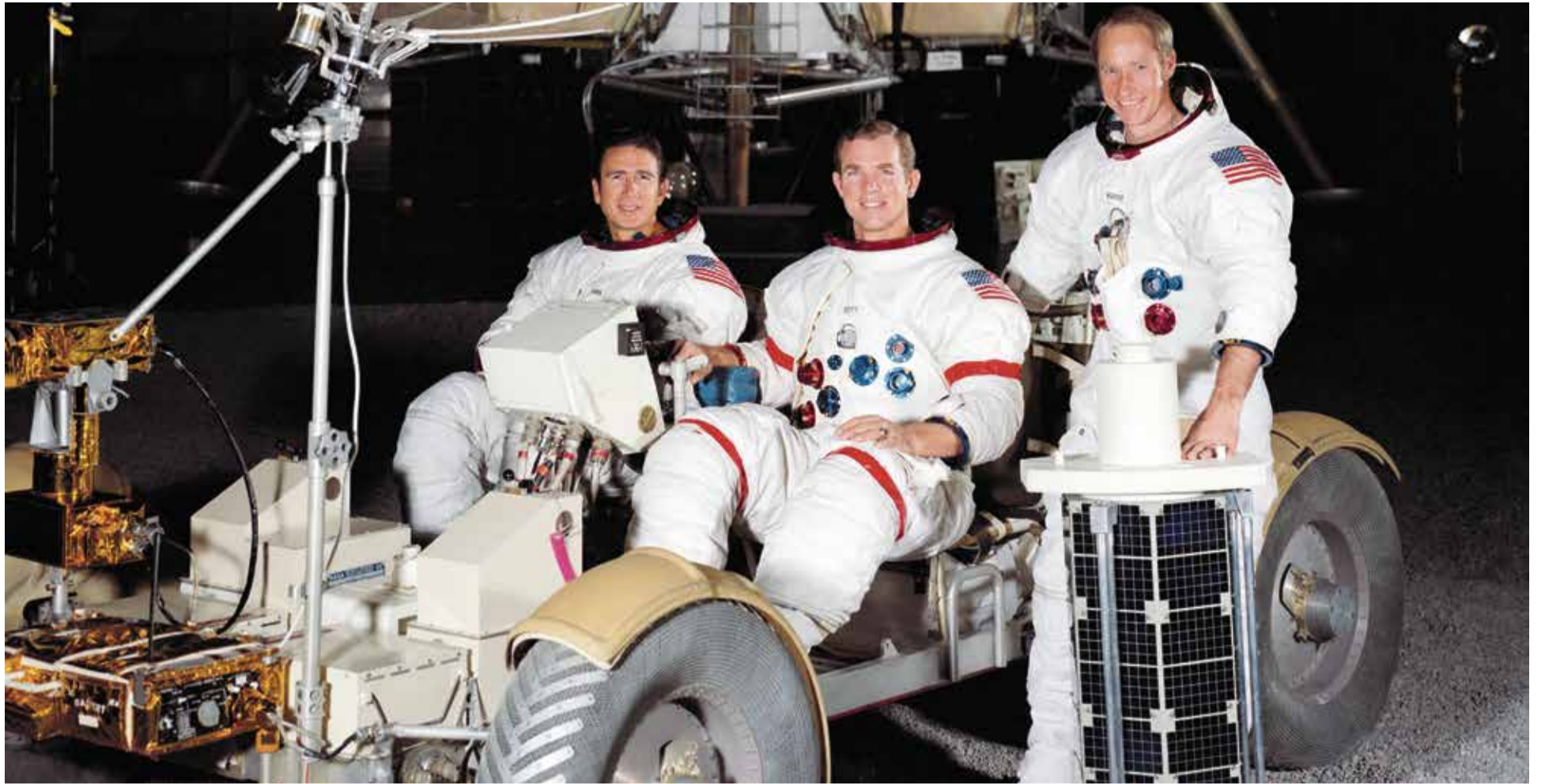
**M**ittlerweile umfasst die Liste der Raumfahrer bereits 716 Personen aus 47 Staaten rund um die Welt. Diese gelten gemeinhin als Helden oder zumindest als Teil einer Elite – von den Weltraumtouristen mit den dicken Brieftaschen einmal abgesehen. Tatsächlich waren und sind jedoch nicht wenige Astronauten und Kosmonauten schwierige Persönlichkeiten, welche auch zu Verfehlungen neigen.

So sorgte bereits der erste Mensch im All, der sowjetische Fliegermajor Jurij Gagarin, nach seiner Mission für reichlich Ärger, als er bei einem Techtelmechtel im Urlaub auf der Krim stürzte und sich eine Schädelfraktur zuzog, die seine Flugtauglichkeit für immer beeinträchtigte. Parallel dazu bot der erste amerikanische Astronaut Alan Shepard das Bild eines Mannes mit höchst aggressivem Selbstvertrauen. Damit stand der Ex-Testpilot nicht allein. In der Anfangszeit der Raumfahrt waren die potentiellen Astronauten und Kosmonauten fast immer vor Testosteron strotzende Militärfieger mit Mumm, Charisma sowie einem ausgeprägten Ego. Und das meldete sich dann eben auf der Erde wie im All. Beispielsweise fuhr der US-Raumfahrer Nummer 6, Gordon Cooper, lieber Autorennen, als für künftige Missionen zu trainieren, weshalb er am Ende nicht zum Mond fliegen durfte. Ebenso hatte Cooper die Instrumente in seiner Mercury-Kapsel benutzt, um nach Wracks von Schatzschiffen zu suchen, anstatt mit vollem Einsatz sowjetische Atomraketensilos zu orten.

#### USA „zum Gespött gemacht“

Gleichfalls dem schnöden Mammon verfallen war die Besatzung von Apollo 15. Sie nahm 1971 heimlich 398 frankierte Briefumschläge mit auf den Mond, um sich danach am Verkauf der begehrten Sammlerstücke zu bereichern. Keiner der drei Astronauten durfte jemals wieder fliegen. Negatives Aufsehen erregten auch Eugene Cernan und John Young. Cernan fluchte während der Live-Übertragungen von der Apollo-10-Mondmission derart gotteslästerlich, dass empörte Geistliche bei der NASA und im Weißen Haus intervenierten. Young wiederum schmuggelte zur Ergänzung der drögen Astronautennahrung ein Corned-Beef-Sandwich an Bord von Gemini 3, wo die Krümel die Kabinatmosphäre verunreinigten. Daraufhin beantragten NASA-Kritiker im Kongress eine 50-prozentige Kürzung des Etats der Raumfahrtbehörde, weil sie Amerika „zum Gespött gemacht“ habe.

Von der ersten Generation der sowjetischen Kosmonauten drang weniger Belastendes an die Öffentlichkeit. Auf jeden Fall aber verschwieg der Fliegermajor und Kommandant von Woschod 2, Pawel Bel-



Die Besatzung der Apollo 15 durfte nie wieder fliegen: James Irwin, David Scott und Alfred Worden (v.l.)

Bild: akg-images/UIG/HUM Images

#### ZWISCHENFÄLLE IM ALL

## Die Helden des Weltraums bauen manchmal ganz schönen Mist

Saufgelage in der Raumkapsel, ein eingeschmuggeltes Krümel-Sandwich oder handfeste Pöbeleien mit der Bodenstation: Astronauten haben schon des Öfteren heftig über die Stränge geschlagen

jajew, eine schwere chronische Erkrankung, um seinen Einsatzstatus nicht zu gefährden. Dieses Täuschungsmanöver kostete ihn letztlich das Leben.

Mit dem Beginn der Langzeitmissionen in den Raumstationen Skylab, Saljut, Mir und ISS kamen dann noch weitere Probleme hinzu: Monotonie und psychischer Stress durch das oft monatelange Leben auf engstem Raum. Sowjetische und später dann russische Kosmonauten versuchten ihre daraus herrührenden Frustrationen auf landestypische Weise in Alkohol zu ertränken, obwohl das strengstens verboten war. Beispielsweise konsumierten die Kosmonauten während der Pannenmission von Sojus TM-25 zur Mir im Jahre 1997, in deren Verlauf es an Bord der Station brannte und der Raumtransporter Progress M-34 mit dem Außenposten im All kollidierte, regelmäßig Cognac und sibirischen Ginseng-Likör, um „ihr Immunsystem zu stimulieren“.

Der Alkohol half indes nicht immer. So verfiel Alexander Lawejkin 1987 bei seinem 174-Tage-Aufenthalt auf der Mir in Depressionen und hegte Selbstmordgedanken. Wieder auf der Erde nahm der Kosmonaut dann derart zu, dass er in keinen Raumanzug mehr passte und schließlich entlassen wurde. Andere Raumfahrer suchten regelmäßig Streit mit dem Bodenpersonal. Außerdem kam es während der Missionen Skylab 4 und Mir EO-18 sogar zu streikähnlichen Situationen.

#### Rabiates Eifersuchtsdrama

In manchen Fällen erlitten die Astronauten trotz der ausgefeilten Auswahlverfahren, die genau dies verhindern sollten, komplexe körperliche und psychische Zusammenbrüche. Die Mission Sojus T-14 zur Saljut 7 musste 1985 wegen einer schweren Erkrankung des Kommandanten Wladimir Wasjutin vorzeitig abgebrochen werden. Und im Fall des Fluges von

Sojus 21 zur Saljut 5 traf es sogar beide Kosmonauten, sodass Boris Wolynow und Witalij Scholobow deutlich eher zur Erde zurückkehrten als geplant.

Auf der Internationalen Raumstation (ISS) zog sich die US-Astronautin Serena Auñón-Chancellor eine Thrombose zu. Dies soll zu mentalen Ausnahmezuständen geführt haben, die sie veranlassten, im August 2018 ein winziges Loch in das angekoppelte Raumschiff Sojus MS-09 zu bohren – in der Hoffnung, dass der so ausgelöste Druckabfall zum vorzeitigen Abbruch ihrer Mission führt. So jedenfalls lautet die russische Version, während die NASA den Vorgang bis heute bestreitet.

Zweifelsfrei bewiesen ist die Entgleisung der US-Astronautin Lisa Nowak. Sieben Monate nach ihrem ersten Raumflug im Juli 2006 mit dem Raumgleiter Discovery wurde die 43-Jährige wegen versuchter Entführung, bewaffneten Diebstahls und Körperverletzung angeklagt. Nowak

wollte sich offenbar ihrer Rivalin Colleen Shipman entledigen, die wie sie in den Astronauten William Oefelein verliebt war. Dabei stand anfänglich sogar der Verdacht auf versuchten Mord im Raum.

Angesichts solcher Auswirkungen der Geschlechterdynamik dürften künftige Marsflüge von bis zu zwei Jahren Dauer nicht nur zur technischen Herausforderung geraten. Einen kleinen Vorschmack hierauf lieferte die 110 Tage währende Simulation eines Marsfluges in der russischen Anlage Sphinx Ende 1999/Anfang 2000. In deren Verlauf wurde die kanadische Astronautenanwärterin Judith Lapierre vom russischen Missionschef Wassilij Lukanjuk mehrfach sexuell belästigt. Zudem prügelte sich der Russe mit einem Kollegen, um so die Gunst von Lapierre zu erringen. Nicht auszudenken, wenn sich etwas Derartiges in den Tiefen des Alls ereignet, wo kein sofortiger Missionsabbruch möglich ist.

#### GENERATIONEN-RAUMSCHIFF

## Wenn sie nur nicht so weit weg wären

Erdähnliche Planeten wurden schon mehrere gesichtet – Forscher zermartern sich nun den Kopf, wie wir dort hingelangen

In den vergangenen Jahren entdeckten Astronomen neun erdähnliche und damit potentiell bewohnbare Planeten in einem Umkreis von 20 Lichtjahren um die Sonne. Der nächste dieser Himmelskörper namens Proxima Centauri b ist dabei sogar „nur“ 4,2 Lichtjahre entfernt. Dies weckt zwar den Wunsch nach einer Erforschung dieser Welten, doch 4,2 Lichtjahre sind immer noch rund 40 Billionen Kilometer, also dem Umfang der Erde mal eine Milliarde.

Das schnellste bislang gebaute Raumfahrzeug würde 6500 Jahre für diese Strecke benötigen. Angesichts dessen haben Forscher mehrere theoretische Konzepte entwickelt, wie Menschen zur Proxima

Centauri gelangen könnten. Dazu gehören Schlaferschiffe für Besatzungen im Kältekoma, Embryonenschiffe mit Raumfahrern, deren „Geburt“ erst kurz vor dem Ende des Fluges erfolgt, Methusalemenschiffe mit genmanipulierten Individuen an Bord, die ein extrem hohes Alter erreichen, sowie schließlich Generationen-Raumschiffe beziehungsweise „Weltraum-Archen“, in denen gelebt und gestorben wird wie auf der Erde, bis irgendwann das Ziel erreicht ist. Auf die letztere Lösung verfiel der US-amerikanische Raketenpionier Robert Goddard bereits 1918 in seinem Aufsatz „The Last Migration“.

Die Entsendung eines Generationen-Raumschiffs erfordert allerdings die vor-

hergehende Lösung einer Vielzahl schwieriger Probleme, zu denen nicht nur der Antrieb und die Lebenserhaltungssysteme der „Arche“ gehören. So müssen mindestens so viele Menschen auf die Reise gehen, dass eine gesunde Population erhalten bleibt und keine Inzuchtsymptome auftreten. Nach Berechnungen im Rahmen des Projektes Hyperion, die jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, sollte die Besatzungszahl bei mindestens 1500 bis 2400 liegen. Diese erlaubt dann nicht nur eine angemessene Reproduktion, sondern auch den Transfer von Wissen an die nachfolgenden Generationen, welches für das Überleben im All und auf dem Zielplaneten unverzichtbar ist.

Außerdem sind etliche ethische Faktoren zu berücksichtigen. Während die erste Generation aus Freiwilligen besteht, würden deren Nachkommen ungefragt ein Leben führen müssen, das extreme Einschränkungen mit sich bringt und nach Lage der Dinge nur in einem totalitären, weil nach strengen Regeln funktionierenden System möglich wäre. Wer will dies seinen Kindern und Enkeln zumuten?

Darüber hinaus bedürfte der Bau des Millionen Tonnen schweren Generationen-Raumschiffs auch ungeheurer finanzieller Aufwendungen in Höhe von etwa 850 Billionen US-Dollar. Das entspräche etwa dem 190-Fachen der Jahreswirt-

schaftsleistung von Deutschland. Nach Schätzung des Hyperion-Projektleiters Andreas Hein benötigte man daher wohl „eine hundert- oder tausendmal höhere Wirtschaftsleistung als heute“. Deshalb schlagen manche Raumfahrttechniker vor, die „kostengünstigere“ Variante zu wählen und einfach den kleinen Saturnmond Mimas auszuhöhlen und mit einem Raketenantrieb zu versehen.

Ansonsten gibt es auch noch ein weiteres Problem, das bislang kaum thematisiert wurde. Was ist, wenn die Besatzung des Generationen-Raumschiffs eine Welt vorfindet, auf der schon eine andere Spezies lebt, welche keine Migranten aus dem Kosmos aufnehmen möchte? W.K.

## HEILSBERGER THERMEN

# Heiße Träume und eine kalte Realität

Das Heilzentrum erwies sich bisher als Fehlinvestition – Dennoch glaubt die Stadt an dessen Zukunft

VON DAWID KAZANSKI

In Heilsberg, einer malerischen Stadt im Herzen des Ermlands, sorgt ein Bauwerk seit Jahren für hitzige Diskussionen und kühle Bilanzen. Es handelt sich um die Ermländischen Thermen mit ihrem Wasserpark.

Nun hat der Kreis Heilsberg, der Eigentümer dieser ambitionierten, jedoch seit ihrer Eröffnung defizitären Anlage ist, die Thermen erneut zum Verkauf ausgeschrieben. Der Preis liegt bei umgerechnet zehn Millionen Euro für das Gebäude, sowie die komplette Ausstattung. Ein deutlich niedrigerer Betrag als noch bei den vorherigen Ausschreibungen. Seit 2022 versucht man vergeblich, die Anlage zu veräußern.

Obwohl der Verkaufspreis bereits zweimal reduziert wurde, wagt kein Investor – weder aus der Region noch aus dem Ausland – diese problematische Immobilie zu erwerben und zu verwalten. Der Grund ist im Boden verborgen. Denn das geothermische Wasser, das aus dem Bohrloch unter Heilsberg sprudelt, hat eine Temperatur von lediglich 20,7 Grad Celsius. Für echte Thermen ist das viel zu kalt, weshalb das Wasser aufwendig und kostenintensiv aufgeheizt werden muss. Diese ständige Zusatzheizung würde die Einnahmen schneller auffressen, als sie erwirtschaftet werden könnten. Das brachte der Anlage im Volksmund auch den wenig schmeichelhaften Spitznamen „kalte Therme“ ein.

Selbst das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ nahm die Ermländischen Thermen in seine Liste der sogenannten Euroabsurditäten auf: Dabei handelt es sich um eine Reihe EU-geförderter Projekte, die durch schlechte Planung oder unrealistische Erwartungen zu Symbolen des Mismanagements wurden. Die hohen Betriebskosten der Anlage sollte eigentlich eine zahlreiche Kundschaft ausgleichen, die von dem Wasserpark mit Rutschen angelockt werden sollte, aber da in der letzten Zeit landesweit andere attraktive Wasserparks entstanden sind, war der Konkurrenzkampf groß.



Beeindruckt durch seine Form und Größe: Das Gradierwerk im Kurpark von Heilsberg

Foto: D.K.

Dennoch ist Heilsberg weit davon entfernt, sich entmutigen zu lassen. Während die Thermen als Investition auf wackligen Beinen stehen, treibt die Stadt mit bemerkenswerter Konsequenz ihre Entwicklung als Kur- und Erholungsort voran. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass das Heilpotential der Stadt geschichtliche Wurzeln hat.

Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg war Heilsberg als Luftkurort überregional bekannt, was alte Postkarten dokumentieren, auf denen der Stadtname Heilsberg mit dem Zusatz „Luftkurort“ zu sehen ist. Ärzte empfahlen das gute Klima und die frische Luft dieser Region als Heilmittel. Auch heute entspricht der lokale Mikroklimastand vielen Kriterien moderner Heilstandorte: überdurchschnittliche Sonnenscheindauer, ein gemäßigtes thermisch-feuchtes Klima sowie vergleichsweise geringe Niederschlagsmengen. Inmitten eines dichten, duftenden Waldes entstand ein weitläufiger Kurpark, der mit seinen geschwungenen We-

gen und seiner natürlichen Ruhe zum Verweilen einlädt. Hier findet sich auch ein moderner Gesundheitspavillon mit Rehabilitationszentrum, einem Gradierwerk, einer Salzgrotte und Einrichtungen für Inhalationskuren.

### Wird Heilsberg bald ein bedeutender Kurort?

Besonders das Gradierwerk zieht die Blicke auf sich: knapp hundert Meter lang, sechs Meter hoch, aus Kiefernholz mit Schwarzdorn gefüllt, wird es ergänzt durch Spielplatz, Promenaden, Solarbänke und Infrastruktur. Die Anlage ist eine perfekte Erholungsmöglichkeit für Familien.

Das Gradierwerk wurde in Form einer Schnecke errichtet. Das ist eine bewusste Anspielung auf das Logo des internationalen „Cittaslow-Netzwerks“, dem Heilsberg angehört. Schritt für Schritt entsteht hier eine Gesundheits- und Erholungsinfrastruktur, die das Potential hat, Heilsberg zu einem anerkannten Kurort zu machen. Gegenüber dem Gradierwerk ent-

steht derzeit ein modernes Kurzentrum mit einer naturheilkundlichen Abteilung und einem Hotel. Die Einrichtung wird täglich bis zu 400 Patienten aufnehmen können und über hochmoderne therapeutische Einrichtungen sowie ein Hotel mit 200 Betten verfügen. Im Zentrum sollen innovative Technologien eingesetzt werden, darunter robotergestützte Rehabilitationsgeräte. Die Bemühungen um den offiziellen Kurortstatus laufen bereits, und wer heute durch die stillen Alleen des Kurparks schlendert, kann erahnen, welche Möglichkeiten noch in diesem Ort schlummern.

So bleibt die „kalte Therme“ zwar ein Mahnmal für eine Fehlinvestition, über die jedoch noch längst nicht das letzte Wort gesprochen worden ist. Mit einer Mischung aus historischer Atmosphäre, landschaftlicher Schönheit und wachsendem Gesundheitsangebot könnte Heilsberg schon bald zu den bedeutendsten Kurorten des südlichen Ostpreußens gehören.

## MELDUNGEN

### Vorfälle an der Grenze

**Allenstein/Rastenburg** – Mit dem Sommer kommen auch wieder Touristen ins südliche Ostpreußen. Für einige scheint nicht nur das Segeln auf den Masurischen Seen, Agrotourismus oder das Besichtigen von Burgen der Backsteingotik interessant zu sein. Eine starke Anziehung übt auf sie auch die inzwischen nicht mehr so grüne Grenze der Woiwodschaft zum Königsberger Gebiet, also zur Russischen Föderation, aus. Neben seinen Beobachtungen möglicher illegaler Übertritte von Ausländern an der Grenze hat der polnische Grenzschutz regelmäßig mit Menschen zu tun, die zu ihrer Besichtigung und zum Fotografieren auf grenznahen Wegen unterwegs sind. Dafür drohen Bußgelder bis umgerechnet etwa 125 Euro. Intervenieren musste der Grenzschutz in diesem Jahr bisher in 55 Fällen, darunter bei acht Nicht-Polen – Deutsche, Franzosen und Dänen. U.H.

### Studenten im Einsatz

**Pelleninken/Strigengrund** – Architekturstudenten der Kasaner und der Moskauer Universität haben im Kreis Insterburg ein Praktikum absolviert, bei dem es um die Entwicklung kleiner Siedlungen am Beispiel des Dorfes Pelleninken, ab 1938 Strigengrund, ging. Dort arbeiten die örtlichen Behörden aktiv an der touristischen Entwicklung des Ortes. Die Studenten entwickelten Konzepte für die Sanierung des Kulturhauses, der Bibliothek und des großen angrenzenden Geländes. Außerdem planten sie Verschönerungen rund um die evangelische Backsteinkirche und der Hauptstraße, die das Zentrum, den ökologischen Pfad entlang des Flüsschens Strige sowie das Gästehaus verbindet, das auf dem Grundstück der ehemaligen Mittelschule steht. Ihre Ergebnisse unter Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit präsentierten sie in der Burg Insterburg. MRK

## ALLENSTEIN

# Mit dem Drahtesel unterwegs auf dem Campus

Nach dem Aus des städtischen Fahrradverleihs – Die Universität bietet Studenten das „Akademische Fahrrad“ an

Nach dem Ende des städtischen Fahrradverleihsystems in Allenstein im Jahr 2020, das aufgrund finanzieller Herausforderungen und der COVID-19-Pandemie eingestellt werden musste, suchten viele Bewohner nach umweltfreundlichen Mobilitätsalternativen. Diese Lücke füllt nun das „Akademische Fahrrad“ der Universität Ermland-Masuren (UWM) als innovative Lösung – jedoch richtet sich das Angebot ausschließlich an die Hochschulgemeinschaft: Das System soll in Kürze Studenten und Mitarbeitern der Uni zur Verfügung stehen.

Dabei ist das Interesse der Allensteiner Bevölkerung an einem neuen öffentlichen Fahrradsystem groß, zumal die Stadt ein gut ausgebautes Netz von Radwegen anbietet. Dennoch sieht sich die Stadtverwaltung derzeit aus Budgetgründen nicht in der Lage, ein solches System zu reaktivieren oder neu aufzubauen. Stattdessen



Neues oder gebrauchtes Rad? Der Kunde hat die Qual der Wahl

Foto: D.K.

setzt man in Allenstein verstärkt auf andere Formen der Mobilität wie elektrische Tretroller, die flexibel per App genutzt werden können.

### Die Miete erfolgt über einen längeren Zeitraum

Das Fahrradprogramm der Uni im Stadtteil Kortau bietet eine Fortbewegungsmöglichkeit auf dem Campus. Im Gegensatz zum früheren städtischen System, das auf minutengenaue Abrechnung basierte, ermöglicht dieses Programm die Ausleihe von Fahrrädern für längere Zeiträume – entweder für ein Semester oder das gesamte Jahr. Die monatlichen Kosten betragen etwa zehn Euro für gebrauchte Fahrräder und 19 Euro für neue Modelle, wobei die Zahlung im Voraus für sechs Monate erfolgt. Die Reservierung und Verwaltung der Fahrräder findet bequem

über ein Portal zur Online-Leihe statt. Die Abholung und Rückgabe der Drahtesel ist im Konferenz- und Schulungszentrum der Universität möglich.

Die Einführung des Akademischen Fahrradsystems ist Teil eines umfassenderen Trends in Allenstein, der auf nachhaltige Verkehrsalternativen setzt. Aus Sicht der Unibehörden ist Radfahren nicht nur eine praktische Fortbewegungsmöglichkeit auf dem Campus, sondern auch eine Gelegenheit, sich aktiv an nachhaltigen Initiativen zu beteiligen. Mit dem „Akademischen Fahrrad“ setzt die Universität Ermland-Masuren ein Zeichen für umweltbewusste Mobilität – zumindest innerhalb der Hochschulmauern. Doch vielleicht ist das ein erster Anstoß für weitere Mobilitätsprojekte, von denen künftig auch alle Stadtbewohner profitieren könnten. D.K.

## Wir gratulieren...



## ZUM 102. GEBURTSTAG

**Hensellek, Ella**, geb. **Gadomski**, aus Babanten, Kreis Ortelsburg, am 4. September

## ZUM 101. GEBURTSTAG

**Sander, Hildegard**, geb. **Goerke**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 29. August

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Götze, Charlotte**, geb. **Gutt**, aus Nickelshagen, Kreis Mohrunen, am 3. September

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Berwein, Ilse**, aus Ortelsburg, am 1. September  
**Förster, Lisbeth**, geb. **Slaby**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 31. August  
**Kunhardt, Günter**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 3. September

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Fastnacht, Peter**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 155, am 31. August  
**Klitsch, Irmgard**, geb. **Petric**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 1. September  
**Reiß, Erich**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 31. August

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Knödler, Ursula**, geb. **Noetzel**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 4. September  
**Nagat, Wilhelm**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 4. September  
**Pfeifer, Ilse**, geb. **Borchert**, aus Neidenburg, am 1. September  
**Reeg, Waltraud**, geb. **Riemann**, aus Schuditten, Kreis Fischhausen, am 30. August  
**Schmidtke, Gretel**, geb. **Kersten**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. August

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Brinkmann, Edeltraut**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 3. September

**Leube, Gisela**, geb. **Tokmitt**, aus Neidenburg, am 31. August  
**Pillath, Helmut**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 1. September  
**Volkman, Helga**, geb. **Weber**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 3. September

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Fleisch, Brigitte**, geb. **Pucks**, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 30. August  
**Jahnke, Fritz**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 1. September  
**Marenski, Ortulf**, aus Ortelsburg, am 29. August  
**Richter, Elfriede**, geb. **Torkler**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 30. August  
**Scharnowski, Reinhold**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 1. September  
**Schendel, Elisabeth**, geb. **Zitzmann**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 2. September  
**Schunke, Emmy**, geb. **Weiß**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. September  
**Terzi, Wolfgang von**, aus Lyck, Falkstraße 11, am 3. September

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Balczun, Otto**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. August  
**Brust, Munin**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 30. August  
**Henke, Gerda**, geb. **Böhnert**, aus Klohehnen, Kreis Mohrunen, am 29. August  
**Jahn, Gertrud**, geb. **Symanzik**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 29. August  
**Jera, Manfred**, aus Treuburg, am 29. August  
**Kleinfeld, Eva**, geb. **Termer**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 31. August

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Herr, Margarete**, geb. **Zacharias**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 31. August

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Bendiks, Felizitas**, geb. **Kaminski**, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 4. September  
**Blankenburg, Hildegard**, geb. **Przywawa**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 1. September

**Christochowitz, Horst**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. September

**Lach, Gerhard**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 4. September  
**Lange, Christa**, geb. **Ondracek**, aus Wehlau, am 2. September  
**Laser, Horst**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 2. September  
**Lenk, Brunhilde**, geb. **Adamzik**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 31. August  
**Minio, Ursula**, geb. **Latzol**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 30. August  
**Mrotzek, Grete**, geb. **Korte**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 1. September  
**Ostrowski, Heinrich**, Vorfahren aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 4. September  
**Scherotzki, Lotte**, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 4. September  
**Wenck, Karl-Heinz**, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 31. August  
**Wilkop, Alfred**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 30. August

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Dilewski, Hanna**, aus Ortelsburg, am 2. September  
**Schikowsky, Fritz**, aus Reichertsvalde, Kreis Mohrunen, am 30. August  
**Schulz, Werner**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 4. September  
**Werle, Hannelore**, geb. **Goerke**, aus Neidenburg, am 3. September  
**Ziemek, Günther**, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 30. August

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Ballheimer, Irmgard**, geb. **Losch**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 1. September  
**Barzik, Helmut**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 31. August  
**Danisch, Annemarie**, geb. **Bruck**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 30. August  
**Hasenclever, Edith**, geb. **Spielmann**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 30. August  
**Hehling, Ursel**, geb. **Chitralla**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 4. September  
**Kallauch, Klaus-Jürgen**, aus Tapi-au, Kreis Wehlau, am 3. September  
**Kerling, Alfred**, aus Lyck, am 31. August

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.  
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

**Kuklik, Gerhard**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 2. September  
**Kunz, Gerhard**, aus Baerting, Kreis Mohrunen, am 30. August  
**Lange, Günter**, aus Preußisch Battau, Kreis Fischhausen, am 2. September  
**Pahl, Irmgard**, geb. **Weiß**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 29. August  
**Pietrzyk, Gerhard**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. August  
**Riemann, Hildegard**, geb. **Fischer**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 29. August  
**Salomon, Heinrich**, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 31. August

## Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

**19. bis 21. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt  
**4. bis 5. Oktober:** 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein  
**6. bis 12. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt  
**7. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal  
**8. bis 9. November:** Ostpreu-

ßische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

**Schaper-Rinkel, Eva**, geb. **Albien**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 4. September  
**Wiberny, Hanna**, geb. **Pienak**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 1. September

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Bertus, Waltraud**, geb. **Marold**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 30. August  
**Boguschewski, Siegfried**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 2. September  
**Dürschmidt, Christel**, geb. **Marzian**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 4. September

**Hatt, Birgitte**, geb. **Graßat**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 2. September  
**Konietzko, Dietmar**, aus Treuburg, am 30. August  
**Laurinat, Dieter**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. September

## PAZ wirkt!

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Frankenberg, Regina**, geb. **Samariter**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 3. September

## Ostpreußisches Landesmuseum

## Veranstaltungen

Sonntag, 31. August, 18 Uhr, Eintritt frei: **Präsentation „Kunst und Freiheit. Künstler-Dozenten der Kunsthochschule Palas im Wandel der Zeit“** **Finissage der Sonderausstellung mit Künstlergespräch**  
 Sonntag, 31. August, 18 Uhr, Eintritt frei: **Präsentation „Kunst und Freiheit. Künstler-Dozenten der Kunsthochschule Palas im Wandel der Zeit“** **Finissage der Sonderausstellung mit Künstlergespräch**  
 Sonntag, 31. August, 18 Uhr, Eintritt frei: **Präsentation „Kunst und Freiheit. Künstler-Dozenten der Kunsthochschule Palas im Wandel der Zeit“** **Finissage der Sonderausstellung mit Künstlergespräch**

1945 auf einem Todesmarsch ums Leben kam.  
 Anhand von Fluchtberichten, Zeitzeugeninterviews und historischen Dokumenten zeichnet Thiel ein eindringliches Bild dieser bewegenden Frauenschicksale.  
 Vera Thiel, Dipl.-Päd., pensionierte Lehrerin, ist seit mehreren Jahren als Ehrenamtliche im Ostpreußischen Landesmuseum tätig. Museum Erleben ist unsere Veranstaltungsreihe, die Sie einlädt, das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung auf besondere Weise zu entdecken. Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, nachmittags ab 14.30 Uhr, können Sie

an interessanten Ausstellungsrundgängen, Vorträgen, Filmen und weiteren besonderen Angeboten teilnehmen. Anschließend gibt es bei Kaffee und Gebäck ein gemütliches Beisammensein und die Möglichkeit, sich über das Erlebte auszutauschen.  
 Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

**Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung** Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: [www.ostpreussisches-landesmuseum.de](http://www.ostpreussisches-landesmuseum.de)

Dienstag, 2. September, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro, inklusive Tee, Kaffee und Gebäck: **Flucht – Vertreibung – Frauenschicksale**, Führung und Vortrag von Vera Thiel in der Reihe „Museum Erleben“.  
 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs widmet sich Thiel dem Thema Flucht und Vertreibung mit einem besonderen Augenmerk auf die Schicksale von Frauen.

Im Fokus stehen die Lebensgeschichten von vier Frauen mit ganz unterschiedlichen Biografien: Eine Diakonissenschwester aus Königsberg, die erst 1955 die Sowjetunion verlassen konnte. Ein achtjähriges Mädchen, das 1945 gemeinsam mit ihrer Familie aus Ostpreußen fliehen musste und die Jahre bis 1948 in einem dänischen Internierungslager verbrachte. Ein Mädchen aus Sensburg, das gemeinsam mit ihrer Großmutter bis nach Rauschen-Düne floh und dort den Einmarsch der Roten Armee erlebte. Und eine Zwangsarbeiterin aus der Ukraine, die vermutlich



2. September, 14.30 Uhr: Alfred Partikel, Die Mutter von Nemmersdorf, als Beispiel für Frauenschicksale  
 Bild: OL

## Zusendungen für die Ausgabe 37/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 37/2025 (Erstverkaufstag 12. September) **bis spätestens Dienstag, den 2. September**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: [rinsler@paz.de](mailto:rinsler@paz.de), Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck  
 Telefon (040) 4140080  
 E-Mail: [grodeck@paz.de](mailto:grodeck@paz.de)

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – [www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de) – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen  
 Buchtstraße 4  
 22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

## Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

### Baden-Württemberg

**Vorsitzender:** Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

### Tag der Heimat

**Stuttgart** – Sonntag, 14. September, 14 Uhr, Liederhalle Stuttgart, Hegelsaal, Berliner Platz 3: zentrale Festveranstaltung zum Tag der Heimat des BdV-Landesverbands Baden-Württemberg. 11 Uhr, Mahnmahl für die Opfer von Flucht und Vertreibung, Kurpark beim Kursaal in Stuttgart-Bad Cannstatt: stilles Gedenken mit Kranzniederlegung.

### Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

### Erntedank

**Hof** – Sonnabend, 13. September, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Erntedank.

### Hessen

**Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

### Humor in der Kirche

**Kassel** – Donnerstag, 4. September, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140: „Da schmunzelt die Gemeinde. Humor in der Kirche.“ Vortrag von Dorothea Deys, Treffen der LOW Kassel.

### Marion Gräfin Dönhoff

**Wetzlar** – Dienstag, 16. September, 11.15 Uhr, Gaststätte Taverna Bodenfeld bei den Tennisplätzen, Bodenfeld 1: Marion Gräfin Dönhoff – ihre Liebe zu Ostpreußen. Gerd-Helmut Schäfer zeichnet ihr Leben nach. *Kuno Kutz*

### Mecklenburg-Vorpommern

**Vorsitzender:** Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

### Posen und Westpreußen

**Anklam** – 2025 standen alle Heimatreisen im Zeichen von 80 Jahren Kriegsende, Flucht, Vertreibung und Verlust der Heimat. 52 Ostpreußen und Freunde der Heimat aus Anklam und Umgebung unternahmen im August mit dem Landesvorsitzenden Manfred Schukat eine Busfahrt nach Posen und Thorn mit insgesamt zehn Städten. Erster Halt war am Regierungsviertel und dem Hauptbahnhof von Schneidemühl an der Ostbahn Berlin-Königsberg. Die Weiterfahrt führte über Kolmar, Margonin und Wongrowitz nach Po-

sen. In der Hauptstadt der Woiwodschaft Großpolen standen zwei Stadtführungen an – einmal durch die Neustadt zum letzten Schloss des deutschen Kaisers sowie Universität, Oper und Wilhelmplatz; am nächsten Tag durch die Altstadt mit Renaissance-Rathaus, Marktplatz, Pfarrkirche und Jesuitenkolleg. Statt zur Posener Dominsel ging es weiter nach Gnesen. Die geistliche Hauptstadt Polens ist seit 1417 Sitz des Primas der polnischen Katholischen Kirche. Im Dom zu Gnesen ruhen die Gebeine Adalberts von Prag, der im Jahre 997 auf seiner Missionsreise von den heidnischen Prußen in Tenkitten bei Pillau erschlagen wurde. Ein Muss ist die 850-jährige „Gnesener Tür“ mit Reliefs aus dem Leben des Heiligen.

Das mittelalterliche Stadtzentrum von Thorn ist bestens erhalten und steht heute unter dem Schutz der UNESCO. Die Geburtsstadt von Nikolaus Kopernikus hat außer dem Rathaus, St.-Johannes-Dom und den Thorner Kathrinchen noch viel mehr zu bieten. An der Weichsel steht das eindrucksvolle Denkmal für den Märtyrer Jerzy Popieluszko, der 1984 als Solidarność-Priester vom polnischen Geheimdienst entführt, ge-

foltert und in der Weichsel ertränkt wurde. Von hier aus ging es zu Besichtigungen nach Graudenz, Marienwerder, Rehden, Kulm, Schwetz und Kulmsee. Weithin in Vergessenheit geraten ist, dass in Kulm am 13. Oktober 1895 der spätere SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, der 1930 Kommunisten als rot lackierte Doppelausgabe der Nationalsozialisten bezeichnete, geboren wurde. Schumacher wandte sich nach 1945 auch gegen die Abtretung der deutschen Ostgebiete. In derselben Heilig-Geist-Straße von Kulm erblickte am 29. August 1866 auch der Heidedichter Hermann Löns, der unter anderem das Gedicht „Auf der Lüneburger Heide“ verfasste, das Licht der Welt. Und allerwärts sind die Spuren des Deutschen Ordens sichtbar. Die mächtigen Kirchen und Burgen wurden vor allem nach der Wende zum Teil sehr aufwendig restauriert. Die Mitreisenden Manfred Neumann und Carola Fischer aus Wolgast trugen zusammen mit dem Verfasser in vielen Kirchen kurze geistliche Gesangstücke vor – immer im Gedenken an die Katastrophe 1945.

Letzte Station war das schöne Bromberg an der Brahe mit seiner nicht eben großen Altstadt und Neustadt. Mit Familie Behnke aus

Anklam gab es noch einen Reise-stopp in Weißfelde [Biale Blota] bei Bromberg, dem Heimatort der Eltern. Zum Abschluss der Reise legte die Gruppe auf dem Friedhof des Lagers Potulitz bei Bromberg ein Gebinde nieder und gedachte feierlich der Opfer. Einfache Deutsche aus Westpreußen, Ostpreußen und dem Wartheland mussten dort von 1945 bis 1951 Zwangsarbeit leisten und für die Verbrechen der Nationalsozialisten büßen, die sich meist längst nach Westen abgesetzt hatten. Viele Opfer kamen vor Hunger, Entkräftung, durch Gewalt und Typhus ums Leben. Das Potulitz-Komitee hatte am 5. September 1998 dort einen bescheidenen Gedenkstein errichtet. Er ist wie viele Ziele dieser Reise nicht leicht zu finden, aber allemal einen Besuch wert. Wer soll gedenken, wenn nicht wir? Wo, wenn nicht hier? Wann, wenn nicht jetzt?

*Friedhelm Schülke*



Nicht leicht zu finden, aber der Besuch lohnt: Gedenkstein für die Opfer des Lagers Potulitz bei Bromberg, die von 1945 bis 1951 Zwangsarbeit leisten mussten

*Bild: Harald Krischajus/Steffen Thomassek*

### Angerburg

**Kreisvertreter:** Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

### Angerburger Tage

**Rotenburg (Wümme)** – Freitag, 12., bis Sonnabend, 13. September, Hotel Harmonie, Am Pferdemarkt 3: Angerburger Tage mit Begrüßungsabend am Freitag, 19 Uhr. Sonnabend, 10.30 Uhr, an der Angerburger Eiche neben dem Kreishaus des Landkreises Rotenburg (Wümme), Hopfengarten 2: Gedenken am Patenschaftsstein.

**Fortsetzung auf Seite 16**

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-09-B



## Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Unser  
ostpreußisches  
Schlemmerpaket**



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

11 Uhr, Kreishaus: Mitgliederversammlung, Mittagessen in der Kantine des Kreishauses möglich. 14 Uhr: Filmvorführung und gemütliches Beisammensein. Verbindliche Anmeldungen, auch für das Abendessen am Freitag sowie eventuelle Übernachtungswünsche, werden erbeten an: Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg oder an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft.

Bartenstein

Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Heimattreffen

Steimbke – Freitag, 5. September, bis Sonnabend, 6. September, Hotel zur Post, Stöckser Straße 4: Treffen der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein.

Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Mitgliederversammlung

Kassel – Sonnabend, 13. September, 14.30 Uhr, Magistratssaal, Rat-

haus, Obere Königsstraße 8: ordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Ebenrode mit folgender Tagesordnung:

- 1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, gegebenenfalls Ergänzung der Tagesordnung, 2. Protokoll, 3. Berichte des Vorstands, 4. Kassenprüfbericht, 5. Antrag auf Entlastung des Vorstands, 5.1 Kreisvertreter, 5.2 Stellvertretende Kreisvertreterin, 5.3 Kassenwartin, 6. Wahlen, 6.1 Wahl des Kreisvertreters, 6.2 Wahl des 1. Stellvertretenden Vorsitzenden, 6.3 Wahl des 2. Stellvertretenden Vorsitzenden, 6.4 Wahl des Geschäftsführers zugleich Kassenwart, 7. Verschiedenes.

Um zahlreiche Teilnahme wird gebeten, neue Mitarbeiter im Vorstand sind dringend erforderlich.

Dr. Gerhard Kuebart, Waltraud Ellerbrock, Maria Leonowski

110-jährige Patenschaft

Kassel – Freitag, 12. September, 18 Uhr, Magistratssaal, Rathaus, Obere Königsstraße 8: Eröffnung der Ausstellung „Trakehner Pferde in der Kunst“ mit Einführung von Katja Eichhorn, Neetze bei Lüneburg, aus Anlass der 110-jährigen Patenschaft der Stadt Kassel.

Sonnabend, 13. September, 11 Uhr, Magistratssaal: Festveranstaltung. Das Programm wird auf

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

der Ebenroder Internetseite veröffentlicht und bei Anmeldung der Kreisgemeinschaft Ebenrode mit folgender Tagesordnung gebeten.

Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundszen, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, E-Mail: james-herbert.lundszen@t-online.de

GF: Barbara Daweidt, Leipziger Straße 33A, 04539 Groitzsch, Telefon (034296) 837215, E-Mail: inse-elchniederung@t-online.de

Kreistreffen

Bad Nenndorf – Freitag, 5., bis Sonntag, 7. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, der Kreisgemeinschaft Elchniederung mit folgendem Programm:

Freitag, 5. September, ab 14 Uhr: Treffen im Restaurant, 14 Uhr: Delegiertenversammlung, ab 15 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros Foyer.

Sonnabend, 6. September, 9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros Foyer, ab 9.30 Uhr: Treffen im Restaurant, 10 bis 12 Uhr: Unser Bildarchiv/unsere Internetseite, Film- und/oder Diavorträge, 12 Uhr: Mittagessen im Restaurant, 14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung, Grußwort durch Landrat Uwe Pietzek, Grafschaft Bentheim, Berichte der Kirchspielvertreter, Rechenschaftsbericht Versammlungslei-

ter und Wahlen, 16 Uhr: gemütliches Beisammensein, Plachandern, 16 bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern, Untergeschoss, ab 18 Uhr: musikalische Unterhaltung.

Sonntag, 7. September, ab 10 Uhr, Kirche Steinhude: Gottesdienst, anschließend Besuch des Agnes-Miegel-Hauses und Ausklang im Hotel.

Hinweise: Wegen Übernachtungsmöglichkeiten bitte mit dem Hotel „Esplanade“, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110 oder dem Parkhotel Deutsches Haus, Bahnhofstraße 22, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 94370 oder dem Kur- und Verkehrsverein, Kurhausstraße 4, 31542 Bad Nenndorf Kontakt aufzunehmen.

Wie bei allen Treffen steht das freundschaftliche Wiedersehen unserer Landsleute im Mittelpunkt. Mittelpunkt des diesjährigen Treffens ist das Hotel Esplanade, in dem sich das Treffen zwischen alten und neuen Freunden abspielen wird, hier werden nicht nur Bildbände, Bücher, Heimatbriefe und Kartenmaterial zum Kauf angeboten, hier sind auch die Kirchspiel- und Heimatkreisdateivertreter in der Hoffnung, dass es, wie in den vergangenen Jahren wieder viele Landsleute gibt, die zum ersten Mal an einem Treffen teilnehmen und Auskunft geben können über Landsleute, die bisher für die Kreisgemeinschaft verschollen waren. Auch Bilder zum Einscannen können mitgebracht werden. Nutzen Sie diese umfangreichen Vorarbeiten und kommen Sie zum Treffen.

James-Herbert Lundszen

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Kreistagssitzung

Bad Nenndorf – Sonnabend, 4. Oktober, 9.30 Uhr, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Kreistagssitzung. Alle Vorstands- und Kreistagsmitglieder, die stellvertretenden Kirchspielvertreter sowie die Mitglieder des Ältestenrates erhalten rechtzeitig die Einladung zur Kreistagssitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten zugesickt.

Johannisburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; kodo48@aol.com; Kassenverwalter: Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Hinweise

Es findet absehbar kein Hauptkreistreffen statt, die Kreisgemeinschaft bittet um Verständnis. Auskünfte gibt es gerne beim Vorstand.

Der Heimatbrief 2025 erscheint im September dieses Jahres. Für

Fragen und Auskünfte bitte die Telefonsprechstunde, mittwochs von 18 bis 19 Uhr nutzen.

Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Haagestraße 3, 21335 Lüneburg. Patenschaftsbüro: Stadtgemeinschaft Königsberg, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, Telefon (0203) 2832151, mittwochs, 9 bis 12 Uhr, (0155) 63663960, mit Anrufbeantworter; E-Mail: patenschaftsbuero@stadtgemeinschaft-koenigsberg.de

Mitgliederversammlung

Duisburg – Sonnabend, 6. September, 11 Uhr, Karmelplatz 5, Vortragsraum des Stadtarchives, beim Patenschaftsbüro: Mitgliederversammlung der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) e.V. mit folgendem Programm:

11 Uhr: Eröffnung und Begrüßung der Mitglieder und der Vertreter der Patenstadt durch den Stadtvorsitzenden Klaus Weigelt, Feststellung und Besprechung der Tagesordnung gemäß Königsberger Bürgerbrief Nummer 105, Sommer 2025. 13 Uhr: Mittagspause mit Imbiss, danach Fortsetzung der Mitgliederversammlung gemäß Tagesordnung, Wahl des neuen Vorstands. 14 Uhr: Buchvorstellung Julian Patzer „Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen. Erlebnisse und Nachwirkungen von jungen Menschen auf dem Weg nach Westen“ (Zeitzeugenbefragung) durch den Autor.

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 10x10 grid at the top left and a 10x10 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku puzzle grid with numbers 1-9 in some cells.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal puzzle grid with numbers 1-6 in some cells.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gemütsbewegungen.

- 1 nur erdachtes Land, Gebiet
2 Mundfessel
3 Schädelmasse des Pottwals
4 amerik. katzenartiges Raubtier
5 kleiner, dunkler Raum
6 roh, rücksichtslos

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Schirmherr.

- 1 Kleiderverzierung, 2 Metall-, Gewebeschlinge, 3 einfaches, kleines Haus, 4 Ablassprediger, 5 salziges oder süßes Gebäck

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a circular path of 11 numbered fields.

## Heimatkreisgemeinschaften

Bitte melden Sie Ihre Teilnahme im Partnerschaftsbüro bei Valentina Fischer an, bitte auch angeben, ob Sie am Abend des 5. September, ab 19 Uhr am Abendessen im Restaurant Museum am Kant-Park teilnehmen möchten.

Rudolf Junger



Labiau

**Kreisvertreterin:** Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, www.labiau.de

### Kreistreffen

**Otterndorf** – Wochenende, 5. bis 7. September, Stadtscheune, Sackstraße: Kreistreffen.

Freitag, 5. September, 19 Uhr, Stadtscheune, Sackstraße: gemütliches Beisammensein.

Sonnabend, 6. September, 9 Uhr, Stadtscheune, Sackstraße: die Stadtscheune ist geöffnet; 9.30 Uhr: offizielle Eröffnung des Kreistreffens. 10.30 Uhr: Gemeinsamer Gang zum Gedenkstein nahe des Torhauses, Am Großen Specken. 11 Uhr, Gedenkstein nahe des Torhauses, Am Großen Specken: 50-jähriges Jubiläum des Labiau-Gedenksteins gemeinsam mit Gästen aus dem Patenkreis. Anschließend findet ein Besuch im Torhaus und die Rückkehr in die Stadtscheune zur Fortsetzung des Treffens statt.

Sonntag, 7. September, 10 Uhr, Stadtscheune: Mitgliederversammlung des Vereins Kreisgemeinschaft Labiau/Ostpreußen e.V. Anschließend Ausklang des Kreistreffens bei gemütlichem Beisammensein am Torhaus.

Um besser planen zu können, wird um Anmeldung per E-Mail oder telefonisch gebeten. Bitte kommen Sie zahlreich – herzlich Willkommen in Otterndorf.



Lyck

**Kreisvertreterin:** Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

### Kreistagsitzung

**Stadt Hagen** – Sonnabend, 30. August, 14 Uhr, Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13, Raum A 201, 2. Etage: öffentliche Sitzung des Kreistages mit folgender Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Wahl eines Protokollführers,
2. Totengedenken,
3. Genehmigung der Niederschrift über die Kreistags-Sitzung vom 24. August 2024, 4. Bericht aus dem Kreis Ausschuss,
5. Aussprache zu den schriftlichen Arbeitsberichten, a) Kreisvertreterin, b) Senioren- und Glückwunschkartei, c) Redaktion Hagen-Lycker Brief und Kreiskartei, d) Buchversand, e) Archiv – mündlich,
6. Kassenbericht 2024, a) allgemein, b) Rowlin,
7. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung,
8. Haushaltsplan 2025,
9. Bruderhilfe,
10. Lycker Treffen in Bremen
6. November 2025, 11. Stellungnah-

me der Kreisvertreterin zur Neuwahl 2025, 12. Wahl eines Wahlleiters, 13. Wahl Kreisvertreter/in, 14. Kreistreffen 29. bis 30. August 2026, 15. Anfragen der Kreistagsmitglieder.

Eine Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte ist nach Paragraph 15 der Satzung, bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Kreistagsitzung bei der Kreisvertreterin zu beantragen.



Neidenburg

**Kreisvertreter:** Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276,

E-Mail: u-pokraka@t-online.de

**Stellvertreterin:** Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

### Heimattreffen

**Bochum-Werne** – Sonntag, 7. September, Einlass ist ab 9 Uhr Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 32: Neidenburger Heimattreffen mit einer kleinen Feierstunde von 11 bis etwa 12 Uhr. Von 13 bis 16 Uhr ist die Heimattube der Kreisgemeinschaft Neidenburg geöffnet.

80 Jahre nach der Vertreibung aus der geliebten Heimat, liegt ein triftiger Grund vor, sich zu erinnern und sich über die Erinnerungen und die Erzählungen der Eltern und Großeltern auszutauschen.

Bitte nehmen Sie den Termin unbedingt wahr, nicht nur, damit sich die Organisation und die Vorbereitung dieses Treffens lohnen. Für einen kostenlosen Imbiss und späteren Kaffee und Kuchen ist gesorgt, ebenso für die musikalische Untermauerung durch den Chor MGW Einigkeit Marmelshagen.

Auf ein Wiedersehen mit zahlreichen Neidenburgern, Soldauern sowie Freunden der Kreisgemeinschaft.

Ulrich Pokraka



Preußisch Eylau

**Kreisvertreterin:** Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimattmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

### 76. Heimatkreistreffen

**Verden** – Wochenende, 19. bis 21. September, Landhotel Zur Linde, Thedinghauser Straße 16: 76. Heimatkreistreffen. Hierzu sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft, also alle Kreisblattbezieher, und Familienangehörige sowie Freunde und Bekannte herzlich eingeladen.

Das Landhotel liegt auf der anderen Seite der Aller, etwa 1,4 Kilometer vom Bahnhof entfernt. Bei Bedarf werden Sie gerne vom Bahnhof abgeholt, melden Sie sich bitte unter (0174) 2900486. Weitere Informationen: Das Heimattmuseum

der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau befindet sich im Verdener Kreishaus, Eingang Ost, und ist am Freitag und am Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr geöffnet. Der Weg im Kreishaus ist ausgeschildert. Nach vorheriger Anmeldung, spätestens bis zum 15. September, und Nennung des Wunsches per E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de wird die Beauftragte für das Archiv der Kreisgemeinschaft am Freitag im Heimatmuseum/Archiv anwesend sein und Fragen beantworten oder im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen.

Der Bücherstand während des Kreistreffens bietet Ostpreußenliteratur sowie Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten an: Am Sonnabend ab 13 Uhr und am Sonntag ab 10 Uhr.

Es werden traditionelle Spezialitäten aus Ostpreußen wie Marzipan und Spirituosen angeboten.



Wehlau

**Kreisvertreterin:** Margot Löwe, Weitzelstraße 9, 09648 Mittweida, Telefon (03727) 5165, E-Mail: margot.loewe@web.de

**Stellvertreter:** Dirk Reinsberg, Waldstraße 5, 25524 Itzehoe, Telefon (0157) 5206 8397, E-Mail: reinsbergd@web.de

**Internet:** www.kreis-wehlau.de

### Mitgliederversammlung

**Bassum** – Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr, Freudenburg, Amtsfreiheit 1, Vorwerk: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Wehlau e.V. im Rahmen der Feier

zum 70-jährigen Bestehen der Kreispatenschaft mit folgender Tagesordnung: Begrüßung und Eröffnung durch die 1. Vorsitzende; Gedenken an Verstorbene; Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung; Festrede „70 Jahre Kreispatenschaft“; Grußworte des Landrats, des Bürgermeisters; Feststellung der Beschlussfähigkeit – bei nicht ausreichender Beschlussfähigkeit wird die Versammlung für 30 Minuten unterbrochen und dann erneut eröffnet –; Annahme

der Tagesordnung; Wahl: Verhandlungsleitung, Protokollführung, Jahresberichte des Vorstandes, a. 1. Vorsitzende, b. 2. Vorsitzender – Familienforschung, c. Schatzmeister – Kassenbericht, d. Mitgliederbetreuung, e. Heimatkreisdatei, d. Internetauftritt, Bildarchiv, f. Heimatbrief, Archiv, Heimatmuseum, g. Aktuelles aus der Heimat; Bericht der Kassenprüfer über Haushalt 2024; Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes; Wahlen: Wahl eines Beisitzers

/ Beisitzerin; Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan 2026; Beratungen und Beschluss über die Terminplanung 2026; Beratung und Beschluss über die eingegangenen Anträge der Mitglieder; Anfragen und Anregungen der Mitglieder; Schlusswort der Vorsitzenden; Ostpreußenlied.

Eine zahlreiche Beteiligung liegt im Interesse der Gemeinschaft.

Margot Löwe,  
Dirk Reinsberg,  
Rainer Sendacki

### Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

**Am 22. August traf sich der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten,**

Dr. Bernd Fabritius, zu einem Gespräch mit der Ansprechperson des Berliner Senats für Deutsche aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene, Walter Gauks, im Bundesministerium des Innern in Berlin. Gauks berichtete über seine Tätigkeit seit der Amtsübernahme, insbesondere über die laufenden Projekte sowie bereits umgesetzte Maßnahmen zur Stärkung der Teilhabe und Unterstützung von Spätaussiedlern in Berlin. Ein besonderes Anliegen sei ihm die Schaffung von Begegnungsorten für den Personenkreis.

Thematisiert wurde auch die jüngste Änderung der Zuständigkeit auf Bundesebene: Die Kulturförderung nach Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes




In Berlin: Bernd Fabritius (rechts) trifft Walter Gauks Bild: BMI

(BVFG) wird künftig gebündelt im Bundesministerium des Innern verantwortet. Bei dieser Gelegenheit hob Gauks seine Bemühungen hervor, die Haushaltsmittel für die Kulturförderung nach Paragraph 96 BVFG im Land Berlin deutlich zu erhöhen. Darüber hinaus tauschten sie sich über die Herausforderungen im Bereich des Rentenrechts für

Spätaussiedler aus. Die Funktion der Ansprechperson für Deutsche aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene wurde per Beschluss des Berliner Senats im Dezember 2023 neu geschaffen. Als Ansprechperson vertritt Walter Gauks die Belange der von ihm repräsentierten Personengruppen.

Bundesministerium des Innern

ANZEIGEN



*Tag hat angefangen  
über Haff und Moor.  
Licht ist aufgegangen,  
steigt im Ost empor.  
Ostpreussenlied*

*In Liebe bleiben wir verbunden  
Du fehlst*

**Helmut August Christian Niederhaus**

\* 12. Juni 1934 in Rehfeld/Ostpr. † 23. Juni 2025

Wir **danken** allen, die sich in stiller Trauer mit uns verbunden fühlten und ihre Anteilnahme auf so vielfältige Weise zum Ausdruck brachten.

**Ingrid  
Edda und Anke  
sowie Familie**

Erfstätt, im August 2025

Vor 80 Jahren  
**Danke Papa!**



**Herbert Packhäuser**  
\* 04.09.1909 † März 1945

Mit dem Einsatz deiner Kameraden war es uns ermöglicht aus Königsberg Ende Januar 1945 über Pillau und Gotenhafen mit der Hansa dem Schrecken des Krieges zu entfliehen. Ein General wollte zuvor die ostpreußische Zivilbevölkerung im Stich lassen. Er wurde abgelöst und ein hehrer General verteidigte den Kessel von Heiligenbeil, damit der ostpreußischen Bevölkerung ihre Flucht gen Westen ermöglicht wurde. Wir haben es geschafft, weil du und viele deiner Kameraden uns dies ermöglicht haben, aber ihr habt dafür euer Leben gegeben.

In unendlicher Dankbarkeit  
**Deine Söhne Bernd und Karsten**

**Der richtige Weg,  
anderen vom Tode eines  
lieben Menschen  
Kenntnis zu geben, ist  
eine Traueranzeige.**

**Preussische Allgemeine**

Buchtstraße 4  
22087 Hamburg  
Telefon 0 40 / 41 40 08 32  
Fax 0 40 / 41 40 08 50  
www.paz.de

*Mögen Engel Dich begleiten...*

Nach Gottes gnädigem Willen verschied nach einem erfüllten Leben unerwartet unsere liebe

**Waltraud Junker**  
geb. Lenzian

\* 31. Dezember 1928 † 15. August 2025

In großer Liebe lebst Du immer in unseren Herzen:  
Deine Tochter **Brigitte**  
im Namen aller Verwandten und Freunde

Die Beerdigung hat bereits am 21. August 2025 im Friedhof Binabiburg (Bayern) stattgefunden.

HANS LOHMEYER

# Königsberger Bürgermeister in Weimarer Zeiten

Dem von 1919 bis 1933 amtierenden Oberbürgermeister sind viele nachhaltige Projekte und Einrichtungen zu verdanken

VON WOLFGANG KAUFMANN

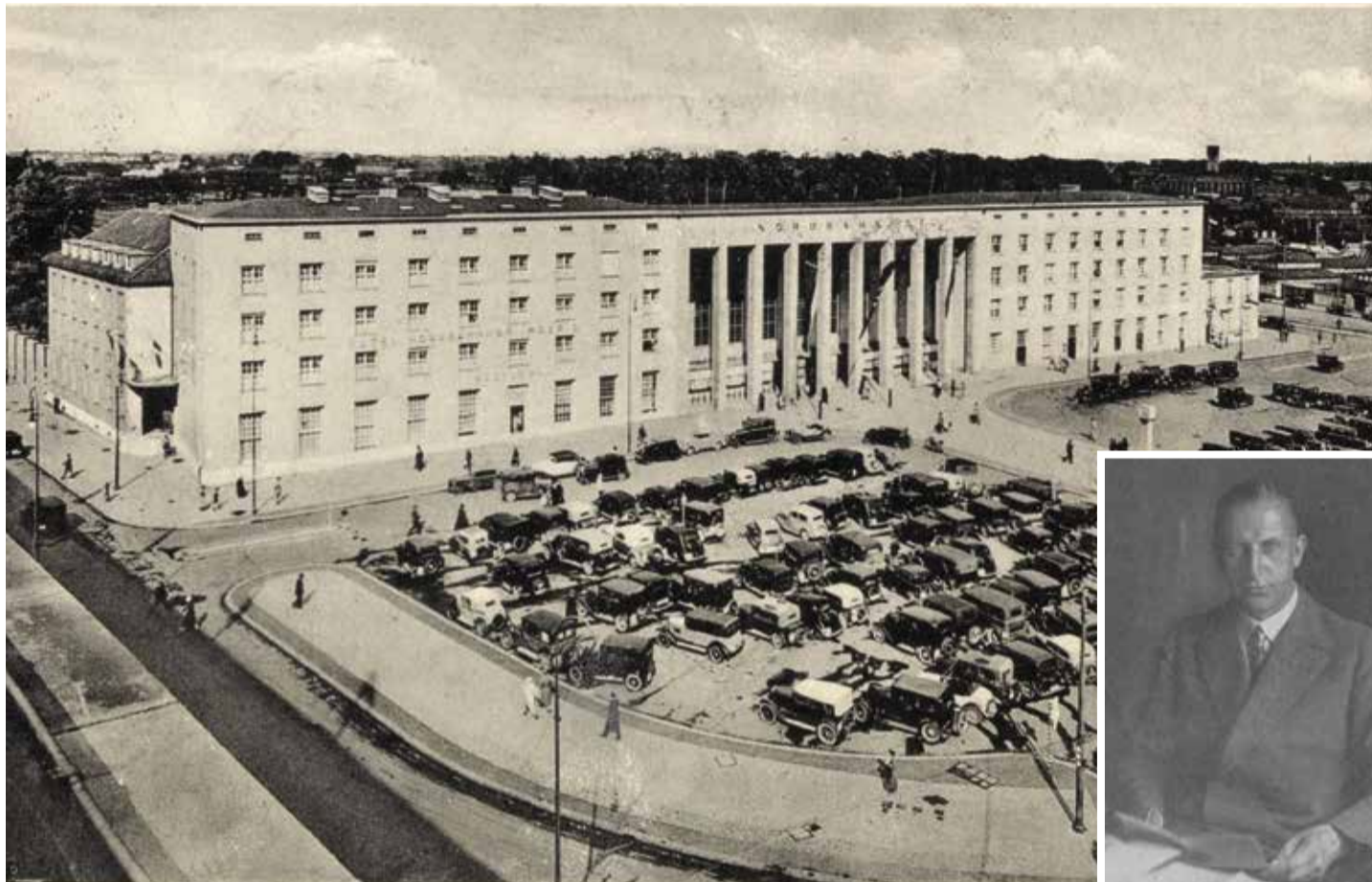
Nach der Abtrennung Ostpreußens vom übrigen Deutschen Reich infolge des Versailler Diktats drohten insbesondere der Hauptstadt Königsberg dunkle Zeiten. Wäre da nicht der letzte demokratisch gewählte Oberbürgermeister gewesen: Hans Lohmeyer. Ihm ist es hauptsächlich zu verdanken, dass die östlichste deutsche Metropole stattdessen einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte.

Dabei hatte der Sohn eines Dachdeckermeisters anfänglich gar keinen Bezug zu Königsberg. Er wurde am 23. Juni 1881 in Thorn geboren und studierte später in Freiburg, Leipzig, Berlin und Breslau Rechts- und Staatswissenschaften. Dem folgten Tätigkeiten als Rechtsreferendar und Anwalt in Briesen, Thorn und Berlin. Doch Lohmeyers wahre Berufung war vielmehr die Kommunalpolitik. Deshalb ergriff er 1914 die Chance, als Stadtrat und Stadtsyndikus von Schöneberg bei Berlin zu wirken. Dort trat Lohmeyer im November 1918 auch der neu gegründeten, eher linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei.

## Förderer guter Ideen

Anfang 1919 bewarb sich der ausgebildete Verwaltungsjurist dann auf die freie Stelle des Oberbürgermeisters von Königsberg und wurde daraufhin am 28. Juli 1919 mit knapp 95 Prozent Ja-Stimmen von den Stadtverordneten gewählt. Bereits bei seiner ersten Rundfahrt durch die Stadt traf Lohmeyer eine richtungsweisende Entscheidung, indem er den gerade angelauten Abriss des Königstores stoppte und damit den Anstoß für die Rekonstruktion beziehungsweise Begründung der historischen Wallanlagen gab.

In der Folgezeit entstanden unter seiner Ägide der Nordbahnhof, der neue Hauptbahnhof, der deutschlandweit einmalige zivile Verkehrsflughafen Devau,



Der von Oberbürgermeister Lohmeyer geplante und umgesetzte Nordbahnhof war ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt von Königsberg, der vor allem wegen der Abtrennung vom Reich bedeutsam war

Bild: akg-images/arkiv; Wikimedia

das Areal der Ostmesse und der großzügige Industrie- und Handelshafen am Unterlauf des Pregel. Außerdem hatte Lohmeyer einen wesentlichen Anteil am Aufschwung des Ostmarkenrundfunks und der kombinierten Personen- und Frachtschiffsverbindung Seediens Ostpreußen zwischen Swinemünde und Pillau. Des Weiteren gingen die Gründung der Stadtbank, der Wirtschaftshochschule und der Mädchengewerbeschule sowie des Opernchors auf seine Initiativen zurück.

Besonders talentiert zeigte sich Lohmeyer beim Umgang mit den ihm anvertrauten Steuergeldern. Er betrieb eine sparsam-effektive Finanzpolitik und wandelte die bürokratisch geführten städti-

schon Betriebe in kaufmännisch agierende GmbHs um. Diese Methode machte sogar reichsweit als das „Königsberger System“ Schule. Ansonsten war der Jurist auch ein erklärter Gegner staatlicher oder parteipolitischer Eingriffe in kommunale Angelegenheiten, weswegen er 1925 der Neutralität halber wieder aus der DDP austrat. Sein diesbezügliches Credo erläuterte Lohmeyer nicht zuletzt in dem Buch „Zentralismus oder Selbstverwaltung“, das 1928 erschien.

## Als Bürgermeister beehrt

Nachdem sich der Königsberger Oberbürgermeister weit über die Grenzen Ostpreußens hinaus einen Namen gemacht

hatte, erhielt er wiederholt Angebote zum Wechsel an die Spitze anderer Großstädte wie Leipzig oder Frankfurt am Main. Ebenso warf die Politik ein Auge auf Lohmeyer, der von 1921 bis 1932 zugleich dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat angehörte und Ostpreußen im Reichsrat, also der Länderkammer der Weimarer Republik, vertrat. Das Königsberger Stadtoberhaupt hätte es wohl problemlos bis zum Staatssekretär im Reichsinnenministerium oder Reichsminister der Finanzen bringen können. Allerdings schlug Lohmeyer entsprechende Avancen aus, um weiterhin in „seiner“ Stadt zu wirken.

Dennoch aber wurde er schließlich am 9. März 1933 auf Betreiben der National-

sozialisten vom Amt suspendiert. Als Vorwand hierfür diente unter anderem ein vom NSDAP-Gauleiter Erich Koch angestregtes Strafverfahren wegen angeblicher Untreue, welches nach drei Jahren ergebnislos endete.

Zuvor war Lohmeyer allerdings schon am 1. Oktober 1933 auf eigenen Wunsch in Pension gegangen und in das sogenannte Ostpreußische Viertel in Berlin-Westend gezogen. Dort beschäftigte er sich in seinem Haus in der Stallupöner Allee mit zeitgeschichtlichen und kommunalpolitischen Themen. Das in diesem Zusammenhang entstandene Buch „Die Politik des Zweiten Reiches 1870–1918“ brachte ihm 1939 ein Publikationsverbot ein.

## Erst Politik dann Kirche

Weitere Schwierigkeiten gab es nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Weil Lohmeyer noch im Kontakt zu seinem ehemaligen Zweiten Bürgermeister Carl Goerdeler stand, welcher nun zu den führenden zivilen Köpfen der Widerstandsbewegung im Dritten Reich zählte, wurde er von der Gestapo verhört. Diese hörte auch Lohmeyers Telefon ab und öffnete seine Post, fand aber nichts Verwertbares.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges engagierte sich das frühere Königsberger Stadtoberhaupt vor allem im kirchlichen Bereich. So gehörte Lohmeyer den Synoden der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg sowie der Kirche der Altpreußischen Union an. Ansonsten war er 1951 Mitbegründer und bis 1963 auch Vorsitzender des Vereins für Kommunalwissenschaften. Trotzdem fand der Bundesverdienstkreuzträger noch Zeit, zwei Bücher mit den Titeln „Rückblick auf meine Amtszeit“ und „Meine Königsberger Jahre“ zu schreiben.

Der 13. Oberbürgermeister von Königsberg nach Inkrafttreten der Preußischen Städteordnung des Freiherrn vom Stein starb am 28. Februar 1968 in Berlin. Sein Grab ist nicht mehr erhalten.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Der Nebel deutscher Geschichte lichtet sich

Die Woiwodschaft Westpommern widmet sich der Malerei, Gotik und einem Unternehmer

In Stettin [Szczecin] und seinem Hinterland stehen derzeit gleich mehrere Veranstaltungen im Zeichen von Geschichte und deutschem kulturellen Erbe. Das Stettiner Schloss – einst Residenz der Herzöge von Pommern – ist heute ein Kulturzentrum, natürlich als einstiges Herz der Region auch eines der größten der Woiwodschaft Westpommern. In dem durch Krieg zerstörten und in der Volksrepublik wiederaufgebauten Herzogsschloss wird ein halbes Jahr lang die deutsche Zeit Stettins wieder wach.

Bis Februar 2026 wird dort das Lebenswerk des 1865 in Stettin geborenen Malers Eugen Dekkert aus Anlass seines 160. Geburtstages präsentiert. Es ist erst die zweite monografische Ausstellung von Dekkerts Werken, sagt Kuratorin Katarzyna Lisiecka. „Die erste wurde vor dem Krieg im damaligen Stadtmuseum präsentiert. Gezeigt wurden 60 Bilder. Wir zeigen 70 seiner Werke“, sagte sie überbittend im Radio Stettin. Dekkert gilt als der prägendste „Portraitist“ seiner Heimatstadt – insbesondere durch seine Hafensichten und Uferansichten, die die wesentlichen Motive der Ausstellung bilden. Einen besonderen Platz in der Präsentation nimmt auch seine Schottland-Periode ein.

Der Kaufmannssohn Dekkert (1865–1956) machte erst eine kaufmännische Ausbildung, bevor er sich in den 1890er-Jahren für die Kunst entschied und an der Akademie der Bildenden Künste in München bei Theodor Hummel studierte. Um 1899 zog er nach Großbritannien, lebte bis 1903 in Glasgow, dann an der Ostküste Schottlands. Dort entstanden viele Marina- und Hafensichten. Seine schottischen Jahre machten ihn als Maler von Häfen, Küsten und Fischerorten bekannt. Lisiecka entdeckt aber auch in den schottischen Motiven Dekkerts Heimatstadt. „Zu Stettin hatte er stets eine emotionale Bindung. Man schätzt an seiner Kunst, dass er die Hafensichten mit außergewöhnlicher Detailtreue einfangen konnte, wie er den Nebel auftrug und den Himmel über dem Hafen malte. Das entsprang seiner Liebe zu Stettin, dem Ort, in dem er geboren wurde. Er hatte hier sein Atelier an der Hakenterasse. Stettins Landschaft inspirierte ihn fast täglich, auch in seiner England- und Schottlandphase.“

Die Schau im Stettiner Schloss zeigt neben detailreichen Hafensichten Dekkerts Heimatstadt und seinen impressionistischen Schottlandbildern auch alpenländische Landschaften.



Wintertag auf Lastadie (Łasztownia) von Eugen Dekkert – Die Bildbeschreibung der Schau ist auch in deutscher Sprache

Bild: zamek.szczecin.pl

Neben der Eugen-Dekkert-Ausstellung läuft in Hinterpommern aktuell auch das Sommerfestival „Auf den Spuren der Gotik“ (Na Gotyckim Szlaku). Diese begannen in Groß Sabow [Żabowo]. Im 90 Kilometer von Stettin entfernten Ort entdeckte Michał Dębowski, Stadtkonservator in Stettin, ein Werk des Barockmalers Petr Brandl (1668–1735). Er gilt als einer

der bedeutendsten Vertreter der böhmischen Barockmalerei und gehörte zum Kreis der Prager Malerschule. Hauptauftraggeber waren der Adel und die Kirche. Charakteristisch für seine Werke sind die bewegte Gestik und lebhaft Mimik sowie ein intensives Spiel mit Licht, das an die italienische und niederländische Malerei des 17. Jahrhunderts erinnert. Das Brandl-

Werk in der Dorfkirche Groß Sabow zeigt die Taufe Christi durch Johannes den Täufer. Es wurde wohl nach 1945 aus dem Gutshaus in die Kirche gebracht. Im Rahmen des Festivals werden Barockkonzerte gegeben, unter anderem am 6. September in Mantel [Mętno] und Zehden [Cedynia]. Beide Orte liegen im heutigen Landkreis Greifenhagen [powiat gryfiński]. Bis 1945 war dieser Landstrich ostbrandenburgisch, gehört heute jedoch zur Woiwodschaft Westpommern. Am 13. September wird in Stettin und im Stettiner Stadtteil Altdamm (Dabie) sakrale Musik gespielt. Alle Konzerte werden durch Vorträge begleitet, die den Fokus auf Architektur und Kunstdenkmäler setzen. Dabei wird insbesondere die Architektur der Backsteingotik erläutert, und es werden Museumsbesuche und Ausstellungen durchgeführt.

Eine weitere Reise in die Geschichte bietet die Reihe „Pomeranika“ ebenfalls in Stettin. Im Rahmen dieser widmet sich Helena Kwiatkowska der Unternehmerfamilie Stoewer. Unter dem Titel „Das Stoewer-Imperium. Von der Waschmaschine bis zur Limousine“ zeichnet sie die Entwicklung des Stettiner Unternehmens nach, das den Greif im Markenzeichen führte. *Chris W. Wagner*

## HISTORISCH

## Rosen blühen auf der Redoute

Die Swinemünder Festung „Engelsburg“ ist heute ein vielseitiger Veranstaltungsort

VON ERWIN ROSENTHAL

Zu Beginn des ersten Deutsch-Dänischen Krieges (1848–1851), zur Zeit der Herrschaft des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm IV., hatte die dänische Fregatte „Haffrowen“ den Swinemünder Hafen blockiert. Die bedauernswert kleine preussische Flotte mit den Schiffen „Amazone“ und „Adler“ wagte den Angriff jedoch nicht. Sie hatte sich stets vorsorglich zur Flucht gerüstet. Infolge der Blockade waren Handel und Wandel in der Stadt völlig stillgelegt worden, was die Mehrzahl der Bewohner der Stadt empfindlich traf. Zwar war bereits im Jahr 1825 die Seebadeanstalt gegründet worden, die meisten Einwohner lebten aber immer noch vom Hafen und der Seefahrt. Bei ihnen war nun Schmalhans Küchenmeister.

Um ähnliche Szenarien künftig zu vermeiden, wurden an der Swinemündung vier Festungen gebaut. Befürworter und Förderer des Festungsbaus war Friedrich Heinrich Albrecht Prinz von Preußen, der jüngste Bruder König Friedrich Wilhelms IV., gewesen. Heute sind drei dieser historischen Redouten, zu deren Bau seinerzeit die gesamte örtliche Bevölkerung und die Armee verpflichtet wurden, für Besucher zugänglich. Die Engelsburg („Fort Aniola“), früher „Werk 3“, liegt am linken Swineufer, am Rande des von Peter Joseph Lenné gestalteten Kurparks. Sie trägt diesen Namen, weil sie dem Mausoleum des römischen Kaisers Hadrian nachempfunden wurde.

Angelegt ist die Engelsburg, die früher von einem Wall und einem Wassergraben umgeben war, nach dem Schema einer Redoute. Das monumentale dreistöckige Bauwerk – erbaut von 1855 bis 1858 – besitzt auf drei Etagen 24 Schießscharten für Kanonen. Das Erdgeschoss gehörte der Infanterie, die oberen Stockwerke der leichten Feldartillerie. Im Obergeschoss, in dem sich auch die Wohnung des Festungskommandanten befand, war ein Beobachtungs- und Befehlsstand für die vier



Die Festung Engelsburg: Trutzig anzusehen, doch es wurde hier nie ein Schuss abgefeuert. Dafür blühen jetzt vor den Schießscharten wunderschöne Rosen

Bilder (2): Rosenthal

Festungen der Hafenstadt eingerichtet worden. Während des Zweiten Weltkriegs verfügte das Fort über modernste Radaranlagen. Im Mai 1945 wurde seine Besatzung mit einem Kriegsschiff in Richtung Westen evakuiert.

Die 8. US-Flotte hatte bei ihrem Bombardement vor 80 Jahren die Festungen ebenso verschont wie die kaiserlichen Kasernen und die Kriegsschiffe im Hafen und auf der Reede, darunter der Kreuzer „Lützow“. Von 1945 bis 1992 nutzte die Sowjetarmee die Festung für ihre Radaranlagen, ebenso Teile des Kriegshafens und die Kasernen am Westrand der Stadt.

Heute werden die Innenräume der Engelsburg mit ihren Kreuzgewölben für Ausstellungen und Konzerte, sowie für gemütliche Gastlichkeit genutzt. Und vor den Schießscharten blühen – sehr symbolträchtig – wunderschöne Rosen.

Wer jedoch denkt, eine ehemalige Festung sei angesichts möglicher Kriegsgräuelt für Konzerte, Grillabende und gemütliche Gastlichkeit nicht der rechte Ort, dem sei versichert, dass von keiner der vier Festungen im Ernstfall je ein Schuss abgefeuert worden ist. Man kann dort also beruhigt sein Grillsteak essen und sein Bier oder seinen Rotwein trinken.

Auf der Aussichtsplattform der Engelsburg gibt es eine Hinweistafel. Dort ist zu lesen: „Aus humanitären Gründen wurden die nicht mehr gebrauchten Bomben auf den Kurpark abgeworfen, der sich in der Nähe des Forts befindet.“

Der Artillerist Wilfried Sander, der das Bombardement in seinem Einmann-Deckungsloch im Kurpark überlebt hatte, schreibt hingegen, dass die Flugzeuge über dem Kurpark Bomben mit Berührungszündern, sogenannte Baumkrepierer, abgeworfen hatten, sodass es für die Menschen, die sich hierher geflüchtet hatten, kein Entrinnen gab.

## PRACHTSTÜCK

## Das Schloss am Haff

In Stolpe auf Usedom entstand aus dem Besitz der Familie von Schwerin ein Kulturzentrum

Das Schloss Stolpe, ganz präsent im Dorf Stolpe am Stettiner Haff auf Usedom gelegen, war seit dem 13. Jahrhundert – mit einer Unterbrechung von 140 Jahren – als Gut Stolpe im Besitz der Familie von Schwerin. Im Laufe seiner Geschichte erhielt es durch Um- und Anbauten immer mehr einen schlossähnlichen Charakter. Das geschah maßgeblich durch die Um- und Anbauten, die Friedrich Graf von Schwerin (1869–1924) bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts vornehmen ließ.

Den Zweiten Weltkrieg hat das Gebäude zwar unbeschadet überstanden, aber es wurde bei der Einnahme der Roten Armee geplündert. Freda Gräfin von Schwerin, die letzte adlige Besitzerin und Friedrichs Witwe, musste Stolpe nach der Bodenreform 1945 verlassen.

Nun begann in der Zeit der DDR der Niedergang des Komplexes. 1949 wurde der Mittelteil abgerissen und als Baumaterial für andere Gebäude benutzt. Später wurden die Türme so weit abgetragen, um damit den Schlosscharakter des Gebäudes, der dem neuen System nicht genehm war, zu nehmen. Als Unterstand für landwirtschaftliche Maschinen, später als

Gaststätte und Ferienlager genutzt, setzte durch Feuchtigkeitsschäden der Verfall ein. 1990 stand das Haus leer, auf dem Dach wuchsen bereits kleine Bäume.

Für die Stolper stand fest: Wir wollen das Schloss zurück. 1995 hatte die Gemeinde das Herrenhaus für eine symbolische D-Mark erworben und es seither

denkmalgerecht saniert. Das wäre ohne den Förderverein, der sich 2001 gegründet hatte, nicht möglich gewesen. Durch Fördermittel, Spenden und umfangreiche Eigenleistungen öffnete 2014 das Haus erstmals wieder. Seitdem gibt es organisierte Führungen, ein Museum und Bücherstuben, ein Café und die Touristeninfo. Geschätzt wird die Schlosskulisse auch als Trauungsort oder für Konzerte: Orchester und Musikfestspiele gastieren dort, Theatervorführungen und Lesungen laufen im Festsaal.

Mit einem Dorffest am 22. und 23. August wurde der Abschluss der Schlosssaniierung gefeiert. Nach 30 Jahren sind nun auch Inneneinrichtung und Außenanlagen fertig gestaltet, detailreich und originalgetreu – inklusive eines Anbaus, der Unterkünfte beherbergt und den barrierefreien Zugang erlaubt. Insgesamt flossen fünf Millionen Euro in das Projekt. Nun aber sei aus dem ehemaligen Herrenhaus ein Kulturzentrum im Usedomer Achterland entstanden: „Unser Herzstück“, sagt stolz Bürgermeister Falko Beitz. *Brigitte Stramm*



Das Schloss Stolpe: Der Geist der letzten Schlossherrin Freda Gräfin von Schwerin ist auch heute noch zu spüren, ihr Bildnis ist im Grünen Salon zu sehen

www.schloss-stolpe.de

## MELDUNGEN

## Eisenbahn, Klinikum und Wasserturm

**Stettin** – Brandenburgs Verkehrsminister Detlef Tabbert (BSW) kritisierte die Deutsche Bahn wegen des Ausbaus der Strecke Berlin–Stettin. Die ursprünglich 2025 fertigzustellende zweigleisige Verbindung soll nun erst Ende 2027 vollständig in Betrieb gehen. Ursache: Personalmangel. *TS*

**Schaprode** – Naturereignisse besonderer Art: Am Sonnabend, dem 23. August, waren Wasserhosen in Schaprode und Stolpmünde zu sehen. Die auch als Tornado bezeichneten kleinräumigen Luftwirbel erstreckten sich von der Wasserfläche der Ostsee bis zur Wolkenuntergrenze. *TS*

**Swinemünde** – Einkaufstouren nach Swinemünde und Stettin sind weiter beliebt. Es locken günstige Zigaretten und billiges Tanken. Zigarettenstangen liegen zwischen 44 und 55 Euro. Und: Im ersten Halbjahr kostete Diesel durchschnittlich 1,48 Euro und Super-Benzin etwa 1,44 Euro. *TS*

**Pasewalk** – Zur 33. Pommerschen Leistungsschau wird vom 29. bis 31. August nach Pasewalk eingeladen. Neben der Messe wird auch wieder das Stadtfest stattfinden. Zur Umrahmung haben sich Schlagerstar Nick P. und Pommerns Spaßvogel Leif Tenneemann (NDR) angesagt. *TS*

**Dievenow** – Der Versuch eines Sportlers die Ostsee zwischen Schweden und Pommern zu durchschwimmen, endete auch letzte Woche erfolglos. Nach 60 Stunden im Wasser verlor der Schwimmer elf Kilometer vor der pommerschen Küste die Orientierung. Keiner schaffte bisher die Strecke. *TS*

**Greifswald** – Die Unimedizin Greifswald kauft das auf Herz- und Diabeteserkrankungen spezialisierte Klinikum Karlsburg mit über 500 Beschäftigten. Das Klinikum soll 2026 ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Unimedizin werden und 2027 mit dieser fusionieren. *TS*

**Stolpmünde** – Der 1878 errichtete achteckige Wasserturm auf einem 58 Quadratmeter großen Teilgelände des Bahnhofs von Stolpmünde soll verkauft werden. Nach der Ausschreibung 2024 wird der Kaufvertrag über den Turm im September 2025 unterzeichnet. Er ist 200 Meter vom Zentrum entfernt. *TS*

**Ahlbeck** – Die 1759 errichtete Fachwerkkirche wurde am 24. August nach umfangreichen Sanierungsmaßnahmen, unter anderem am Dach, durch Bischof Tilman Jeremias mit einem Gottesdienst wieder eingeweiht. Sie gilt als eine der schönsten Fachwerkkirchen Norddeutschlands. *TS*

**Greifswald** – Im Pommersches Landesmuseum gibt es Verzögerung beim Bau der „Galerie der Romantik“. Durch Lieferverzögerungen der Klimaanlage für die Galerie haben sich Terminketten verschoben, daher kann der ursprüngliche Zeitplan nicht eingehalten werden. Es wird daran gearbeitet, den Zeitverzug so gering wie möglich zu halten. Für die Präsentation der kostbaren Gemälde Caspar David Friedrichs und seiner Zeitgenossen ist ein stabiles und optimales Raumklima unverzichtbar. Die konservatorisch einwandfreie Bewahrung hat höchste Priorität. *BS*

# „Ein Zeichen lebendiger Demokratie“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Für die zahlreichen aufklärenden und für die heutige Zeit mutigen Artikel zur politischen Lage in Deutschland ein großes Danke!“

**Gisela Löffelmacher, Flensburg**  
zum Titelthema:  
Der rot-grüne Triumph (Nr. 33)



Ausgabe Nr. 34

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## UMSTIEG AUF DIE GRÜNE TOUR ZU: AUFGESCHNAPPT (NR. 33)

Eines der wesentlichen Merkmale des grün-linken Denkens ist die Doppelmoral: Es gibt eine enorme Anzahl von Beispielen, die für diese Form der Massenverblödung stehen.

Ich kann mich entsinnen, dass Grünen-Politiker Jürgen Trittin als einstmaliger Umweltminister zu einem seiner Auftritte auf dem Fahrrad erschien. Auf das war er zuvor – wie die NRW-Kultusministerin Sylvia Löhrmann, d. Red. – von einem Dienstwagen auf einem Parkplatz umgestiegen. Und wenn man sich an die Töchterchen und Söhnchen des „Fridays for Future“-Wahnsinns erinnert: Die wurden auch zu den steuerfinanzierten Demos mit den Wagen ihrer Eltern hinbefördert und hinterließen anschließend ein Schlachtfeld. Die frühere Außenministerin Baerbock brachte übrigens ihre frauendominierte „feministische Außenpolitik“ auch nicht per Fahrrad in die Welt.

Aber egal: Was Links-Grüne machen – das ist eben immer richtig! In der DDR hieß das: „Die Partei, die Partei, die hat immer recht.“ *Manfred Kristen, Freital*

## BERLINER SUMPFLANDSCHAFT ZU: SCHARFE KRITIK AN BERLINS EXTRATOUREN (NR. 32)

Die Extratouren Berlins betreffen nicht nur das Thema Kirchenasyl. Dieses ist ein generelles Übel und gehört abgeschafft. Von Befürwortern wird darauf aufmerksam gemacht, dass damit auch viel Gutes verbunden ist. Es sind aber Aufgaben, die eigentlich Bund und Länder zu erledigen hätten. Da ist sicherlich etwas dran, aber die Kirchen erhalten auch zirka sechs Milliarden Kirchensteuern und zusätzlich 600 Millionen Staatsleistungen.

Asylgewährung ist keine Aufgabe der Kirchen. Im Übrigen werden diese Gelder ja nicht nur für deutsche Bürger ausgegeben, sondern in großem Stil auch ins Ausland gegeben. Die Kirchen sehen offenbar nicht, dass sich die Armut in Deutschland

rasant ausbreitet. Ihr müssen die Grenzen aufgezeigt werden. Mit der Erledigung ihrer eigentlichen Aufgaben haben die Kirchen genügend zu tun.

Berlins viele Extratouren sind wie eine Sumpflandschaft. Es gab Zeiten, da wurden Sümpfe trockengelegt, um die Verbreitung von Krankheiten zu verhindern. Berlin muss endlich lernen, dass es Teil eines Ganzen ist und nicht nur ausgeben kann, auch wenn es die Hauptstadt ist.

*Heinz-Peter Kröske, Hameln*

## ALLIIERTE KRIEGSVERBRECHER ZU: DOPPELTER ZIVILISATIONS- BRUCH (NR. 31)

Wann und ob ein Zivilisationsbruch vorliegt, hängt von der Stellung der Beurteilenden ab. Die Sieger des Zweiten Weltkriegs haben hier wohl sehr eigene Vorstellungen entwickelt. Die Väter der Haager Landkriegsordnung (HLKO) hatten 1907 „betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs“ wesentlich andere Vorstellungen davon, wie ein humanitäres Völkerrecht auszusehen hat. Auch in den Genfer Konventionen ist dargelegt, was unter humanitärem Völkerrecht verstanden wird. Einigkeit bestand darin, dass es während eines Krieges keine rechtsfreien Räume geben dürfe, die Wahl der Mittel Beschränkungen unterlägen und Zivilpersonen und zivile Einrichtungen (Städte, Dörfer, Wohnungen oder Gebäude) möglichst zu verschonen seien.

Fußend auf diesen Grundsätzen hätte eigentlich 1946 auch der Internationale Militärgerichtshof von Nürnberg über die Kriegssieger urteilen müssen. Die Alliierten hatten mit ihrer Form der Kriegführung gegen alle drei vorgenannten Grundsätze und gegen die zuvor von allen Unterzeichnerstaaten formulierten Prinzipien des Völkergewohnheitsrechts verstoßen. Darüber hinaus wurde erst mit der Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation gegen jedwede Möglichkeit einer gesichtswahrenden Friedensverhandlung im Vorwege die brutale und totale Form der Kriegführung eingeleitet.

Kriege führten Staaten bis zum Zweiten Weltkrieg durch den Einsatz von Soldaten, die auf dem Schlachtfeld, auf dem Wasser oder in der Luft gegeneinander antraten. Es gab soldatische Tugenden wie die Tapferkeit, die auf beiden Seiten anerkannt waren. Es ist heute unbestritten, dass auf britischer Seite mit den Luftangriffen auf die Zivilbevölkerung eine Kriegführung Einzug hielt, die nicht nur nicht dem Völkergewohnheitsrecht, sondern auch keinen soldatischen Tugenden standhielt, mithin nur einer politischen Entscheidung entsprungen sein konnte.

Hier steht Winston Churchill als Urheber des Bombenkriegs im Rampenlicht der Geschichte. Seine Skrupellosigkeit wird dann später nur noch vom US-Präsidenten Truman übertroffen, der den Abwurf der Atombombe erlaubte. Deutlich wird dabei, in welcher kurzen Zeit gegen festgelegte Regeln verstoßen wurde und wie schnell die Sitten verrohten. Der Tod von Zivilisten wurde schnöde als Kollateralschaden bezeichnet und Stadt- und Landesteile wurden gnadenlos dem Erdboden gleichgemacht – ähnlich wie jetzt im Gazastreifen.

Angesichts des Rechts des Siegers, mit seinen Daten und Fakten die Geschichtsschreibung zu interpretieren, ist es heute spekulativ, wer in diesen Kriegszeiten der größere und schlimmere Verursacher menschlichen Leides gewesen sein könnte. Interessant wäre es allerdings, wer sich von all diesen Politikern – Hitler, Stalin, Churchill oder Truman und andere – heute bei Offenlegung aller Archive vor einem Gericht wie dem Europäischen Gerichtshof in Den Haag wiederfinden würde.

*Rudolf Neumann, Torsås/Schweden*

## DIE TEUERSTE ENERGIE ZU: WIE UNSERE NACHBARN DAS THEMA ENERGIE BEHANDELN (NR. 30)

Die Euphorie zur friedlichen Energiegewinnung durch Spaltung von Atomkernen – von den heute über hundert bekannten chemischen Elementen kennt man mehr

als 2700 Atomkernvarianten (etwa 300 stabile, etwa 2700 instabile Isotope) – war in den 1960er Jahren beinahe grenzenlos, wurde damit doch die Lösung sämtlicher Energieprobleme verbunden. Warnende Stimmen gab es, doch die hatten keine Chance, Gehör zu finden.

Im Laufe der Zeit, insbesondere nach diversen nuklearen Katastrophen, kam es in Deutschland zu einem „Dafür“ und „Dagegen“ – dann zum „Ausstieg“, sodann zum „Ausstieg aus dem Ausstieg“, im Jahr 2023 zum endgültigen Ausstieg – alles ein Zeichen lebendiger Demokratie.

Auch die Proteste Hunderttausender im Zusammenhang mit der Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf sind hier zu nennen, da diese in Ländern mit autokratischer Staatsmacht unmöglich gewesen wären.

Dass die gesamte Materie äußerst komplex ist und zur objektiven Beurteilung ein bestimmtes Maß an technisch-physikalischem Wissen gehört, wird niemand bestreiten können.

Somit ist bei nüchterner, objektiver Betrachtung zu konstatieren, dass der endgültige Ausstieg aus mehrfachen Gründen richtig war. Und dies sollten besonders Politiker mit ihren leichtfertigen, unbedachten Äußerungen berücksichtigen, wenn sie die Kernspaltung wieder propagieren.

Weiter: Über 99 Prozent des Natururans bestehen aus Uran-238, das sehr schwierig zu spalten, deshalb ungeeignet ist. Das für die Kernspaltung nötige, leicht spaltbare Uran-235 hat aber nur einen Anteil von etwa 0,7 Prozent in natürlichem Uranvorkommen auf der Erde und wird in etwa 30 bis 40 Jahren ausgebeutet sein.

Auch die so rasch dahingesagte Lösung der Energieprobleme durch Kernfusion lässt unberücksichtigt, dass seit mehr als sechzig Jahren intensiv daran geforscht wird, leider ohne den notwendigen Erfolg. Zudem wird ausgeblendet, dass bei Einrechnung aller Kosten einschließlich der kostenintensiven Endlagerung des Atomabfalls der Atomstrom am teuersten ist.

*Josef F. Draxinger, Vohburg a. d. Donau*

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



**Abonnieren Sie die PAZ**  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro  
Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## KÄRNTEN

## Die Kunst des Staunens

In der Künstlerstadt Gmünd verknüpft sich Kultur mit Technik – Ferdinand Porsche kreierte hier seine Karossen

VON HARALD TEWS

**K**unstkenner aus der ganzen Welt schauen in diesen Tagen auf die Landkarte. Wo liegt denn bloß Gmünd in Kärnten? Ach, hier: knapp 90 Kilometer westlich von Klagenfurt oberhalb des Millstätter Sees am Zusammenfluss der Bergbäche Lieser und Malta (zum österreichischen Maltatal siehe PAZ vom 1. August). Mindestens bis zum 5. Oktober lockt dieser 2500-Einwohner-Ort ein internationales Publikum an. Denn so lange läuft im dortigen Kunsthaus im Stadtzentrum eine Ausstellung über den weltbekannten britischen Künstler David Hockney.

Der mittlerweile 88-Jährige zählt zu den teuersten lebenden Künstlern der Welt. Eines seiner Ölbilder aus der bekannten Swimmingpool-Serie erzielte 2018 auf einer Auktion rund 80 Millionen Euro. Die Gmünder Ausstellung konzentriert sich auf Hockneys graphisches Werk, darunter ein offizielles Werbeposter der olympischen Spiele von München 1972 mit einem in ein Wasserbecken springenden Schwimmsportler.

Dass man einen internationalen Kunststar in diese touristisch geprägte Region geholt hat, ist keinem Zufall zu verdanken. Gmünd selbst nennt sich Künstlerstadt. Hier trifft man auf eine Reihe von Ateliers, Galerien, Goldschmieden und seit Mai auch auf das Kunstmuseum. Dafür hat man ein leer stehendes spätgotisches Haus am Hauptplatz in ein Museum umgewandelt. Um die Auflagen des Denkmalschutzes zu erfüllen und das 700 Jahre alte Gebäude den Erfordernissen der Barrierefreiheit sowie den brandschutztechnischen und anderen Bestimmungen anzupassen, waren aufwendige Arbeiten vonnöten. Möglich wurde das nur, indem man den früheren Chef des im benachbarten Spittal an der Drau gegründeten Straßenbauunternehmens Strabag als Sponsor mit ins Boot holte.

Museumsleiterin Erika Schuster hat das neue Kunsthaus also gleich mit einer hochkarätigen Ausstellung einweihen können. Seit 25 Jahren leitet sie die Geschichte der Kulturinitiative Gmünd, die bis zuletzt größere Kunstveranstaltungen im Gmünder Stadtturm ausgetragen hatte, der bei solchen Ereignissen aber aus



Kunstgenuss an jeder Ecke: Der Hauptplatz der Künstlerstadt Gmünd vom Kunsthaus aus gesehen (oben); in einer Gmünder Gasse unweit des „Haus des Staunens“ scheinen Musikinstrumente vom Himmel zu fallen (oben rechts), und im Porsche Automuseum von Helmut Pfeifhofer gibt es Oldtimer zu bewundern (rechts unten) Bilder (3): Tews



allen Nähten platzte. Ihre langjährige Erfahrung half dabei, Hockney in die Künstlerstadt zu holen. „Wir hatten Kontakte zu einer Londoner Galerie, die es uns überhaupt erst ermöglichte, die Graphiken bei uns auszustellen“, erzählt sie.

In Gmünd, dieser kleinen und komplett von einer Stadtmauer umfassten Stadt, trifft man bei jeder Gelegenheit auf Kunst – und Design. Darunter sogar legendäres Autodesign. Der vor 150 Jahren in Böhmen geborene Ferdinand Porsche (siehe PAZ vom 22. August) hat gegen Ende des Zweiten Weltkriegs sein Konstruktionsbüro aus dem zerbombten Stuttgart in das vom Krieg verschonte Gmünd verlegt. Eine alte Holzfabrik diente dabei bis 1950 als Tarnung für die Entwicklung seiner neuesten Modelle.

Im Jahr 1982 hat dann der Gmünder Antiquitätenhändler und Porsche-Enthusiast Helmut Pfeifhofer das erste private Porsche-Automuseum Europas eröffnet. In den ehemaligen Hofstallungen der

Grafen von Lodron, die ab dem Barock im Neuen Schloss von Gmünd herrschten, sind nun 48 Porsche-Oldtimer ausgestellt. Die Sammlung umfasst unter anderem den Porsche 356 Typ 356 020 ALU, einen schwimmfähigen Porsche-Jagdswagen von 1956 sowie diverse Porsche Rallye- und Rennwagen. Ein weiterer Höhepunkt ist Österreichs erster und einziger Polizeiporsche 911. Das 95.000 Euro teure Gefährt war zwar schnell genug für Verfolgungsjagden, erwies sich letztlich aber als unpraktisch: Aus Platzmangel ließen sich in dem Sportwagen im hinteren Teil keine Verkehrssünder abführen.

## Eine Überdosis Arsen

In einem unter anderem mit Porsche-Carrera-Motorblöcken eingerahmten Vorführraum gibt ein 15-minütiger Film Einblicke in die private Welt des Ferdinand Porsche. Als am Ende des Krieges die US-Amerikaner Gmünd einnahmen, lockte man ihn nach Baden-Baden, wo er in fran-

zösische Gefangenschaft geriet, aus der er erst 1947 entlassen wurde.

Von einem anderen tragischen Gefangenschicksal weiß Stadtführerin Hildegard Löffler zu erzählen: „1770 hat man die Bäuerin Eva Faschaunerin dort oben in den Kerker geworfen und gefoltert“ – Löffler deutet auf ein Fenster in einem Gebäude vis à vis vom Neuen Schloss. Die Frau wurde beschuldigt, ihren Mann mit Arsen vergiftet zu haben. Das Element fand sich in Unmengen in den umliegenden Bergwerken und galt früher als beliebte und – bei schwacher Dosierung – ungefährliche Droge, um die kalten Winter zu überstehen. Doch ein paar Gramm zu viel im Essen wirkten als tödliche Überdosis. Unter der Folter gestand die Faschaunerin die später angezweifelte Tat, und die Geistlichen im damals zum Erzbistum Salzburg zählenden Gmünd konnten keine Gnade. 1773 war die angebliche Giftmörderin das letzte Hinrichtungsoffer nach einer Inquisition in Österreich.

Doch zurück zur Kunst. Die findet sich nach einem Gang durch mit Schmiedearbeiten verzierten Gassen im Pankratium, auch „Haus des Staunens“ genannt. Hier kann man in eine interaktive Erlebniswelt eintauchen, die Kunst und Naturwissenschaft miteinander kombiniert. Bei den geführten Touren können die Besucher bei über 50 Experimentierstationen selbst sinnliche Erfahrungen machen, indem sie Klänge an Orgelpfeifen erzeugen oder eine Reihe von unterschiedlich großen Pendeln gleichzeitig so zum Schwingen gebracht wird, dass sich immer wiederkehrende Muster ergeben. Woanders nennt man es immersive Kunst, wenn das Publikum Teil der Inszenierung ist. So kommt man sich auch in der gesamten Künstlerstadt Gmünd vor, in der man aus der Kunst des Staunens nicht herauskommt.

● [www.kuenstlerstadt-gmuend.at](http://www.kuenstlerstadt-gmuend.at);  
[www.auto-museum.at](http://www.auto-museum.at);  
[www.pankratium.at](http://www.pankratium.at)

## TIROL

## Tierischer Ausnahmezustand im Alpendorf

Der Almatrieb im Alpbachtal begeistert seit 40 Jahren – Im Dorf Reith i. A. herrscht bei Prügeltorte reinste Volksfeststimmung

Das Rindvieh hat es nicht eilig. Gemächlich wandert es von den Almwiesen ins Tiroler Tal. Den Autofahrern auf der einzigen Talstraße nach Reith im Alpbachtal bleibt nichts anderes übrig, als sich in Geduld zu üben. Ausweichstrecken gibt es nicht, und beim Almatrieb im September haben Kühe uneingeschränkt Vorrang.

In Reith selbst herrscht Volksfeststimmung. Tausende Besucher, die mit Bussen aus Benelux, Frankreich oder Deutschland angereist sind, warten am Straßenrand des kleinen Ortes auf das Hornvieh, das etappenweise mit kunstvoll besticktem Kopfschmuck und fröhlich klingenden Glocken an den beiden letzten Sonntagen im September nach einem kilometerlangen Marsch durch das Tiroler Dorf im Alpbachtal zieht. Der „Reither Bauernmarkt mit Almatrieb und Kirchtagstfest“ zählt zu den größten Almatrieben in Tirol. Und das seit über 40 Jahren.



Die Stars des Tages: Einmarsch der bunt geschmückten Kühe in Reith im Alpbachtal

Kurz nach zehn ertönen die ersten Klänge im Dorf. Lokale Musikkapellen marschieren auf. Ebenso sorgen die Platzkonzerte beim Pavillon und beim Kirchplatz für festliche Stimmung. Die „Rottacher Goasslschnalzer“ lassen dann ihre Peitschen knallen, Alphornbläser und Musikgruppen spielen auf, und Schuhplattler tanzen zwischen den Bänken.

Derweil werden an den Marktständen Tiroler Handwerkskunst und regionale Leckerbissen angeboten. An den Ständen wird geschnitzt, geschindelt, geflochten und gestickt. Dabei gibt es seltenes Handwerk, wie etwa das Federkielsticken, zu sehen. Die Besucher flanieren vorbei an Ständen mit Kiachl (Schmalznudeln), Krapfen und Speckknödeln.

Der Genussmarkt bietet die Möglichkeit Speck, Käse und Schnaps mit nach Hause zu nehmen. Eine ganz besondere Spezialität der Region ist die Prügeltorte,

die vor Ort über einem offenen Feuer auf einem Spieß gebacken wird. Anschließend wird sie in Scheiben vom Spieß abgeschnitten. Warm serviert ist dieser Baumkuchen eine Delikatesse.

Gegen Mittag steigt die Vorfreude auf die wahren Stars des Tages. Die ersten Kühe ziehen an den Massen vorbei tiefenentspannt durchs Dorf. Sie tragen ihren prächtigen Kopfschmuck mit Bändern in kräftigen Farben und Glocken, die weit zu hören sind. Wer genau hinschaut, erkennt: Keine der dickbäuchigen Schönheiten sieht wie die andere aus. Die Reither Bauern haben nämlich ihre Tiere mit Sorgfalt geschmückt. Es ist ein Zeichen der Dankbarkeit für einen unfallfreien Sommer auf der Alm.

H. Tews

● 20. und 27. September, jeweils von 10 bis 17 Uhr  
[www.alpbachtal.at/almatrieb](http://www.alpbachtal.at/almatrieb)

## ● FÜR SIE GELESEN

## Dunkle Wolken über Venedig

Senan Hope ist ein sympathischer Privatdetektiv, der seinem Freund, dem Allergologen Dottore Campanella, in Venedig bei der Klärung seltsamer Todesfälle hilft. Warum etwa starb Ettore Spadan während seines Hochzeitsessens, oder wurde der Frauenheld Carlo Pozzo in den Selbstmord getrieben? In allen fünf Fällen kann Hope nachweisen, dass es sich um raffiniert eingefädelte Morde handelte, bei denen die Allergie der Opfer eine Rolle spielte.

Reinhard W. Krause hat sich während seiner beruflichen Laufbahn wissenschaftlich mit der Allergologie auseinandergesetzt. Nebenbei schrieb er Artikel für Zeitschriften, Kurzgeschichten und einen Roman. Er begeistert sich für Kriminalgeschichten. „Mords-Allergie“ ist sein zweites Senan-Hope-Buch. Den an einen Reiseführer erinnernden Schilderungen Venedigs hätten ein paar Kartenausschnitte gutgetan. **MRK**

**Reinhard W. Krause: „Mords-Allergie. Senan Hope Kriminalgeschichten“**, Hachinger Verlagsgesellschaft, Oberhachingen 2024, broschiert, 216 Seiten, 15 Euro



## KINDERBUCH DER WOCHE



**Wissenswertes über Wale**  
Insgesamt 90 Arten von Walen leben auf unserem Planeten – welche es gibt und wie sie gegliedert sind, erklärt Michael Stavarič in seinem äußerst lesenswerten Sachbuch „Faszination Wale“

BILD: SHUTTERSTOCK

**Meeresbiologie** hat den in Brünn geborenen Autor Michael Stavarič schon immer fasziniert. Statt Meeresbiologie zu werden, schreibt er Romane, Kinderbücher, Theaterstücke und Gedichte. Seinem Interesse für Flora und Fauna ist er treu geblieben.

Auf unterhaltsame Weise erklärt er in seinem aktuellen Buch die Welt der Wale. Am Ende eines jeden Kapitels gibt es einen Wissenskasten für „Schlauköpfe“. Die Illustrationen von Michèle Ganser veranschaulichen den Text. Einige Bilder enthalten Suchaufgaben. **MRK**



**Michael Stavarič/Michèle Ganser: „Faszination Wale. Die Giganten unserer Zeit“**, Leykam Verlag, Graz/Wien/Berlin 2025, gebunden, 144 Seiten, 26 Euro

## NAHOST-KONFLIKT

## Hintergründe des israelisch-palästinensischen Krieges

Die Journalistin Susanne Glass und die Politikanalystin und Unternehmerin Jenny Havemann setzen sich kritisch mit Ursachen und täglichen Erscheinungsformen des bis heute ungelösten Konflikts auseinander

VON BERND KALLINA

**S**usanne Glass und Jenny Havemann schildern einfühlsam die Lage des israelisch-palästinensischen Konflikts im Umfeld des Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023. Der israelisch-palästinensische Konflikt scheint hoffnungslos verfahren, insbesondere seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel von 2023, der über 1100 Tote forderte. In dessen Gefolge zeichnet sich im Gazastreifen aktuell eine humanitäre Katastrophe ab, die international von immer mehr Staaten scharf als unverhältnismäßige Kriegspolitik der Netanjahu-Regierung kritisiert wird. Auch von „Völkermord“ an den Palästinensern im Gazastreifen ist die Rede. Eine schon seit Jahrzehnten schier ausweglos andauernde und nunmehr brandgefährliche Situation, versehen mit zu kurzen Zwischenphasen von Friedenshoffnungen, die immer wieder enttäuscht werden.

Als der PAZ-Rezensent vor über 20 Jahren während einer Journalistenreise nach Israel unter anderem mit einem Ex-General der israelischen Luftwaffe über die Frage sprach, warum der Nahost-Konflikt so schwer zu lösen sei, antwortete dieser mit den wenig ermutigenden Worten: „Weil beide Seiten recht haben!“

Angesichts dieser komplexen Lage von Gewalteskalation, schriller Kriegsrhetorik und um sich greifender Hoffnungslosigkeit, sei die Lektüre des kürzlich erschienenen Buches „Unser Israel gibt es nicht mehr: Zwei Standpunkte –

eine Freundschaft“ empfohlen. Es wurde von zwei ausgewiesenen Nahostexpertinnen verfasst: von Susanne Glass (Bayerischer Rundfunk), sie war langjährige Studioleiterin und Chefkorrespondentin im ARD-Studio Tel Aviv, und der aus der Ukraine stammenden israelischen Politikanalystin und Unternehmerin Jenny Havemann. Beide schildern ihre Erlebnisse in den Konfliktgebieten, ausgehend vom Terrorangriff der Hamas 2023. Sie nähern sich aus unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen dem verworrenen Problembündel, auch mit zugegebenen Ängsten, sprechen sich aus einer gewissen Seelenverwandtschaft gegenseitig Mut zu und ringen zugleich um Verständnis für die Sichtweise des jeweils anderen.

**Verzicht auf Schuldzuweisungen**

Die Texte sind durch zahlreiche Bilder anschaulich ergänzt. Beide verzichten auf Schwarz-Weiß-Malereien von Schuldzuweisungen, liefern vielmehr detaillierte Analysen, wie es zur zugespitzten Kriegssituation kommen konnte, widmen sich den Leiden der Menschen und welche Entwicklungsmöglichkeiten sie sehen. Besonders interessant sind aufschlussreiche Darstellungen der israelischen Opposition gegen die Regierung Netanjahu, Erlebnisse der Autorinnen bei Deutschland-Reisen mit altem und neuem Antisemitismus, sowie die Problematik von ausgewogener Berichterstattung aus Konflikt- und Kriegsgebieten in der Nahost-Region.

Zu letzterem Punkt geht Glass auf häufige Vorwürfe in Richtung „einseitiger

Berichterstattung“ ein, die sie souverän mit der Kapitelüberschrift „Everybody's Darling is Everybody's Depp?“ problematisiert. Dabei gibt sie unumwunden zu, dass es eine absolute Objektivität im Journalismus natürlich nicht geben könne, insbesondere in der Kriegs- und Konfliktberichterstattung. Andererseits müsse der häufig geäußerten Auffassungen widersprochen werden, es gebe einseitige Vorgaben oder Weisungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk von oben, gar regierungsamtliche. Dies sei nicht der Fall, so Glass ganz klar. Auch irriige Annahmen von großen weltverschwörerischen Hintergrund-Einflüssen in der Nachrichtenlenkung trafen auf Grund ihrer langjährigen Berufserfahrung nicht zu. Diese und ähnliche Mechanismen gegenseitiger Vorwürfe bezüglich „medialer Einäugigkeit“ zeigt auch Jenny Havemann anhand zahlreicher Beispiele auf.

Kurzum: Auf das Buch sollten all jene zugreifen, die sich mit den vielfältigen Hintergründen und täglichen Erscheinungen des ungelösten Nahost-Konflikts kritisch auseinandersetzen wollen.



**Susanne Glass/Jenny Havemann: „Unser Israel gibt es nicht mehr – Zwei Standpunkte – eine Freundschaft“**, Langen-Müller-Verlag, München 2025, gebunden, 287 Seiten, 24 Euro

## HISTORISCHER ROMAN

## Publizistische Kettensäge

Ulf Poschardt, Herausgeber der „Welt“, fordert in seinem Buch „Shitbürgertum“ den Aufstand Konservativer gegen die Links-Grünen Moraleliten

VON ANSGAR LANGE

**U**lf Poschardt ist ein Publizist, der eher mit dem Säbel als mit dem Florett ficht. Der Herausgeber der Tageszeitung „Die Welt“ betreibt Journalismus als Kampfsport. Da er dies von einer konservativ-liberalen beziehungsweise libertären Warte aus unternimmt, wirkt dies im eher links und grün angehauchten Medieneinerlei durchaus erfrischend. Seine Kommentare sind meinungsstark und nie langweilig. Liebhaber beglückt sein Werk „Shitbürgertum“ mit dem typischen Poschardt-Sound. Der Autor geht immer voll zur Sache. Ein Leitartikel gewinnt, wenn er möglichst klar und eindeutig formuliert ist. Bei einem Buch von knapp 180 Seiten wünscht man sich hingegen ab und an etwas mehr Differenzierung.

Poschardts These lautet: Links-grüne Moraleliten, die sich ihre gute Gesinnung zumeist finanziell leisten können, haben in Deutschland die Macht übernommen. Der Staat ist verbeamtet und verfettet. „Deshalb braucht Deutschland die ‚Kettensäge‘“, so Poschardt. Der Staat wird zudem immer übergriffiger: „Wer einen Politiker beleidigt, wird härter bestraft als jemand, der seine übrigen Mitbürger beleidigt.“ Friedrich Merz nehme den Kulturkampf mit der Morallinken nicht auf und sei zu kraftlos, um deren kulturelle Dominanz zu brechen. Poschardts Forderung: Das „Nicht-Shitbürgertum“ müsse jetzt aus seiner Bequemlichkeit ausbrechen und das „Shitbürgertum“ abräumen.

Hier stellt sich die Frage: Wer soll diesen Job denn konkret politisch übernehmen? Der Autor begeistert sich an Elon Musk und dem argentinischen Präsidenten Javier Milei. Aber wo finden sich in Deutschland solche Persönlichkeiten, die zur sprichwörtlichen Kettensäge greifen könnten? Die FDP befindet sich unterhalb der Wahrnehmungsschwelle, die CDU ist laut Poschardt ebenfalls zum „Shitbürgertum“ übergelaufen, die AfD darf politisch nicht mitspielen: Wer kann also politisch die Aufgabe übernehmen, die kulturelle Macht eines eher grün und links tickenden Bürgertums zu brechen?

„Shitbürgertum“ ist ein meinungsstarkes Buch, welches durchaus den Finger in die Wunden legt. Es ist eher eine Bestandsaufnahme und keine Gebrauchsanweisung, wie Veränderungen realistisch auf den Weg gebracht werden können. Bisweilen hat man den Eindruck, dass sich Poschardt an seinen eigenen Formulierungen berauscht. Auch wenn es langweilig klingen mag: Deutschland ist ein auf Konsens angelegtes Land. Die Kettensäge eignet sich eher für Forst- und Gartenarbeiten und weniger für den politischen Betrieb.



**Ulf Poschardt: „Shitbürgertum“**, Westend-Verlag, Neulsenburg 2025, gebunden, 176 Seiten, 22 Euro

## LIEBEMÜHL

## Natur pur mit Gesundheitsfaktor

Eine traumhafte Landschaft, viele Sehenswürdigkeiten und modernste Kur-Spa-Einrichtungen laden zum Erholen ein

VON BEATA MAZUR

Liebemühl [Miłomłyn] im Kreis Osterode in Ostpreußen gehört zur Grünen Lunge Polens und liegt in Westmasuren, direkt an der Grenze der Iława- und der Alleinstädter Seenplatte. Es ist zugleich auch das Herz des Elbing-Kanallandes.

Bereits im Jahr 1335 erhielt Liebemühl seine Stadtrechte und war im 16. Jahrhundert Sitz der pommerschen Bischöfe. An der heutigen Zaulek-Nadleśny-Straße stand jahrhundertlang ein prächtiges Schloss, das im 19. Jahrhundert endgültig durch einen Brand zerstört wurde. Die Stadt aber litt am meisten unter dem Einmarsch der sowjetischen Truppen, welche die Stadt rücksichtslos niederbrannten und 90 Prozent all ihrer Gebäude zerstörten. Der alte Marktplatz und seine historischen Gebäude verschwanden für immer. Infolgedessen verlor Liebemühl seine Stadtrechte, die es erst über 50 Jahre später, im Jahr 1998, wiedererlangte.

Das älteste Denkmal ist der gotische Glockenturm aus dem 14. Jahrhundert, der Verteidigungsfunktionen erfüllte und die südwestliche Ecke der Stadtmauer bildete. Im Turm befindet sich eine in Elbing gegossene Glocke aus dem Jahr 1728. Die an den Turm angeschlossene St.-Bartholomäus-Kirche wurde 1901 im neugotischen Stil unter Verwendung der Mauern der alten Kirche aus dem 14. Jahrhundert erbaut. Im Inneren befinden sich ein spätbarocker Hauptaltar, eine Kanzel aus dem Jahr 1715 und ein gotisches Taufbecken aus Granit aus dem 14. Jahrhundert.

Zu den mit Liebemühl verbundenen Persönlichkeiten zählen Johannes Wiganđ – ein Pionier der europäischen Botanik – und Ernst Zobel, der als Amateur-Entomologe in der Wissenschaftswelt bekannt wurde. Um die Jahreswende 1945/1946 arbeitete Danuta Siedzikówna,



Sonnenuntergang am Eylingsee bei Liebemühl

Foto: Ehmman

genannt „Inka“, im Forstrevier Liebemühl unter dem Decknamen Obuchowicz – einer Sanitäterin der 5. Vilniuser Brigade der Heimatarmee, deren Tod ein kommunistisches Justizverbrechen war. 2016 wurde zum Gedenken an Inka im Zentrum der Stadt ein Denkmal mit ihrer Büste errichtet.

Liebemühl gilt zudem als Herzstück des gesamten Wassersystems, das mit der Ostsee verbunden ist, da von hier aus drei Haupttrouten abzweigen: nach Elbing [Elbląg], Eylau [Iława] und Osterode [Ostróda] und weiter nach Alt Jablonken [Stare Jabłonki]. Hier ist auch eine der vier Schleusen in Betrieb. Eine einzigartige Attraktion an der Liebemühl-Eylau-

Wasserstraße ist der Abschnitt des Kanals, der den Karnickie-See in zwei Teile teilt. Heute ist die Region ein Paradies für Kajakfahrer sowie für Angelsportler. In der Nähe befinden sich 19 Seen, von denen die größten Drewnicz [Drwęckie], Róthloff See [Ruda Woda], Ilińskie und Gil Duży sind. In diesen Gewässern kann man noch immer großartige Exemplare von Hechten, Karpfen, Aalen und Zandern fangen. Kieferwälder laden zu langen Spaziergängen ein und Radfahrer kommen in der Idylle ebenfalls auf ihre Kosten.

2016 erhielt Liebemühl aufgrund der heilsamen Wirkung des Klimas und der natürlichen Torflagerstätte den Status eines Kurortschutzgebiets. Auf die zu-

künftigen Patienten warten ein Waldkurpark und ein Spazierweg mit Terraintherapie. Der Park umfasst fast 63 Hektar und liegt in einem Waldkomplex zwischen dem Ilińskie-See und der Kreisstraße von Liebemühl nach Tharden [Tarda]. Der Park ist über drei Eingänge zugänglich. Er ist eine Attraktion für Fans von Freizeitaktivitäten im Freien und für alle, die eine Bewegungstherapie benötigen. Das heilsame Klima kommt Menschen mit verschiedenen Beschwerden zugute: Erkrankungen der Atemwege, des Nervensystems, der Wärmeregulierung und des Bewegungsapparats sowie Bluthochdruck. Der Park befindet sich in Zone A des Kurortschutzgebiets, was die günstigsten Bedingungen für die Klimabehandlung garantiert.

## Fitness für Körper und Geist

Die notwendige Infrastruktur wurde für die Bedürfnisse der Parkbesucher vorbereitet – darunter ein Parkplatz in der Zatokowa-Straße, Inhalationskabinen, Tische und Bänke, Fahrradständer sowie zwei Therapiestationen mit Outdoor-Fitnessgeräten. Zusätzlich wurden Informationstafeln aufgestellt, auf denen die Besucher ihr Wissen über die Geschichte von Liebemühl, die Kurparkschutzgebiete der Gemeinde, die Wälder von Liebemühl oder die Legende der versunkenen Kirche erweitern können. Daher lohnt sich ein Besuch des Parks mit der ganzen Familie.

Der mit Solarbeleuchtung und Bänken ausgestattete Terraintherapiepfad wurde auf dem ehemaligen Bahndamm der 1893 in Betrieb genommenen und Mitte der 1990er Jahre stillgelegten Eisenbahnlinie Elbing-Osterode am Ilińsk-See angelegt.

In Liebemühl gibt es drei Objekte, die für Kur- und Tourismusaktivitäten vorgesehen sind. Das Entwicklungsgebiet an der Hotelowa-Straße nach dem ehemaligen Hotel umfasst über einen Hektar. Ge-

mäß dem geltenden örtlichen Raumordnungsplan ist das Gebiet innerhalb der Kurortschutzzone „B“ für touristische Dienstleistungen und Hotelanlagen vorgesehen. Das zweite bebaute Grundstück liegt direkt nebenan und umfasst eine Fläche von über zwei Hektar. Gemäß dem örtlichen Raumordnungsplan handelt es sich hierbei um Flächen der Dienstleistungserschließung.

Das Grundstück für die Kurbehandlungseinrichtungen ist derzeit ein unbebautes Gebiet mit einer Fläche von über drei Hektar. Das Grundstück befindet sich in der Zone „A“ des Kurortschutzgebiets. Im aktuellen örtlichen Raumordnungsplan ist es für den Bereich der Kurbehandlungsdienstleistungen ausgewiesen. In der Nähe des Grundstücks befinden sich ein Salzgradierwerk und das Forest Park Spa.

Am schnellsten erreicht man Liebemühl mit dem Auto über die Schnellstraße 57-2. Danzig ist nur eine Stunde entfernt, Warschau drei Stunden. Alternativ können Besucher auch mit dem Zug fahren. Am schnellsten erreicht man die Region bis zum Bahnhof in Osterode (von dort mit Bus oder Taxi). Für diejenigen, die von weiter her anreisen, empfiehlt sich das Flugzeug – zum Hafen in Danzig sind es 70 Minuten, zum Flughafen Groß Schienanien [Szymany] 90 Minuten.

Übersetzt von Georg Koslowski

## Besuchen Sie die erholsame Idylle von Liebemühl

Interessenten wenden sich bitte für weitere Informationen an:  
Urząd Miasta i Gminy Miłomłyn, 14-140 Miłomłyn, ul. Twarda 12,  
Tel: +48-89 642 58 01, Fax: +48-89 642 58 02,  
E-Mail: gmina@milomlyn.pl

## TAPIAU

## Entdeckungstour durch die Burg von Herzog Albrecht

Ein persönlicher Reisebericht

Der 24. April 2025 sollte für mich ein beeindruckender Tag werden. Denn ein russischer Freund machte mit mir einen Ausflug nach Tapiau. Einige Jahre war ich nicht mehr dort gewesen; besonders die Corona-Pandemie hatte es verhindert und die schwierigen Zeiten überhaupt. Dabei war Tapiau bei meinen Besuchen früher immer unser „Einkaufszentrum“ gewesen. Die Landbevölkerung im Kreis Königsberg fuhr auch in deutscher Zeit lieber nach Tapiau zum Einkaufen als nach Königsberg, und das behielten die russischen Bewohner bei. Meine Gastgeber bevorzugten den Basar in Tapiau, weil dort Produkte frisch aus der Region verkauft wurden, und ich liebte das Angebot an Pullovern, T-Shirts, Sommerkleidern und Jacken. Es war herrlich, hinter einer Wolldecke etwas anzuprobieren und ein mehrstimmiges Urteil zu bekommen, ob es passte und gut aussah oder nicht. Im Laufe der Jahre konnte man sich auf dem Markt wie in den Geschäften. So ein Einkaufstag endete dann traditionell damit, noch ein paar kleine Luxusteilchen und eine Torte zu kaufen.

Heute gibt es den Basar nicht mehr. Der zentrale Marktplatz vor der Kirche ist ein Prachtareal geworden, die Straßen sind neu gepflastert, die Fassaden reno-

viert, aber das deutsche Gesicht der Stadt ist immer noch erkennbar, aber unverbesserte Nostalgie wie ich vermissen eben urige Details eines Landstädtchens. So stand einst ein Blecheimer mit frischen Fischen am Eingang des Basars. Ein leichtsinniges Besucherpaar meinte, es sei besser, Fische auf dem Rückweg vom Markt zu kaufen. Da war der Eimer aber leer. Das löste „rasborki“ aus ... also einen verbalen Streit.

Doch diesmal war die Burg von Tapiau das Ziel. Lange Jahre war an einen Besuch der Burg nicht zu denken. Ein finsternes Gebäude hinter Mauern und Stacheldraht ließ die Gäste erschauern. Unsere Reiseleiterin Nadja, die oft unsere Gruppenreisen begleitete, schilderte einmal die Härte des Strafvollzugs, die in Tapiau besonders sichtbar werde, sodass „Amnesty international“ schon aufmerksam wurde. Nadja lockerte die düstere Geschichte mit einer Anekdote auf und tröstete ihre Gäste nachher mit „Sephir“, einem süßen Schaumgebäck zum Verwöhnen, aber der Eindruck blieb nachhaltig.

Umso mehr überraschte der Anblick des renovierten Hauptgebäudes und des Originalpflasters aus dem 14. Jahrhundert, wunderschön anzuschauen, aber nicht leicht zu beschreiten. Überhaupt



Der Waffensaal der Burg und eine originale Ritterrüstung



Foto: Beutner

war noch überall die Baustelle zu beachten. In einem kleinen Bungalow waren die Kasse und ein Laden untergebracht. Schmuck, Bernstein und Andenken konnte man kaufen, aber Kataloge und Bücher standen noch aus.

Die Führung begann im Schlosshof. Das früher verputzte Schlossgebäude ist „freigelegt“ worden und nun wieder als Gebäude aus Feldsteinen und Ziegelsteinen und auch als Fliehbürg erkennbar. Im

Innenhof wurde der alte Brunnen freigelegt und originalgetreu restauriert, eine Attraktion. Der Innenhof ist als Veranstaltungsort ausgebaut mit Zuschauererrängen für mehrere hundert Personen. Konzerte und Bühnenaufführungen finden diesen Sommer statt.

Bei der Renovierung der Burg gab es Überlegungen, primär die Geschichte des Gefängnisses darzustellen, auch als Gedenkstätte. Doch dann fiel die Entschei-

dung für die preussische Historie. Im Schloss gibt es nun einen Veranstaltungsraum für Vorträge, Filme und Konzerte, Prachträume mit Möbeln aus dem 18. und 19. Jahrhundert, um die fürstliche Atmosphäre zu vermitteln, und Ausstellungssäle als Fundgrube für Historiker und Kulturwissenschaftler. Ein Waffensaal enthält internationale Sammlungen von der Steinzeit, der Bronzezeit, der Ordensgeschichte. Aber auch der Spaß für die Gäste ist hier gesichert. Man kann Ordensmännchen anziehen und Helme aufsetzen und sich so verkleidet fotografieren lassen; Heiterkeit und Gelächter erfüllt die ehrwürdigen Räume, die einstmal in einem anderen Zustand so viel menschliches Leid aufgenommen haben.

Es müssten sich doch dunkle Energien, bedrückende Auswirkungen auf die Besucher ergeben. Aber nein. Die Räume sind hell und wohlthuend. Hier starb Herzog Albrecht 1568 an der Pest. Die Stelle, wo sein Sterbebett stand, wird den Gästen gezeigt, die ermessen können, dass von einem Ort wie diesem entscheidende Impulse der abendländischen Geschichte ausgingen. Düstere Ereignisse früherer Jahrhunderte scheinen überwunden zu sein. An die Zukunft wird Schönes weitergegeben.

Bärbel Beutner

## ● AUFGESCHNAPPT

Hoppala, ging da etwa die Kanone nach hinten los? Nachdem der US-Präsident vor zwei Wochen selbst erkannt hatte, dass er auf dem Weg ins himmlische Paradies noch ganz unten auf der Himmelsleiter stehe, gelobte er Besserung. Daher sein Anliegen, Frieden im Ukrainekrieg zu stiften, und die Ankündigung, sich künftig noch enger an die Wahrheit zu halten. „Donny“ will ja in den Himmel. Doch nun fällt ihm auch noch der Zollstreit mit China auf die Füße. So sehr er auch in seiner unendlichen Weisheit orakelte, dass seine vom Zaun gebrochenen Zoll-Streitigkeiten mit nahezu allen anderen Ländern auf der Welt keine negativen Folgen für die eigenen US-Bürger haben würde (jeder BWL-Student im 1. Semester weiß es besser!), so sehr fliegt die neue Lüge nun seinen MAGA-Fans um die Ohren. Denn alle Trump-Merchandising-Produkte – Käppi, Fahnen, T-Shirts sowie die goldene Trump-Bibel – werden teurer. Grund: Der Zollstreit mit China, denn dort lässt Trump seine Artikel produzieren – weil's bisher für ihn so schön billig war. J.E.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

David Betz, Professor für „Krieg in der modernen Welt“ im Fachbereich Kriegsstudien am King's College London, sieht die Länder Westeuropas an der Schwelle zum Bürgerkrieg, der schon in wenigen Jahren ausbrechen dürfte. Der „Berliner Zeitung“ (24. August) sagte er:

„Multikulturalismus und Identitätspolitik haben die gemeinsame Basis zerstört, die eine Demokratie braucht. Früher gab es ein stabiles Wir – heute dominiert ein ‚Wir gegen die Anderen‘-Muster ... Nationalisten gegen Post-Nationale – im Kern eine Revolte der ‚Regierten‘ gegen Eliten, die die Spielregeln zu ihrem Nachteil ändern. Zweitens Einheimische gegen Neuankömmlinge.“

Der zweifelhafte Ausschluss des AfD-Bürgermeisterkandidaten in Ludwigshafen ist für Max Roland ein lautes Warnsignal. Auf „Apollo News“ (19. August) schreibt er:

„Wenn die skandalösen Vorgänge von Ludwigshafen Bestand haben, kann es ganz schnell ganz finster in diesem Land werden. Freiheit und Demokratie sterben dann nicht zentimeterweise, sondern in Gänze. Wer Demokrat ist, muss sich dagegen jetzt wehren und laut werden. Sonst ist es, ohne jede Übertreibung, irgendwann zu spät.“

Fritz Goergen zieht bei „Tichys Einblick“ (21. August) einen bitteren Schluss aus Vorgängen wie dem in Ludwigshafen:

„Beschuldigen ‚Demokraten‘ jemand der ‚Bedrohung der Demokratie‘ oder reden von ‚unsere Demokratie bewahren‘, meinen sie damit nicht Demokratie, sondern nur ihre eigene Macht – auch und besonders gegen (mögliche) andere Mehrheiten.“

Steffen Kampeter, seit 2016 Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), weist in der „Welt“ (21. August) auf eine gefährliche Entwicklung hin:

„Der Sozialstaat ist in den vergangenen Jahren deutlich stärker gewachsen als die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes. Man muss kein großer Ökonom sein, um zu wissen, dass das auf Dauer nicht gut gehen kann. Der Sozialstaat ist quasi insolvent. Die Regierung betreibt eine politische Insolvenzverschleppung.“

Ulrich Reitz sagt im „Focus“ (22. August) voraus, dass eine schmerzhafteste Reform, die nötig wäre, um unser Rentensystem vor dem Kollaps zu retten, auch unter Schwarz-Rot nicht kommen werde, denn:

„Beide, die Union wie die SPD, sind Sozial-Parteien. Für die Union heißt das: Weder war sie je eine konservative noch je eine liberale Partei. Sie dafür zu halten, ist einer der am weitesten verbreiteten Irrtümer. Die Anmutung, die Union sei eine konservative oder gar liberale Partei, wird liebevoll gepflegt. Als Feindbild von SPD, Linken und Grünen.“

## ● WORT DER WOCHE

„Friedrich Merz muss nur eines ändern: alles.“

Mario Thurnes bei „Tichys Einblick“ am 22. August

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Unsinn als System

Was man im Ausland nicht so normal findet wie wir, und wenn die Wahrheit als Tigerlilly hereinplatzt

VON HANS HECKEL

Das ist schon ein bisschen peinlich, das mit dem US-Amerikaner und dem Vorfall in der Dresdener Straßenbahn. Sie haben es mitbekommen: Der 21-Jährige wollte Frauen vor zwei zudringlichen Orientalen schützen, woraufhin ihn einer der beiden mit einem Messer im Gesicht schwer verletzte und der andere laut Bericht mit den Fäusten angriff. Der Faustschläger, ebenfalls 21 Jahre und bereits polizeibekannt, wurde nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt.

Was soll die Aufregung: Wir kennen solche Geschichten zur Genüge, haben uns längst dran gewöhnt, oder? Ja, sicher, aber jetzt verbreitet der angegriffene Amerikaner den Vorfall übers Netz, womit er seinen Weg in die weite Welt und insbesondere in die USA findet. Dort halten es die Menschen für nicht ganz so normal, dass Leute aus fremden Ländern kommen, gegen Gesetze verstoßen, andere Menschen gewaltsam attackieren und dann einfach wieder aus der Polizeiwache spazieren. Aus diesem für ihn ziemlich seltsamen Befund zieht der junge US-Amerikaner öffentlich den Schluss, dass Deutschland ein „Einwanderungsproblem“ habe.

Ein – was? Da muss Angela Merkel aber energisch widersprechen, und tat das auch in einer am vergangenen Montag, also kurz nach der Dresdner Bluttat, ausgestrahlten ARD-Dokumentation unter dem Titel „Merksels Erbe – Zehn Jahre ‚Wir schaffen das!‘“

Sie habe „keinen Zweifel“, dass sie wieder so handeln würde wie 2015, als sie die Grenzen öffnete, sagt Merkel. Folgerichtig kämpft sie seitdem verbissen dafür, dass niemand die Schleusen wieder schließt. Indes, zu „Wir schaffen das!“ schränkt sie in der ARD dann doch ein, vieles müsse von den Deutschen „noch weiter getan werden“. Sie hat uns demnach noch lange nicht aus der Pflicht entlassen, mit ihrer Politik zurechtzukommen. Und wäre Merkel noch Kanzlerin, wäre von Grenzkontrollen nach wie vor keine Spur.

Sie erinnern sich: Merksels Anhänger nannten sie liebevoll „Mutti“. Viele von uns dagegen stellten sich erstmals im Leben die Frage, ob man nicht sogar als Vollwaise besser dran wäre als mit so einer ... Die Antwort auf die Frage finden Sie auf der Straße, in den Statistiken und in dem, was Soziologen und Kriminologen das „persönliche Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum“ nennen.

Nun ist es ja nicht so, dass die Politik sich nicht ums Sicherheitsgefühl kümmern würde. Dieses Gefühl des Geschützteins ist ihr schon einiges wert. Allerdings meint sie damit weniger den Schutz für die Bürger als den Schutz vor den Bürgern. Wie der auch PAZ-Lesern gut bekannte Josef Kraus für „Tichys Einblick“ zusammenrechnet hat, wächst der Etat des Bundesamtes für Verfassungsschutz von 2024 bis 2026 um sage und schreibe 46 Prozent: „Auf Stellen umgerechnet wird es rund 1600 zusätzliche Mitarbeiter beschäftigen“, so Kraus. Über die Dinge, mit denen sich Verfassungsschützer mittlerweile die Dienstzeit vertreiben, hatten wir uns hier an dieser Stelle ja erst vor Kurzem gebeugt.

Grund zum Misstrauen gegen das Volk gibt es ja allemal, gucken wir uns nur die Umfragen an. Immer wieder kommen Neunmal-kluger mit der Forderung, die Politiker müssten sich mehr der Sorgen der Menschen annehmen, dann gewönnten sie deren Stimmen von den „Populisten“ zurück. Als hätten fortschrittliche Politiker nichts Wichtigeres zu tun, als sich dem „Volk“ zu widmen. Lin Lindner plagen weit gewichtigere Kümernisse als die „Sorgen der Bürger“. Die non-binäre Transperson rückt für den gesundheitsbedingt ausscheidenden Linkspartei-Politiker Gerhard Trabert in den Bundestag ein.

## Das Ende in der Therapiegruppe

Im Netz schildert uns Lindner, was sie bewegt und ihre gesamte Aufmerksamkeit fesselt: „Während wir den ganzen verdammten Tag damit beschäftigt sind, wir selbst zu sein, tun CDU/CSU so, als wäre das größte Problem dieses Landes, dass trans\* Menschen ein wenig mehr Selbstbestimmung haben dürfen.“ Den ganzen Tag damit beschäftigt, sie selbst zu sein, so, so.

Was heißt so, so? Warum so zickig? Nun ja, wir erinnern uns an Zeiten, da sahen es die Vertreter der Linken als ihre vornehmste Mission an, sich als selbstlose Kämpfer für die breiten „Volksmassen“ aufzureiben. Und heute? Statt sich um die Massen zu sorgen, ist die linke Bewegung in ihrer letzten Schwundstufe offenbar zur Therapiegruppe herabgesunken, die nur noch um ihre eigenen Befindlichkeiten kreist und „den ganzen verdammten Tag“ für nichts anderes mehr Zeit hat.

Dabei muss die Daseinsform als Transperson nicht automatisch bedeuten, sich nicht auch mit den anderen zu beschäftigen. Marla Svenja Liebich kümmert sich ausgiebig

um die breite Öffentlichkeit, und das mit die-bischer Freude. Anfang des Jahres hat sie ihren Geschlechtseintrag ändern lassen. Was sie vorher war, sollen wir eigentlich nicht sagen, weil das unter das „Offenbarungsverbot“ des „Selbstbestimmungsgesetzes“ fällt, das uns zur Ampel-Zeit von FDP-Justizminister Marco Buschmann geschenkt wurde. Nicht sagen zu sollen, was man weiß, ist eigentlich eine Antiquität aus totalitären Zeiten. Aber wie das so ist: Manchmal kommen alte Sachen wieder ganz groß in Mode.

Das Liebich als Hardcore-Nazi für Furore sorgte und wegen Körperverletzung, Volksverhetzung, Beleidigung und Verbreitung verfassungsfeindlicher Propaganda vor Gericht stand, daran dürfen wir uns, hoffe ich zumindest, auch öffentlich noch erinnern. Nun geht Liebich als Frau ins Frauengefängnis von Chemnitz – und die linke Translobby steht Kopf über diesen „Missbrauch“. Derweil Liebich die Aufgeregten mit Schlapphut, Sonnenbrille, betont männlichem Bart über dem Lippenstiftmund und im Tigerlilly-Look veräppelt. Auf X feiert sich der Provokateur dafür, er habe es geschafft, „ein ganzes System zu f...“ Und keiner kann was machen. Die Schöpfer des „Selbstbestimmungsgesetzes“ wollten es so, genau so.

Vielleicht konnte es gar nicht anders kommen: Wenn die bürgerliche Mitte mit ihrem gesunden Menschenverstand, für den sie sich selbst so schätzt, den Mut nicht aufbringt, um den Quatsch zu stoppen, dann zerschellt der Unsinn eben an seinen eigenen Widersprüchen, seinen haarsträubenden Absurditäten. Es hat seinen Grund, warum Satiriker immer tiefer in die Verzweiflung gleiten: Die Wirklichkeit selbst hat derart bizarre Züge angenommen, dass sie alle Pointen mitliefert – die jüngste Pointe trägt das Gesicht eines notorischen Rechtsextremisten.

Und die nächste liegt schon auf der Lauer: In Berlin wird getuschelt, dass Ursula von der Leyen als erste Frau 2027 Bundespräsident werden könnte – von der Leyen, die als Verteidigungsministerin unterirdisch war und dann am christdemokratischen Spitzenkandidaten Manfred Weber vorbei zur EU-Kommissionspräsidentin hochgekungelt wurde. Während also Politiker routiniert „mehr Bürgernähe“ versprechen, wird die Frau, die wie kaum eine andere für die abgehobene Kaste bürgerferner Politappatschiks steht, fürs höchste Staatsamt gehandelt. Hoffen wir, dass es diesmal beim Witz bleibt.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)